

Masterarbeit

Empowerment durch partizipative Deliberation: Einfluss verschiedener Prozesselemente am Beispiel des österreichischen Klimarats

verfasst von

Jana PLÖCHL, BSc

im Rahmen des Masterstudiums

Umwelt- und Bioressourcenmanagement

zur Erlangung des akademischen Grades

Diplom-Ingenieurin

Wien, Mai 2024

Betreut von

Assoc. Prof. Mag. Dr. Reinhard Steurer
Institut für Wald-, Umwelt- und Ressourcenpolitik
Department für Wirtschafts- und
Sozialwissenschaften
Universität für Bodenkultur Wien

Mitbetreut von

Mag. Dr.phil Patrick Scherhauser
Institut für Wald-, Umwelt- und Ressourcenpolitik
Department für Wirtschafts- und
Sozialwissenschaften
Universität für Bodenkultur Wien

Danksagung

*Meinen Interviewpartner*innen:* Vielen Dank für euer Vertrauen, eure Offenheit und die spannenden Einblicke in eure Klimaratserfahrungen!

Meinem Betreuer Patrick Scherhauser: Ein großes Dankeschön für deine Unterstützung, Wertschätzung, Motivation und Geduld.

Meiner Familie: Danke für's Zuhören, Mithelfen, Anfeuern, Zeit geben, Daumen halten, und überhaupt alles.

Special Thanks: Lena, Maggy, Tim, für's Dasein, Unterstützen und Ignorieren der dreckigen Küche – Estelle, für den gemeinsamen Endspurt und für's Krähen füttern – Ine, für's Yoga und Cashews mit Honig & Salz – Jojo, für's Eis essen, geduldig sein und den Last Minute Support – Hannah, für zwanzig Jahre Freundschaft.

Kurzfassung

Deliberative Formen von Bürger*innenbeteiligung werden in den letzten Jahren zunehmend auf verschiedenen politischen Ebenen eingesetzt, um Bürger*innen vermehrt in die Politikgestaltung einzubinden und Lösungsansätze für gesellschaftliche Herausforderungen zu entwickeln. Das Format der „Citizens‘ Assemblies“ zeichnet sich durch eine aufwändige Prozessgestaltung aus und ist dadurch insbesondere zur partizipativen Deliberation komplexer Fragestellungen geeignet. Neben einer Verbesserung der inhaltlichen Qualität und demokratischen Legitimität politischer Entscheidungen kann das Verfahren auch zu einem demokratischen Empowerment der teilnehmenden Bürger*innen beitragen. Allerdings ist bisher noch weitgehend unklar, welche Aspekte des Prozesses zu einer solchen Selbstermächtigung der Teilnehmer*innen führen. Die vorliegende Masterarbeit untersucht, welche emanzipatorischen und demokratiepolitischen Effekte durch die Teilnahme am „Österreichischen Klimarat der Bürgerinnen und Bürger“ ausgelöst werden konnten und welche Prozesselemente auf welche Weise dazu beitrugen. Zu diesem Zweck wurden qualitative Expert*inneninterviews mit ehemaligen Teilnehmer*innen durchgeführt. Die qualitative Inhaltsanalyse der Interviews zeigt zahlreiche positive Effekte: Die Klimarät*innen konnten sich zentrale demokratische Kompetenzen aneignen und entwickelten positive Einstellungen zu deliberativer Partizipation. In ihrem Alltag engagierten sie sich vermehrt für die Klimaratsthemen und setzten auch entsprechende Verhaltensänderungen um. Allerdings deuten die Ergebnisse auch darauf hin, dass im Rahmen eines einzelnen Prozesses nicht alle potenziell möglichen Formen demokratischen Empowerments zugleich gefördert werden können. Es scheint daher sinnvoll, die Ziele eines Prozesses in Bezug auf das demokratische Empowerment der beteiligten Bürger*innen vorab klar zu definieren, um eine Überforderung partizipativ-deliberativer Verfahren mit einer Vielzahl von Erwartungen zu vermeiden.

Schlagworte: Bürger*innenräte, Klimarat, Partizipation, Deliberation, demokratisches Empowerment

Abstract

In recent years, deliberative forms of citizen participation have been increasingly adopted at different levels of governance to enhance citizens' involvement in policymaking and support the processing of societal challenges. The "Citizens' Assembly" method is characterized by an elaborate process design and is therefore particularly suitable for the participatory deliberation of complex political issues. Next to the improvement of the quality and democratic legitimacy of political decisions, Citizens' Assemblies can also contribute to the democratic empowerment of the participating citizens. However, it is under-researched which aspects of the process lead to this democratic empowerment of participants. This study examines the emancipatory and democratic effects triggered by participation in the "Austrian Climate Citizens' Assembly" and investigates the contribution of different process elements to these empowerment effects. To this end, qualitative expert interviews were conducted with former Assembly members. The qualitative content analysis of the interviews reveals several positive empowerment effects, as the process enabled Assembly members to acquire important democratic skills and develop positive attitudes towards deliberative participation. The participants also increased their personal engagement for the Climate Assembly's topics and implemented changes in their everyday behavior to reflect this. However, the results also indicate that not all potential forms of democratic empowerment can be promoted simultaneously within the scope of a single participatory-deliberative process. In order to avoid overburdening participatory-deliberative processes with a multitude of expectations, the study therefore recommends that empowerment objectives be clearly defined in advance.

Keywords: Citizens' Assemblies, Climate Assembly, participation, deliberation, democratic empowerment

Eidesstattliche Erklärung

Ich versichere an Eides statt, dass ich diese Dissertation selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet habe. Alle Gedanken, die im Wortlaut oder in grundlegenden Inhalten aus unveröffentlichten Texten oder aus veröffentlichter Literatur übernommen oder mit künstlicher Intelligenz generiert wurden, sind ordnungsgemäß gekennzeichnet, zitiert und mit genauer Quellenangabe versehen. Beiträge von Kolleg*innen habe ich ausdrücklich in der Autorenerklärung der veröffentlichten Publikationen angegeben.

Die vorliegende Arbeit wurde bisher weder ganz noch teilweise in gleicher oder ähnlicher Form an einer Bildungseinrichtung als Voraussetzung für den Erwerb eines akademischen Grades eingereicht. Sie entspricht vollumfänglich den Leitlinien der Wissenschaftlichen Integrität und den Richtlinien der Guten Wissenschaftlichen Praxis.

Wien, am 23.05.2024

Ort, Datum


Unterschrift

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Theoretischer Hintergrund	4
2.1	Citizens' Assemblies	4
2.1.1	Zentrale Eigenschaften und Prozessdesign	5
2.1.2	Erwartungen und Herausforderungen	7
2.2	Demokratiethoretische Hintergründe	8
2.2.1	Partizipative Demokratietheorie	9
2.2.2	Deliberative Demokratietheorie	11
2.2.3	Partizipativ-deliberative Prozesse: Ein kombinierter Analyserahmen	14
2.3	Demokratiopolitisches Empowerment	16
2.3.1	Empowerment und Demokratie	16
2.3.2	Definition und Operationalisierung des Empowerment-Begriffs	20
3	Material und Methoden	26
3.1	Forschungsdesign	26
3.2	Auswahl des Fallbeispiels	27
3.3	Empirische Datenerhebung	28
3.3.1	Analyse von Primär- und Sekundärliteratur zum Klimaratsprozess	28
3.3.2	Qualitatives leitfadengestütztes Expert*inneninterview	28
3.4	Qualitative thematische Analyse	31
4	Ergebnisse	34
4.1	Der österreichische Klimarat der Bürgerinnen und Bürger	34
4.1.1	Input-Dimension: Entstehung und Organisation	34
4.1.2	Prozessdimension: Design und Prozesselemente	36
4.1.3	Output-Dimension: politische Rezeption und weiterführendes Engagement	43
4.2	Emanzipatorische und demokratiopolitische Effekte	44
4.2.1	Demokratische Fähigkeiten und Kompetenzen	44
4.2.2	Innere Haltungen und Einstellungen	49
4.2.3	Verhaltensweisen	54
4.3	Effekte der unterschiedlichen Prozesselemente	56
4.3.1	Organisation und Rahmenbedingungen	56
4.3.2	Wissensvermittlung	57
4.3.3	Gesprächskultur, Moderation und Gruppenbildung	58

4.3.4	Maßnahmenentwicklung	60
4.3.5	Einbindung von Politik, Stakeholdern und Öffentlichkeit	60
5	Diskussion	62
5.1	Empowerment im österreichischen Klimarat: Demokratische Kompetenzen, politisches Selbstvertrauen und kritische Reflexion	62
5.2	Einfluss der Prozessgestaltung: Komplexes Zusammenwirken vielfältiger Elemente	65
6	Fazit und Ausblick	70
	Literaturverzeichnis	72
	Appendix	80
	Interviewleitfaden	80
	Codestruktur	84

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Demokratiekonzeptionen entlang der Dimensionen Entscheidungstragende und Entscheidungsfindung (nach Della Porta, 2013, eigene Übersetzung)	15
Tabelle 2: Bisherige empirische Erkenntnisse zu den Empowerment-Effekten deliberativer Beteiligungsprozesse sind ambivalent	22
Tabelle 3: Überblick über die soziodemografischen Eigenschaften der Interviewpartner*innen	31

Abkürzungsverzeichnis

ARGE Klimarat	Arbeitsgemeinschaft Klimarat
BMK	Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie
(K)BR	(Klima)Bürger*innenrat
CA	Citizens' Assembly
ECF	European Climate Foundation
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development

1 Einleitung

In den letzten Jahren haben partizipativ-deliberative Prozesse als besondere Form der Bürger*innenbeteiligung zunehmend an Bedeutung gewonnen. Weltweit setzen politische Akteur*innen solche Formate auf verschiedenen Ebenen ein, um Bürger*innen stärker in die Politikgestaltung einzubinden (OECD, 2020). Deliberative Beteiligungsverfahren zeichnen sich durch ihren Fokus auf „mutual communication that involves weighing and reflecting on preferences, values, and interests regarding matters of common concern“ (Bächtiger et al., 2018, S. 2) aus, und es gibt inzwischen eine Vielzahl an unterschiedlichen Formaten, die mit deliberativen Methoden arbeiten (siehe z.B. OECD, 2020, S. 35). Ein Format, das seit 2016 vermehrt auch auf nationaler Ebene eingesetzt wird, sind die sogenannten „Citizens‘ Assemblies“, welche eine Form von deliberativen „Mini Publics“ darstellen (Escobar & Elstub, 2017) und von der OECD (2020) den Verfahren zur Entwicklung „informierter Bürger*innen-Empfehlungen“ zugeteilt werden. Diese Prozesse sind intensiv und ressourcenaufwändig, eignen sich aber aufgrund ihrer Rahmenbedingung insbesondere zur Behandlung komplexer oder kontrovers diskutierter gesellschaftlicher Themen (ebd.). In Österreich wurde mit dem „Österreichischen Klimarat der Bürgerinnen und Bürger – im Folgenden auch kurz „Klimarat“ bzw. „Klimabürger*innenrat“ (KBR) – im Jahr 2022 zum ersten Mal ein Citizens‘ Assembly auf nationaler Ebene durchgeführt, mit dem Ziel, Empfehlungen für politische Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität Österreichs bis zum Jahr 2040 zu formulieren.

Neben einer inhaltlichen Verbesserung politischer Entscheidungen und Legitimationsgewinnen durch inklusivere Governance (OECD, 2020) verspricht man sich von Citizens‘ Assemblies zahlreiche positive Auswirkungen auf die teilnehmenden Bürger*innen. Die Teilnahme soll das problembezogene und politische Wissen der Bürger*innen vergrößern, ihre Meinungen und Einstellungen verändern und ihnen ein Gefühl von politischer Wirksamkeit vermitteln (Knobloch et al., 2020). Ein solches demokratisches „Empowerment“ kann entstehen, indem die Teilnehmer*innen im Laufe des Prozesses verschiedene Formen von politischer Macht entwickeln (vgl. Bornemann & Weiland, 2019) und dadurch in ihrer Bereitschaft und ihren Möglichkeiten zu politischer Beteiligung gestärkt werden.

Auf der Basis dieser multidimensionalen Funktionen und Erwartungen argumentieren zahlreiche Autor*innen aus Theorie und Praxis, dass Citizens‘ Assemblies einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung tiefgehender, transformativer gesellschaftlicher Veränderungen leisten können. Bisherige Bürger*innenräte zum Thema Klima waren allerdings nur bedingt erfolgreich darin, transformativen politischen Wandel zu erzeugen (Ejsing et al., 2023). Neben einer Institutionalisierung des Formates und einer stärkeren Entkopplung der Deliberation von bestehenden Systemlogiken (z.B. wirtschaftliches Wachstumsparadigma) sehen verschiedene Autor*innen insbesondere in den emanzipatorischen und demokratiepolitischen Effekten von Bürger*innenräten Potenzial, um durch eine Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements die transformative Wirkung deliberativer Beteiligungsformate voll auszuschöpfen (Ejsing et al., 2023; Kadlec & Friedman, 2020).

Mehrere empirische Studien konnten bereits entsprechende positive Auswirkung von Partizipation und Deliberation auf das demokratiepolitische Empowerment der Teilnehmer*innen zeigen; andere Untersuchungen kamen dagegen zu gemischten Ergebnissen (siehe z.B. Boulianne, 2019; Boulianne et al., 2020; Kuyper, 2018). Für Boulianne et al. (2020) unterstreichen diese unterschiedlichen

Resultate den starken Einfluss der konkreten Prozessgestaltung (z.B. Dauer, Qualität der Deliberation) auf die Auswirkungen und Effekte von partizipativ-deliberativen Verfahren. Welche Aspekte des Prozesses auf welche Weise zu unterschiedlichen Ergebnissen führen, ist bisher allerdings noch weitgehend unklar und bedarf weiterer Untersuchung (Kuyper, 2018). Die vorliegende Arbeit leistet einen Beitrag zur empirischen Klärung dieser Frage.

Der österreichische Klimabürger*innenrat eignet sich zur Untersuchung der demokratiepolitischen Empowerment-Effekte von deliberativer Partizipation aufgrund seiner professionellen Organisation, der hohen Qualität der Deliberation und der gesamten Prozessgestaltung sowie der formalen Anbindung des Verfahrens an das repräsentative politische System (Buzogány et al., 2022). Die Auswahl der Teilnehmer*innen erfolgte repräsentativ für die österreichische Bevölkerung durch Ziehen einer geschichteten Zufallsstichprobe (Statistik Austria, 2022). In der Gestaltung des intensiven Prozesses wurden vielfältige partizipativer und deliberative Formate eingesetzt, wodurch eine Vielzahl an Prozesselementen auf ihre Wirkungsweise untersucht werden können. Neben der Wissensvermittlung durch Vorträge und Informationsmaterialien sowie der Deliberation in (Klein-)Gruppen bot der Prozess Gelegenheit für Treffen mit Politiker*innen und Interessensvertretungen, freiwillige Medien- und Öffentlichkeitsauftritte sowie Möglichkeiten zum informellen Austausch der Teilnehmer*innen untereinander und mit den Mitgliedern der Wissenschafts- und Organisationsteams (Buzogány et al., 2022). Diese Abläufe sind sowohl durch prozessinterne Dokumentation (vgl. ARGE Klimarat, 2022) als auch in Form einer externen Evaluierung (Buzogány et al., 2022; Praprotnik et al., 2022) gut dokumentiert, und es zeichnete sich bereits im Laufe des Prozesses ab, dass zahlreiche Bürger*innen ihr Engagement für die Klima-Thematik über das Ende des Klimarats hinaus fortsetzen wollen, etwa durch die Gründung eines Vereins.

Folgende Forschungsfragen sollen daher im Rahmen der Arbeit untersucht werden:

1. *Welche emanzipatorischen und demokratiepolitischen Effekte konnten durch die Teilnahme am Klimarat ausgelöst werden?*
2. *Welche Prozesselemente haben auf welche Weise zur erhöhten politischen Beteiligungsbereitschaft der Teilnehmer*innen beigetragen?*
3. *Welche Elemente waren auf welche Weise hinderlich?*

Die Arbeit gliedert sich in folgende Abschnitte:

Kapitel 2 diskutiert die theoretischen Hintergründe der Arbeit und entwirft einen konzeptionellen Rahmen für die Analyse der demokratiepolitischen Effekte des österreichischen Klimarats. In der Regel werden deliberative Beteiligungsverfahren auf der Basis demokratietheoretischer Überlegungen untersucht, die sich den verwandten, aber dennoch voneinander distinkten Literatursträngen der partizipativen bzw. der deliberativen Demokratiekonzeptionen zuordnen lassen. Zwar wird die Vereinbarkeit der beiden Theoriestränge in der Literatur kontrovers diskutiert, doch mehrere Autor*innen argumentieren, dass eine Kombination der Ansätze größeres normatives Potenzial für die Analyse demokratischer Beteiligungs- und Entscheidungsfindungsprozesse bietet als die einzelnen Theorien für sich (Della Porta, 2013; Elstub, 2018). Insbesondere für die Untersuchung deliberativer Mini Publics scheint diese Kombination sinnvoll, da diese Prozesse explizit versuchen,

die Vorteile von partizipativen und deliberativen Ansätzen miteinander zu vereinen (siehe z.B. Christensen et al., 2017, S. 66; oder Harris, 2019, S. 48). Daher wurde für die Analyse des österreichischen Klimarats ein kombinierter partizipativ-deliberativer Analyserahmen gewählt. Kapitel 3 stellt das Forschungsdesign der Arbeit vor und beschreibt Material und Methoden. Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurde zunächst eine Fallbeschreibung des Klimaratsprozesses auf Basis der wissenschaftlichen Evaluationsergebnisse (Buzogány et al., 2022; Praprotnik et al., 2022) sowie der Prozessdokumentation (ARGE Klimarat, 2022) erstellt. Anschließend wurden acht qualitative, leitfadengestützte Expert*inneninterviews mit ehemaligen Klimaratsmitgliedern durchgeführt, die sich weiterhin im Rahmen des „Vereins des österreichischen Klimarats der Bürger:innen“ für die Klimaratsthemen einsetzen. Die Interviews wurden transkribiert und mittels qualitativer Inhaltsanalyse ausgewertet (vgl. Meuser & Nagel, 2009). Kapitel 4 präsentiert die empirischen Ergebnisse der Arbeit: Auf die Fallbeschreibung und die Charakterisierung der verschiedenen Prozesselemente folgt eine ausführliche Darstellung der in den Interviews thematisierten demokratiepolitischen Effekte, die durch die Klimaratsteilnahme ausgelöst werden konnten. Weiters werden die Auswirkungen unterschiedlicher Prozesselemente beschrieben. Kapitel 5 diskutiert die Ergebnisse der Interview-Analyse im Kontext bisheriger empirischer Erkenntnisse und theoretischer Erwartungen an partizipativ-deliberative Prozesse. Aus den beobachteten Empowerment-Effekten der verschiedenen Prozesselemente werden Hinweise für die zukünftige Gestaltung von Bürger*innenräten abgeleitet. Kapitel 6 schließlich fasst die Erkenntnisse der Arbeit zusammen und gibt Ausblick auf verschiedene Möglichkeiten für zukünftige Forschungsarbeiten zum Thema des demokratiepolitischen Empowerments im Kontext partizipativ-deliberativer Prozesse.

2 Theoretischer Hintergrund

Dieser Abschnitt stellt die zentralen theoretischen Hintergründe der Forschungsarbeit vor und entwirft einen konzeptionellen Rahmen für die Analyse der demokratiepolitischen Effekte des österreichischen Klimarats der Bürger*innen, indem demokratietheoretische Überlegungen mit Konzepten von Macht und Empowerment verknüpft werden. Das erste Kapitel beschreibt die grundlegenden Eigenschaften des Beteiligungsformats „Citizens‘ Assembly“ und stellt jene Erwartungen und Herausforderungen dar, die mit der Durchführung dieser Prozesse verbunden sind. Im zweiten Kapitel werden die zentralen demokratietheoretischen Hintergründe der Arbeit diskutiert, auf deren Basis die Auswirkungen des österreichischen Klimarats analysiert werden sollen. Das dritte Kapitel betrachtet die Rolle von Macht und Empowerment in demokratischen Systemen und entwickelt eine Operationalisierung des Empowerment-Begriffs aus demokratiepolitischer Perspektive.

2.1 Citizens‘ Assemblies

Die Bezeichnung „Citizens‘ Assembly“ wurde erstmals in den frühen 2000er Jahren in Kanada verwendet, als im Rahmen eines aufwändigen Bürger*innenbeteiligungsprozesses auf regionaler Ebene ein neues Wahlsystem entwickelt wurde (OECD, 2020). Das Verfahren kann dem Format der deliberativen „Mini Publics“ zugeordnet werden, welche sich durch die repräsentative Zufallsauswahl der Teilnehmer*innen sowie den Fokus auf einen deliberativen Austausch der Beteiligten auszeichnen (vgl. Escobar & Elstub, 2017). Die OECD (2020) zählt Citizens‘ Assemblies zu jenen Beteiligungsverfahren, die der Entwicklung von „informierten Bürger*innen-Empfehlungen“ zu politischen Fragestellungen und Maßnahmen dienen: Diese intensiven Prozesse sind zwar zeit- und kostenaufwändig, eignen sich aber durch ihre Rahmenbedingungen insbesondere für die Behandlung komplexer und/oder kontroverser gesellschaftlicher Themen. Auf nationaler Ebene gilt Irland als Vorbild für das Format des Citizens‘ Assembly: Mit der „Convention on the Constitution“ von 2012-2014 sowie dem „Irish Citizens‘ Assembly“ 2016-2018 war es das erste Land, dass dieses Verfahren innerhalb eines kurzen Zeitraums zwei Mal einsetzte (Farrell, Suiter, et al., 2019), und inzwischen wurden in Irland mehrere weitere nationale Assemblies umgesetzt¹. Zum Thema Klimawandel wurden bisher in mehreren europäischen Ländern Citizens‘ Assemblies durchgeführt, beispielsweise 2019/2020 in Frankreich ((Giraudet et al., 2021), 2020 in Großbritannien (Elstub et al., 2021) und 2021 in Deutschland (Bürgerrat Klima, 2021).

Im Deutschen hat sich für diese Art von Prozessen die Bezeichnung „Bürger*innenrat“ etabliert, wobei dieser Begriff im österreichischen Kontext nicht zu verwechseln ist mit den „Bürgerräten“, die zum Beispiel in Vorarlberg schon seit 2011 auf Bundeslandebene eingesetzt werden und seit 2013 in der Vorarlberger Landesverfassung verankert sind (Zubizarreta et al., 2020). Diese nehmen eine Vorreiterrolle bei der Etablierung von repräsentativen Partizipationsverfahren ein, unterscheiden sich allerdings vom Format des Citizens‘ Assembly in mehreren Punkten. Mit 12-15 Teilnehmer*innen und einer durchschnittlichen Dauer von rund zwei Tagen sind Vorarlberger Bürgerräte deutlich wenig

¹ vgl. <https://citizensassembly.ie/overview-previous-assemblies/>

umfangreich – und demgemäß auch weniger ressourcenintensiv – als Citizens' Assemblies, an denen in der Regel mehr als 100 Personen teilnehmen und die im Durchschnitt knapp 20 Tage dauern (OECD, 2020). Die Prozessphasen des Lernens und der Deliberation werden im Vorarlberger Modell nicht klar unterschieden, sondern stärker integriert (ebd.), und als zentrale Moderationstechnik fungiert die sogenannte „Dynamic Facilitation“ (Zubizarreta et al., 2020). Die Ergebnisse der Deliberation werden im Rahmen eines Bürgercafés der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt und eine kleine Gruppe der Beteiligten erhält die Aufgabe, nach Abschluss des Prozesses mehrere Monate lang die Umsetzung der Vorschläge zu unterstützen bzw. zu beobachten (ebd.).

In dieser Arbeit werden die Begriffe „Citizens' Assembly“ (CA) und „Bürger*innenrat“ (BR) synonym verwendet. Die folgenden Unterkapitel stellen grundlegende Eigenschaften des Verfahrens vor und diskutieren verschiedene Funktionen und Herausforderungen des Formats.

2.1.1 Zentrale Eigenschaften und Prozessdesign

Bei der Analyse partizipativer Verfahren wird häufig zwischen drei Dimensionen unterschieden (Galais et al., 2021): (1) Inputfaktoren beschreiben den Kontext des Verfahrens und seine Rahmenbedingungen (z.B. Auftraggeber*in, Ziele, Teilnehmer*innen, Ressourcen), (2) Prozessfaktoren charakterisieren den Ablauf des Verfahrens (etwa seine Dauer, eingesetzte Methoden und die Qualität von Kommunikation und Interaktionen zwischen den Teilnehmer*innen); und (3) Outputfaktoren kennzeichnen die Ergebnisse und Effekte des Verfahrens sowie seine längerfristigen Auswirkungen. Bürger*innenräte weisen in allen drei Dimensionen charakteristische Eigenschaften auf, bieten aber (insbesondere auf der Prozessebene) auch Potenzial für Variation.

(1) Input-Dimension

Charakteristisch für das Format des Bürger*innenrats ist die *repräsentative Loswahl* der Teilnehmer*innen (Fischer-Bollin, 2021). Diese erfolgt in der Regel durch Ziehen einer geschichteten Zufallsstichprobe, wodurch sichergestellt werden soll, dass die Zusammensetzung der Stichprobe in bestimmten soziodemografischen Merkmalen der Grundgesamtheit, also der betroffenen Bevölkerung, möglichst gut entspricht. Übliche Merkmale sind Alter, Geschlecht, sozioökonomischer Hintergrund, Bildungsstand, geografische Herkunft und Urbanisierungsgrad des Lebensortes. Lietzmann et al. (2021) nennen weiters den *Abbau von Teilnahmehürden* als wichtigen Faktor für das Gelingen von Bürger*innenräten. Zu diesem Zweck sollten etwa Aufwandsentschädigungen für die Teilnahme, Angebote für Kinder- und Familienbetreuung sowie Fahr- oder Dolmetscherdienste vorgesehen werden.

Auf der organisatorischen Ebene sind Bürger*innenräte in der Regel durch einen *staatlichen Auftraggeber* gekennzeichnet², wenngleich die Initiative zu ihrer Einsetzung auch aus der Bevölkerung kommen kann (Lietzmann et al., 2021). Die Ergebnisse des Prozesses sind zum einen an die Auftraggeber aus Politik oder Verwaltung adressiert, richten sich aber ebenso an die breite Öffentlichkeit und sollen zur öffentlichen Meinungs- und Willensbildung beitragen (Fischer-Bollin,

² Dieses Merkmal scheint derzeit in Veränderung begriffen, da sowohl in der Praxis (siehe z.B. der deutsche Bürgerrat Klima, 2021) als auch in der wissenschaftlichen Literatur (siehe etwa Bussu & Fleuß, 2023) zunehmend auch zivilgesellschaftlich organisierte Bürger*innenräte an Bedeutung gewinnen.

2021). Die konkrete Gestaltung und Umsetzung des Prozesses sollte durch eine *unabhängige Organisation* erfolgen und ausreichend Ressourcen erhalten, um ein neutrales und politisch unabhängiges Verfahren gewährleisten zu können (Farrell, Curato, et al., 2019).

Schließlich ist auch die *Wahl des Themas* ein wichtiger Punkt: Geeignete Themen sollten politisch relevant sein, unterschiedliche Lösungsansätze und Handlungsmöglichkeiten umfassen und eine gewisse Nähe zu den lebensweltlichen Erfahrungen der Menschen aufweisen (Lietzmann et al., 2021).

(2) Prozessdimension

Auf der Prozessebene beinhalten Citizens' Assemblies vier Phasen, die sich zwar in der Praxis nicht streng voneinander abgrenzen lassen, sich aber dennoch in ihrem Zweck und ihrer Ausrichtung voneinander unterscheiden (OECD, 2020). Zu Beginn des Prozesses liegt der Fokus in der Regel auf dem *Lernen*: Die Teilnehmer*innen erhalten relevante Informationen zur Fragestellung und lernen unterschiedliche Perspektiven, Problemdimensionen und Lösungsansätze kennen. Je nach Thema hören die Bürger*innen in dieser Phase beispielsweise Vorträge von verschiedenen Expert*innen, Interessensvertreter*innen oder anderen Stakeholdern, können diese befragen und nach Möglichkeit auch selbst einladen (Escobar & Elstub, 2017).

Auch die *Konsultation* der breiteren Öffentlichkeit und der Austausch mit der Bevölkerung spielen eine wichtige Rolle im Prozessverlauf. Die transparente Kommunikation der Abläufe ist von zentraler Bedeutung für die Legitimität des Verfahrens in der Öffentlichkeit, und auch die inhaltliche Arbeit des Rates kann durch Feedback oder zusätzliche Impulse aus der Bevölkerung bereichert werden (Farrell, Curato, et al., 2019).

Im Rahmen der *Deliberation* diskutieren und reflektieren die Teilnehmer*innen in weiterer Folge die verschiedenen Sichtweisen, wägen Interessen und konfligierende Ziele gegeneinander ab und erarbeiten Lösungsvorschläge (die charakteristischen Eigenschaften des deliberativen Austauschs werden in Kapitel 2.2.2 näher erläutert). Dabei ist eine neutrale, unabhängige Moderation der Gespräche essenziell, um eine inklusive und respektvolle Gesprächsführung zu unterstützen und sicherzustellen, dass alle Bürger*innen gehört werden (Fischer-Bollin, 2021; Lietzmann et al., 2021).

Um am Ende des Prozesses gemeinsame Politikempfehlungen entwickeln zu können, ist schlussendlich auch eine Phase der *Entscheidungsfindung* nötig. Die meisten Bürger*innenräte schließen mit einer Form von Mehrheitsabstimmung über die erarbeiteten Empfehlungen, wobei in der Regel auch abweichende Meinungen und Minderheitenperspektiven im finalen Bericht dokumentiert werden (OECD, 2020).

In allen Prozessphasen ist der Einsatz *vielfältiger Arbeitsformate und Methoden* sinnvoll, um die Zusammenarbeit der Teilnehmer*innen effektiv und inklusiv zu gestalten. So sollte etwa eine gute Balance aus Plenarsitzungen, moderierten Gruppendiskussionen und selbstorganisierten Kleingruppen gefunden werden, in denen je nach Ziel und Schwerpunkt der Einheit verschiedene diskursive oder künstlerisch-gestaltende Arbeitsformate zur Anwendung kommen (Lietzmann et al., 2021).

(3) Output-Dimension

Als unmittelbarer Output eines Bürger*innenrates wird üblicherweise ein öffentlich zugänglicher Bericht verfasst, in dem die Empfehlungen der Teilnehmer*innen sowie etwaige abweichende Sichtweisen festgehalten werden. Darüber hinaus sollen darin die Organisation und der Ablauf des Prozesses transparent dokumentiert werden (Farrell, Curato, et al., 2019). In der Regel erfolgt nach Abschluss des BR eine Übergabe dieses Berichts an die Auftraggeber*innen des Prozesses sowie an weitere politische Akteur*innen und wichtige Stakeholder. Es wird außerdem empfohlen, dass sich die Auftraggeber*innen dazu verpflichten, innerhalb eines gewissen Zeitraums zu den Ergebnissen des Prozesses Stellung zu beziehen (Fischer-Bollin, 2021).

Bürger*innenräte können durch ihre Vielschichtigkeit und Intensität eine Vielzahl demokratiepolitischer Effekte haben, die aufgrund von zeitlichen Verzögerungen und komplexen gesellschaftlichen Dynamiken nicht immer leicht zu beobachten sind. Laut Thorman und Capstick (2022) haben BR das Potenzial, auf politische Entscheidungen einzuwirken, zur Meinungs- und Willensbildung in der breiten Bevölkerung beizutragen, die Einstellungen und das Verhalten der teilnehmenden Bürger*innen zu beeinflussen sowie das gesellschaftliche Verständnis von Demokratie und Partizipation zu verändern. Die Autoren unterscheiden dabei zwischen den unmittelbaren, kurzfristigen Auswirkungen von BR („impact“) und ihrem „Vermächtnis“ („legacy“), also den breiteren Effekten, die langsamer wirken und daher erst bei langfristiger Betrachtung erkennbar sind. Aufgrund dieser Vielzahl an möglichen Effekten können Citizens‘ Assemblies mit verschiedensten Erwartungen an den Prozess und seine Auswirkungen verbunden sein, welche im nächsten Unterkapitel ausführlicher diskutiert werden.

2.1.2 Erwartungen und Herausforderungen

Ein zentraler Beweggrund für den Einsatz von deliberativen Beteiligungsverfahren ist die Annahme, dass die *Qualität der Entscheidungen* durch die Inklusion des Alltagswissens und der unterschiedlichen Perspektiven von Bürger*innen maßgeblich verbessert werden kann (Fischer-Bollin, 2021; OECD, 2020). Bürger*innenräte sollen die Entwicklung von kreativen Lösungsansätzen und ambitionierten Zielen ermöglichen, die im etablierten politischen Prozess oft nur schwer entstehen können. Um diesem Anspruch gerecht werden zu können, ist es nötig, den Bürger*innen Raum für weitreichendes Engagement und Eigeninitiative zu bieten und ihnen ausreichend Unterstützung zur Seite zu stellen (Thorman & Capstick, 2022). Gleichzeitig birgt ein Fokus auf die Schaffung neuer, innovativer Perspektiven jedoch das Risiko, dass politische Akteur*innen die Vorschläge von CAs ignorieren oder nur jene Maßnahmen umsetzen, die zu ihrer politischen Agenda passen (Willis et al., 2022). Eine Herausforderung bei der Gestaltung von Bürger*innenräten ist daher das Abwägen zwischen politischer Anschlussfähigkeit und transformativem Potenzial der erarbeiteten Maßnahmen.

Eine weitere Funktion von Bürger*innenräten kann es sein, die *demokratische Legitimität* von politischen Maßnahmen zu erhöhen oder politische Pattsituationen zu überwinden (Thorman & Capstick, 2022). Dieser Legitimitätsgewinn ergibt sich zum einen aus der Inklusion der Sichtweisen von Bürger*innen in den Entscheidungsprozess sowie aus der dadurch verbesserten inhaltlichen Qualität der Entscheidungen, zum anderen entsteht Legitimität durch die Transparenz und offene

Kommunikation des Prozessverlaufs in der breiten Öffentlichkeit (Fischer-Bollin, 2021). Die Beteiligung von Bürger*innen am politischen Prozess kann das öffentliche Vertrauen in demokratische Institutionen erhöhen und dadurch in der Bevölkerung mehr Zustimmung für schwierige Entscheidungen generieren, etwa wenn aufgrund von Zielkonflikten zwischen unterschiedlichen Interessen abgewogen werden muss oder der Nutzen bestimmter politischer Maßnahmen erst nach einem längeren Zeitraum eintritt (OECD, 2020). Wird ein BR jedoch hauptsächlich zum Zweck der Legitimitätssteigerung organisiert, besteht das Risiko, dass der Prozess stark von Expert*innen oder politischen Akteur*innen beeinflusst wird, wodurch bestehende Machtungleichgewichte reproduziert werden können und die Vorschläge und Anliegen der Teilnehmer*innen innerhalb des Prozesses unter Umständen wenig Gehör finden (ebd.). Die Ergebnisse solcher Prozesse bewegen sich meist innerhalb der Grenzen bestehender Paradigmen und Handlungsmöglichkeiten, anstatt neue und potenziell transformative Lösungsansätze hervorzubringen (Sandover et al., 2021).

Schließlich können deliberative Beteiligungsverfahren auch dazu beitragen, *Bürger*innen zu empowern* und ihnen ein Gefühl von politischer Selbstwirksamkeit zu vermitteln (OECD, 2020). Zu den potenziellen Effekten von Bürger*innenräten zählen etwa individuelle Veränderungen von Einstellungen, Fähigkeiten und Wissen in Bezug auf das Thema des Rates und das deliberative Aushandeln von politischen Maßnahmen, sowie Änderungen in Verhaltensweisen (Jacquet & van der Does, 2021). Diese Effekte werden insbesondere bei den Teilnehmer*innen des Prozesses erwartet, aber auch in der breiten Bevölkerung sollen BR den öffentlichen Diskurs zu einem Thema beeinflussen und dabei helfen können, ein Bewusstsein für bestimmte Probleme und Lösungsmöglichkeiten zu schaffen (Thorman & Capstick, 2022).

Die Analyse von deliberativen Beteiligungsverfahren und ihren Effekten erfolgt in der Regel auf der Basis von demokratietheoretischen Überlegungen. Im folgenden Kapitel werden die relevanten demokratietheoretischen Diskurse vorgestellt und ein theoretischer Rahmen für die Untersuchung des österreichischen Klimarats entwickelt.

2.2 Demokratietheoretische Hintergründe

Der Begriff „Demokratie“ wird üblicherweise als „Herrschaft des Volkes“ übersetzt und bezeichnet eine politische Ordnung, in der die Entscheidungsmacht über staatliche Angelegenheiten den Staatsbürger*innen selbst zukommt. Diese Machtausübung erfolgt „auf der Grundlage politischer Freiheit und Gleichheit sowie weitreichender politischer Beteiligungsrechte erwachsener Staatsbürger[*innen]“ (M. G. Schmidt, 2019, S. 2). Wie viele zentrale Begriffe der Politikwissenschaft ist auch Demokratie ein „umkämpfter Begriff“ (vgl. Buchstein, 2016, Kapitel 2), um den seit seinen Anfängen in der griechischen Antike zahlreiche unterschiedliche Theoriegebäude entstanden sind³.

Demokratietheoretische Überlegungen dienen der Beschreibung, Erklärung und Bewertung demokratischer Systeme (M. G. Schmidt, 2019) und lassen sich in vier Typen einteilen, die sich in ihren Fragestellungen und methodischen Ansätzen unterscheiden (vgl. Buchstein, 2016, Kapitel 3).

³ Eine Einführung in die historische Entwicklung demokratietheoretischer Ansätze bietet beispielsweise Saage (2012).

Für die Untersuchung von deliberativen Beteiligungsverfahren sind insbesondere zwei Literaturstränge relevant: jene der *partizipativen* sowie der *deliberativen Demokratietheorie*. Buchstein ordnet beide Ansätze dem Typus der normativen Demokratietheorien zu, deren Ziel es ist, „Aussagen über positive Sollens-Zustände“ (2016, S. 27) in demokratischen Systemen zu treffen und diese durch Bezugnahme auf eine allgemeine Gültigkeit von Grundwerten zu begründen. Aus diesen normativen Aussagen werden in weiterer Folge funktionale Kriterien für die konkrete institutionelle Ausgestaltung demokratischer Systeme abgeleitet, anhand derer die Qualität einzelner Systeme, Institutionen oder Innovationen – wie etwa der Bürger*innenräte – beurteilt werden kann (ebd.).

In diesem Unterkapitel werden die Entstehung, zentrale Annahmen sowie Stärken und Schwächen der partizipativen und deliberativen Demokratietheorie zunächst einzeln dargestellt. Anschließend bietet Kapitel 2.2.3 eine kritische Diskussion ihrer Gemeinsamkeiten und Unterschiede und argumentiert, dass die Kombination der beiden theoretischen Linsen gegenüber der Betrachtung aus jeweils nur einer Perspektive einen wichtigen Mehrwert für die Analyse von deliberativen Beteiligungsprozessen bieten kann.

2.2.1 Partizipative Demokratietheorie

Der Begriff der partizipativen Demokratie rückte im Zuge der sozialen Bewegungen der 1960er Jahre stärker in den Fokus des öffentlichen Diskurses. Aktivistische Organisationen mit politisch linken, pazifistischen oder radikal-feministischen Hintergründen sahen in der Beteiligung der Bürger*innen an Entscheidungsfindungsprozessen eine Möglichkeit, zentrale Werte von Gleichheit, Freiheit und Gemeinschaft im Rahmen ihrer Organisationen und auch in der breiten Gesellschaft zu verwirklichen (Polletta, 2013, 2014). In diesem gesellschaftlichen Kontext, der auch als „participatory turn“ bezeichnet wird (Bherer et al., 2016), erhielt die partizipative Demokratietheorie in der Folge auch in der politikwissenschaftlichen Forschung vermehrte Aufmerksamkeit.

Theoretische Überlegungen zur Bedeutung von Partizipation waren ursprünglich eng verknüpft mit Kritik an liberalen und repräsentativen Demokratiemodellen, in denen der Wettbewerb von Eliten um die Stimmen der wahlberechtigten Bürger*innen das zentrale demokratische Element bildet (Pateman, 1970). Vertreter*innen dieser liberalen und repräsentativen Konzeptionen von Demokratie schlussfolgerten aus empirischen Erhebungen zur Politikverdrossenheit von Bürger*innen, dass diese weder das Interesse an noch die nötigen Fähigkeiten für eine Beteiligung am politischen Prozess besäßen und dass eine solche Beteiligung auch nicht förderlich für demokratische Gesellschaften sei (siehe z.B. Schumpeter, 1942). Dagegen argumentierten Verfechter*innen einer partizipativen Demokratietheorie, dass es nicht Unfähigkeit oder Unwille seien, die Bürger*innen von einer Teilnahme an politischen Prozessen abhielten, sondern vielmehr gegebene (sozio-ökonomische) Ungleichheiten sowie institutionelle Beschränkungen, die dem Großteil der Bevölkerung kaum Gelegenheit zur Partizipation böten (Elstub, 2018). Durch verstärkte Beteiligung benachteiligter Bevölkerungsgruppen sollte deren geringer Einfluss auf Entscheidungsprozesse und die daraus resultierender Zunahme der Ungleichheit unterbrochen werden (Macpherson, 1977).

Newig (2011) identifiziert drei Kerndiskurse, in die sich die Funktionen von Partizipation gruppieren lassen: Bürger*innenbeteiligung soll *emanzipatorische Effekte* nach sich ziehen, die *demokratische*

Legitimität von Entscheidungsprozessen erhöhen sowie die *Effektivität demokratischer Prozesse* in Bezug auf die inhaltliche Qualität der Entscheidungen verbessern. Diese drei Funktionen werden im Folgenden näher erläutert.

Für Carole Pateman (1970) ist das Kernelement einer partizipativen Demokratietheorie die *emanzipatorische Funktion* von politischer Partizipation. Aufbauend auf den politischen Theorien von Jean Jaques Rousseau, John Stuart Mill und G. D. H. Cole⁴ argumentiert Pateman, dass Gesellschaften nicht aus Individuen mit exogen vorgegebenen Präferenzen bestehen, die sich im Policy-Prozess nicht maßgeblich verändern und daher einfach in Form von Wahlen aggregiert werden können. Sie konzeptualisiert individuelle Präferenzen als endogen, also innerhalb des gesellschaftlichen Systems entstehend, und sieht daher die zentrale Aufgabe von demokratischen Institutionen in der Ausbildung der Menschen zu „demokratischen Bürger*innen“. Diese zeichnen sich durch bestimmte soziale und politische Kapazitäten aus, welche sowohl psychologische Aspekte von inneren Einstellungen und Haltungen umfassen als auch das Üben demokratischer Fähigkeiten und Prozesse erfordern (Pateman, 1970, S. 42).

Ein weiteres emanzipatorisches Element von Patemans Partizipationsverständnis ist die Forderung nach einer „Demokratisierung der Demokratie“ in allen zentralen Lebensbereichen (Pateman, 2012). Um eine gleichberechtigte Beteiligung aller Bürger*innen an politischen Entscheidungsfindungsprozessen auf nationaler Ebene zu ermöglichen, so Pateman (1970), ist es notwendig, den Menschen in ihrem unmittelbaren Alltag Gelegenheit zum Erlernen der dafür erforderlichen inneren Einstellungen und demokratischen Fähigkeiten zu bieten. Zentrale Lebensbereiche wie etwa das Arbeitsumfeld müssen daher als eigene politische Systeme gedacht werden, in denen durch Partizipation demokratische Fähigkeiten und Prozesse geübt werden können. Ein solches partizipatives System wäre selbsterhaltend, da es Bürger*innen ebendie Fähigkeiten und Einstellungen lehrt, die diese für politische Beteiligung benötigen. Um eine partizipative Gesellschaft zu gestalten, müssten bestehende undemokratische Autoritätsverhältnisse in verschiedensten Lebensbereichen durch tiefgreifende strukturelle Veränderungen reformiert werden (Pateman, 2012). In einer solchen Gesellschaft, so argumentiert Pateman (1970) aufbauend auf der politischen Theorie von Rousseau, genießen Individuen ein höheres Maß an Freiheit, da sie stärkeren Einfluss auf und Kontrolle über ihr eigenes Leben und die Gestaltung ihrer Umgebung erhalten (vgl. auch Renn, 2005). Weiters schreibt sie Partizipation einen integrativen Effekt zu, da die Beteiligung an Entscheidungsprozessen den Bürger*innen ein Gefühl von Zugehörigkeit zu ihrer Gemeinschaft vermittelt.

In Bezug auf die zweite Funktion von Partizipation nach Newig (2011), die erhöhte *demokratische Legitimität* von Entscheidungsprozessen, wird argumentiert, dass Partizipation zu einer Steigerung der Transparenz öffentlicher Entscheidungen beitragen kann sowie eine „direktere Form demokratischer Willensbildung“ (Newig, 2011, S. 490) darstellt. Dadurch können Entscheidungstragende fundiertere Informationen über die Präferenzen der Betroffenen erhalten (Renn, 2005). Auf Basis einer systemtheoretischen Interpretation von Demokratie (V. A. Schmidt,

⁴ Für eine ausführliche Analyse der Beiträge von Rousseau, Mill und G. D. H. Cole zu Patemans Verständnis von Partizipation, siehe Pateman (1970), Kapitel 2.

2013) kann Bürger*innenbeteiligung entlang von zwei Dimensionen die Legitimität von Entscheidungen stärken: Einerseits als Input-Legitimität, indem die Beteiligung betroffener Personen gewährleistet wird, und weiters als Throughput-Legitimität, indem Entscheidungsverfahren zum Einsatz kommen, die den Ausgleich unterschiedlicher Interessen sowie ein faires Aushandeln von kollektiv bindenden Regeln ermöglichen (siehe auch Renn, 2005).

Der Diskurs um die dritte Funktion von Partizipation, der in jüngerer Zeit zunehmend an Bedeutung gewonnen hat, konzentriert sich auf die *Effektivität demokratischer Prozesse* in Bezug auf die inhaltliche Qualität der erzeugten Entscheidungen (Newig, 2011) und bezieht sich somit auf die Output-Dimension des demokratischen Prozesses. Partizipation bietet die Möglichkeit, das Erfahrungswissen betroffener Personen in die Entscheidungsfindung zu integrieren (Renn, 2005) und eine Vielzahl von Perspektiven einzubeziehen, wodurch sowohl die epistemische Qualität der Entscheidungen verbessert als auch deren Akzeptanz erhöht werden soll (Newig, 2011).

Das heutige Verständnis von Partizipation ist sowohl in den theoretischen Ansätzen als auch in ihrer praktischen Umsetzung stark ausdifferenziert (siehe z.B. Polletta, 2016). Partizipative Verfahren kommen inzwischen in einer Vielzahl von Organisationen zum Einsatz und werden zum Teil sehr unterschiedlich gestaltet, je nachdem, welche Interessen hinter ihrem Einsatz stehen und welche der verschiedenen Funktionen von Partizipation im Fokus stehen (Newig, 2011). Gemeinsam ist diesen Ansätzen laut Bherer et al. (2016), dass sie verschiedene „Öffentlichkeiten“ einbeziehen, mobilisieren, konsultieren möchten. Partizipation wird dabei häufig mit Konzepten von Empowerment, Deliberation, Bürger*innentugenden, Co-Governance und kollaborativer Entscheidungsfindung assoziiert. Bherer et al. (2016) sprechen daher von vielen verschiedenen „participatory democracy projects“ (S. 228), welche unterschiedliche Auswirkungen auf das demokratische System haben (und auch intendieren) und in deren Zusammenspiel Partizipation immer wieder neu interpretiert und verhandelt wird. Es bleibt daher eine zentrale Aufgabe der Partizipationsforschung, konkrete Beteiligungsprozesse zu untersuchen und festzustellen, ob und wie partizipative Ideale in realen demokratischen Systemen realisierbar sind und auf welche Weise durch partizipative Verfahren demokratische Entscheidungsfindungsprozesse in verschiedenen Dimensionen (Emanzipation, Legitimität, Effektivität u.A.) verbessert werden können (Renn, 2005).

2.2.2 Deliberative Demokratietheorie

Während sich die partizipative Demokratietheorie im Kern der Frage widmet, *wer sich wie* in einer Demokratie an politischen Entscheidungen beteiligt sein sollte, beschäftigt sich die deliberative Demokratietheorie vornehmlich damit, *auf welche Weise* eine Gruppe von Personen gemeinsame Entscheidungen treffen kann (Della Porta, 2013, siehe auch Kapitel 2.2.3). Ebenso wie partizipative Konzepte existierten auch deliberative Überlegungen bereits in verschiedenen alten Denktraditionen, etwa bei Aristoteles im Kontext des antiken Griechenlands, aber auch in nicht-westlichen indigenen Kulturen (Bächtiger et al., 2018). In der zeitgenössischen Demokratietheorie verortet Antonio Floridia (2018) den sogenannten „deliberative turn“ in den Jahren zwischen 1980 und 1993, in denen Arbeiten aus unterschiedlichen Disziplinen begannen, sich – aufbauend auf den Überlegungen der partizipativen Demokratietheorie – eingehender mit einer deliberativen Interpretation von Demokratie zu beschäftigen.

In der Einleitung des „Oxford Handbook of Deliberative Democracy“ beschreiben Bächtiger et al. (2018) den zentralen demokratietheoretischen Beitrag deliberativer Ideale wie folgt: „Deliberative democracy puts meaningful communication at the heart of democracy, not as a naïve hope, but in full recognition of the real capacities of citizens, politicians, and political processes.“ (S. 2).

Deliberative Ansätze wollen daher untersuchen und aufzeigen, wie *durch kommunikativen Austausch* das Wissen, die Bedürfnisse, Interessen, Werte und Präferenzen von Individuen in kollektive Entscheidungsprozesse einfließen können. Solche deliberativen Entscheidungsprozesse sollen kollektives Handeln ermöglichen, das eine höhere demokratische Legitimität, epistemische Qualität und soziale Stabilität aufweist als alternative Herangehensweisen.

Deliberation lässt sich breit definieren als wechselseitige Kommunikation über öffentliche Belange, bei der die Präferenzen, Werte und Interessen der Deliberierenden, aber auch der Gesellschaft insgesamt, in Bezug auf die gegebenen Themen reflektiert und abgewogen werden (Bächtiger et al., 2018). Die erste Generation von Wissenschaftler*innen, die sich mit deliberativen Konzepten beschäftigten, konzentrierte sich laut Elstub et al. (2016) vor allem auf normative Theoriebildung. Eine zentrale Rolle kommt hier der Arbeit von Jürgen Habermas zu, der argumentierte, dass legitime Entscheidungen in einer Demokratie nur durch einen diskursiven Prozess entstehen können, der allen Betroffenen die Möglichkeit zur Beteiligung an der Entscheidungsfindung bietet (Habermas, 1996). Aufbauend auf dieser Annahme entwickelten verschiedene Autor*innen normative Konzepte für diesen diskursiven Prozess, welche in der Literatur der zweiten Generation kritisch überarbeitet und durch die Verbindung mit anderen Forschungsfeldern erweitert wurden (für eine detailliertere Auseinandersetzung mit der Entwicklung deliberativer Ideale, siehe z.B. Elstub, 2010; Elstub et al., 2016).

Bächtiger et al. (2018, S. 9) charakterisieren deliberative Demokratie als „essentially contested concept“, bei dem kritisches Reflektieren und Hinterfragen zentrale Bestandteile des Konzepts selbst sind, wodurch sich kein allgemeingültiges Ideal von „guter Deliberation“ festmachen lässt. Dennoch lassen sich einige zentrale Punkte herausarbeiten, um die sich dieser kritische Diskurs dreht und die seit den Anfängen deliberativer Demokratiekonzeptionen stetig weiterentwickelt wurden und werden. Zu den wichtigsten deliberativen Idealen zählen Bächtiger et al. (2018) den *gegenseitigen Respekt*, die *Abwesenheit von Zwang oder Bestrafung* und *politische Gleichheit* – im Sinne von gleicher Möglichkeit bzw. Gelegenheit, politische Prozesse zu beeinflussen. Zentrale Elemente von deliberativem Austausch sind weiters das Reflektieren von Interessen und Präferenzen durch Präsentieren „*relevanter Überlegungen*“, die *Aufrichtigkeit und Authentizität* der Teilnehmenden sowie eine *Orientierung am Gemeinwohl* (ebd.). Ziel von Deliberation ist laut Bächtiger et al. (2018) das *Finden eines Konsenses bei kompatiblen Werten und gemeinsamen Interessen*, während *bei unvereinbaren Interessenskonflikten die Klärung des Konfliktes und das Aushandeln eines fairen Kompromisses* im Vordergrund stehen. Die *Transparenz und Öffentlichkeit* deliberativer Prozesse sind als Ideale umstritten, da sie unter bestimmten Umständen zur externen Beeinflussung eines deliberativen Forums führen können (ebd.).

Vertreter*innen deliberativer Demokratiekonzeptionen versprechen sich vom Einsatz von Deliberation in Entscheidungsfindungsprozessen verschiedene positive Effekte, die sich analog zu den Funktionen von Partizipation in drei Kerndiskursen gruppieren lassen (Newig, 2011). Von zentraler

Bedeutung ist in der Literatur die *demokratische Legitimierung von Entscheidungen* durch Deliberation (Dryzek, 2010): Deliberation kann zur Erzeugung demokratischer Legitimität beitragen, indem alle betroffenen Personen gleichermaßen die Gelegenheit erhalten, im Rahmen des deliberativen Prozesses verschiedene Argumente zu reflektieren und abzuwägen, ihre Präferenzen zu erläutern und so die Entscheidung zu beeinflussen. Deliberative Konzepte nehmen damit Bezug auf die Input- und die Throughput-Legitimität von demokratischen Entscheidungsprozessen (V. A. Schmidt, 2013).

Als weitere wichtige Funktion von Deliberation nennen Bächtiger et al. (2018) die Verbesserung der *epistemischen Qualität von Entscheidungen*. Durch das Abwägen aller relevanten Sichtweisen unter möglichst idealen Bedingungen, so die Annahme, können epistemisch bessere Argumente von schlechteren unterschieden werden, und durch die Zusammenarbeit der Beteiligten werden individuelle Vorurteile und kognitive Limitationen ausgeglichen (siehe Estlund & Landmore, 2018 für eine detaillierte Untersuchung dieser Funktion). Diese epistemische Funktion von Deliberation soll – analog zu jener von Partizipation – zur Output-Legitimität demokratischer Prozesse beitragen.

Ein dritter Diskurs schließlich dreht sich um die *emanzipatorische Funktion* (vgl. Newig, 2011) von deliberativen Praktiken. Hier zeigen sich deutliche Parallelen zur Partizipationsforschung, allerdings konzentrieren sich deliberative Ansätze insbesondere auf die Effekte des kommunikativen Austauschs und gegenseitigen Rechtfertigens von Sichtweisen. Pincock (2012) nennt unter anderem eine stärkere Gemeinwohl-Orientierung, Klärung der eigenen Präferenzen, höheres Vertrauen in die eigene politische Kompetenz und das Erlernen deliberativer Fähigkeiten wie Respekt und Kooperation als zentrale Lerneffekte von Deliberation.

Neben den Diskursen um die Klärung deliberativer Konzepte und die verschiedenen Funktionen von Deliberation gibt es seit einigen Jahren verstärkt Forschung zur praktischen Umsetzung und Institutionalisierung deliberativer Ideale und der Frage, an welchen Orten Deliberation stattfinden kann und soll. Elstub et al. (2016) bezeichnen dies als die dritte Generation deliberativer Demokratieforschung. Verschiedene empirische Studien untersuchen etwa die deliberative Qualität der Kommunikation in staatlichen Institutionen (siehe z.B. Quirk et al., 2018) und im öffentlichen Diskurs sowie die Anwendung deliberativer Konzepte im Kontext von nichtstaatlichen Organisationen wie Unternehmen, Universitäten oder Nichtregierungsorganisationen (siehe z.B. Felicetti, 2018). Darüber hinaus sind in den letzten Jahren zahlreiche Formate entstanden, die bewusst auf die möglichst effektive Umsetzung deliberativer Ideale abzielen, beispielsweise James Fishkins „Deliberative Polls“ (siehe z.B. Fishkin, 1995) und verschiedene Formen von „Mini Publics“ (vgl. Setälä & Smith, 2018), darunter auch Bürger*innenräte wie der österreichische Klimarat.

Als vierte Generation deliberativer Demokratieforschung bezeichnen Elstub et al. (2016) schließlich die systemische Perspektive auf deliberative Demokratiekonzeptionen. Diese basiert auf der Annahme, dass verschiedene Formen von Deliberation an unterschiedlichen Orten mit unterschiedlichen institutionellen Rahmenbedingungen beobachtet und analysiert werden können. Eine systemische Perspektive eröffnet Raum für ein Abwägen von Tradeoffs zwischen deliberativen Idealen und anderen zentralen demokratischen Werten, sowie für den potenziellen Beitrag, den auch nicht-deliberative politische Aktivitäten (beispielsweise disruptive soziale Bewegungen) zur Gestaltung eines deliberativen Systems leisten können (Bächtiger et al., 2018).

2.2.3 Partizipativ-deliberative Prozesse: Ein kombinierter Analyserahmen

Während in der Literatur weitgehend Einigkeit darüber herrscht, dass das Forschungsfeld der modernen deliberativen Demokratietheorie aus der kritischen Reflexion partizipativer Konzepte entstand (Elstub, 2018; Florida, 2018), wird die heutige Beziehung zwischen den beiden Theorien kontrovers diskutiert. Für manche Autor*innen stehen Partizipation und Deliberation grundlegend im Widerspruch zueinander: So argumentiert etwa Thompson (2008), dass mehr Partizipation der deliberativen Qualität von Diskussionen schaden könnte und es daher Aufgabe der deliberativen Demokratietheorie sei, zu untersuchen, wann welchen demokratischen Idealen der Vorzug gegeben werden sollte. Auch Fishkin (2009, S. 191) sieht die drei grundlegenden demokratischen Ideale von Deliberation, politischer Gleichheit und Massen-Partizipation in Konflikt miteinander und postuliert, dass immer nur zwei der drei Prinzipien zugleich erfüllt sein können, weshalb partizipative Deliberation nur zwischen besonders motivierten und interessierten Personen möglich sei und damit die politische Gleichheit verletze.

Andere Forscher*innen argumentieren dagegen, dass die Theorien sich zwar klar voneinander unterscheiden, aber nicht prinzipiell unvereinbar sind. Della Porta (2013) schlägt vor, dass sich Partizipation und Deliberation auf unterschiedliche Dimensionen von Demokratie konzentrieren und daher auf einer konzeptionellen Ebene nicht miteinander, sondern mit zwei anderen demokratischen Praktiken kontrastiert werden sollten: Partizipation bezieht sich auf die Dimension der *Entscheidungsstragenden* und steht in einem Spannungsverhältnis mit Repräsentation bzw. Delegation, während Deliberation eine bestimmte Form der *Entscheidungsfindung* darstellt und einen Kontrast zum aggregativen Modus von Mehrheitsentscheidungen bildet⁵. Tabelle 1 zeigt eine Gegenüberstellung der beiden Dimensionen und benennt die daraus resultierenden unterschiedlichen Konzeptionen von Demokratie.

Tabelle 1: Demokratiekonzeptionen entlang der Dimensionen Entscheidungsstragende und Entscheidungsfindung (nach Della Porta, 2013, eigene Übersetzung)

		ENTSCHEIDUNGSFINDUNG	
		<i>Mehrheitsbeschluss</i>	<i>Deliberation</i>
ENTSCHEIDUNGS- TRAGENDE	<i>Repräsentation</i>	Aggregative liberale Demokratie	Liberale deliberative Demokratie
	<i>Partizipation</i>	Aggregative partizipative Demokratie	Partizipativ-deliberative Demokratie

Eine partizipativ-deliberative Konzeption von Demokratie ist für Della Porta (2013) somit aus theoretischer Sicht durchaus möglich und würde partizipative Forderungen nach mehr

⁵ Es ist wichtig, anzumerken, dass diese kontrastierenden Begriffspaare zwar in der politischen Theorie häufig anzutreffen sind, aber dennoch meist nicht als Widersprüche interpretiert, sondern in der Regel als produktive Spannungsfelder dargestellt werden, die sich im Idealfall die Balance halten (Della Porta, 2013; für die Beziehung zwischen Deliberation und Aggregation siehe auch Bächtiger et al., 2018, S. 2–3).

Beteiligungsmöglichkeiten und Entscheidungsmacht der Bürger*innen mit deliberativen Idealen des gemeinsamen Reflektierens und Abwägens von Sichtweisen kombinieren.

Elstub (2018) sieht Potenzial für eine konzeptionelle Verbindung zwischen den beiden Theorien insbesondere in den deliberativen Normen der Inklusion von Betroffenen sowie der Reflexion aller relevanten Positionen im Zuge eines demokratischen Entscheidungsprozesses. Die Erweiterung der politischen Beteiligungsmöglichkeiten über das Wählen repräsentativer Vertreter*innen hinaus ist somit auch in deliberativen Demokratiekonzeptionen eine zentrale Forderung. Allerdings legen die beiden Forschungsfelder unterschiedliche Schwerpunkte bei der Analyse von Beteiligungsmöglichkeiten: Während deliberative Demokratie die zentrale Rolle von kommunikativem Austausch und Argumentation unterschiedlicher Standpunkte betont, ist für partizipative Demokratietheoretiker*innen das Übertragen von Handlungs- und Entscheidungsmacht auf die Teilnehmenden ausschlaggebend für echte Partizipation (Florida, 2014, vgl. auch Arnstein, 1969).

Gerade diese unterschiedlichen Schwerpunkte zeigen für Elstub (2018) Möglichkeiten auf, wie sich die Theorien fruchtbar ergänzen können. Die partizipative Demokratietheorie kann von einer Kombination mit deliberativen Konzepten profitieren, da diese eine Erklärungsmöglichkeit für die emanzipatorischen Lerneffekte bieten, die von Partizipation erwartet werden. Tatsächlich betonen auch verschiedene Vertreter*innen von partizipativen Demokratiekonzeptionen die Relevanz dialogischer Beteiligungsformen (z.B. Pateman, 2012, S. 8). Darüber hinaus zeigt die deliberative Demokratietheorie Möglichkeiten auf, wie durch ausgleichende Entscheidungsverfahren sozioökonomische Ungleichheiten reduziert werden können (Elstub, 2018, S. 10) – ein normatives Ziel, das auch in der Partizipationsliteratur eine wichtige Rolle spielt (vgl. Macpherson, 1977).

Umgekehrt kann Partizipation laut Elstub (2018) dazu beitragen, im deliberativen Austausch alle relevanten Sichtweisen zu inkludieren sowie die Beteiligung und reflektierte Zustimmung der Betroffenen sicherzustellen – so wie es der Legitimationsanspruch der deliberativen Demokratietheorie verlangt (siehe Cohen, 2009; Dryzek, 2010). Weiters argumentiert Pateman (2012), dass deliberative Theorien nicht kritisch genug gegenüber bestehenden politischen Strukturen und Institutionen seien und sich stärker mit partizipativen Forderungen nach radikalen Veränderungen im politischen System auseinandersetzen sollten, ohne die echte Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger*innen nicht möglich seien.

Eine kombinierte Theorie der partizipativ-deliberativen Demokratie, so Elstub (2018), bietet daher aus einer theoretischen Perspektive größeres normatives Potenzial als die einzelnen Konzepte für sich betrachtet, und ist somit auch besser für die Analyse demokratischer Beteiligungs- und Entscheidungsfindungsprozesse geeignet. Insbesondere für die Untersuchung deliberativer Mini Publics scheint diese Kombination sinnvoll, da diese Prozesse explizit versuchen, die Vorteile von partizipativen und deliberativen Ansätzen miteinander zu vereinen (siehe z.B. Christensen et al., 2017, S. 66; oder Harris, 2019, S. 48).

Im folgenden Kapitel, welches den theoretischen Hintergrund der Arbeit abschließt, wird auf der Basis dieser demokratietheoretischen Überlegungen ein Analyserahmen für die empirischen Erhebungen entwickelt. Dazu wird der Begriff des demokratiepolitischen Empowerments aus der

Perspektive der partizipativen und deliberativen Demokratietheorie untersucht und anschließend für die Zwecke dieser Arbeit definiert und operationalisiert. Bisherige empirische Erkenntnisse zu den Empowerment-Effekten partizipativ-deliberativer Prozesse werden im Kontext dieser Operationalisierung reflektiert.

2.3 Demokratiepolitisches Empowerment

Das demokratiepolitische Empowerment der Teilnehmer*innen ist ein wichtiges normatives Ziel von partizipativ-deliberativen Prozessen (OECD, 2020). Das Empowerment-Konzept wird in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen und praktischen Kontexten eingesetzt, woraus sich eine Vielzahl an Bedeutungen und konkreten Definitionen des Begriffs ergibt (für einen Überblick über unterschiedliche Interpretationen des Konzepts, siehe McLaughlin, 2016). Im Allgemeinen bezieht sich der Empowerment-Begriff auf Praktiken, die darauf abzielen, die Handlungsmöglichkeiten von Menschen zu erweitern und ihnen dadurch Gelegenheit zu geben, ihre Interessen und Anliegen in Bezug auf individuelle oder gesellschaftliche Ziele zu äußern und sich für diese einzusetzen (Bornemann & Weiland, 2019). Im Deutschen wird Empowerment, je nach konkreter Bedeutung, häufig mit dem Begriff der Ermächtigung oder Selbstermächtigung übersetzt. Dieses Kapitel erläutert die Rolle und Bedeutung von Empowerment aus demokratiepolitischer Perspektive und beleuchtet verschiedene Dimensionen des Empowerment-Konzepts im Kontext der in Kapitel 2.2 vorgestellten Demokratietheorien. Abschließend wird der Begriff für die Zwecke dieser Arbeit definiert und operationalisiert.

2.3.1 Empowerment und Demokratie

In seiner wörtlichen Bedeutung als „Herrschaft des Volkes“ baut der Demokratiebegriff auf der normativen Annahme auf, dass die Macht zur Bestimmung über ihr Leben den Bürger*innen eines Staates selbst zukommt (Alexander & Welzel, 2011). Der englische Begriff „Empowerment“, wörtlich übersetzt als „Ermächtigung“, bedeutet ein Übertragen von Macht. Nimmt man diese beiden Begriffe zusammen, ergibt sich der Schluss, dass in einer Demokratie Empowerment oder Ermächtigung die Übertragung von politischer Macht auf die Bürger*innen bedeuten muss. Für Bornemann und Weiland (2019, S. 108) ist Empowerment demgemäß „a process of power generation that creates the conditions for democracy“. Andersen und Siim (2004) konkretisieren diesen Prozess in ihrer Einleitung zu dem Sammelband „The Politics of Inclusion and Empowerment“ weiter und sehen darin Potenzial für transformatives Handeln: “We define empowerment as the process of awareness and capacity-building, which increases the participation and decision-making power of citizens and may potentially lead to transformative action which will change opportunity structures in an inclusive and equalising direction.” (S. 2).

Da verschiedene Demokratietheorien unterschiedliche Auffassungen davon haben, auf welche Weise Bürger*innen politische Macht ausüben sollen und welche Fähigkeiten und Kompetenzen dafür nötig sind, hat auch Empowerment in den verschiedenen Theorien unterschiedliche Bedeutungen und praktische Implikationen. Im folgenden Abschnitt werden daher zunächst einige gängige analytische Dimensionen und Aspekte der Konzepte von Macht und Empowerment vorgestellt und im Kontext der partizipativen und deliberativen Demokratietheorie diskutiert.

2.3.1.1 Macht und Empowerment in demokratischen Systemen

Politische Macht und Empowerment sind komplexe, multidimensionale Phänomene, die in der Literatur auf verschiedenen Ebenen untersucht werden. Ein zentraler Diskurs beschäftigt sich mit der Unterscheidung zwischen akteursbasierten Machtkonzeptionen und strukturellen Aspekten von Macht. Während erstere Macht als die Fähigkeit von Individuen und Gruppen verstehen, ihre eigenen Interessen zu vertreten und im eigenen Sinne zu handeln, konzentrieren sich strukturelle Ansätze stärker auf die Untersuchung von Machtverhältnissen, die etablierten gesellschaftlichen Strukturen zugrunde liegen und das Denken und Handeln von Akteur*innen beeinflussen und einschränken können (Pettit, 2012). Dabei spielen sowohl formale, also sichtbare und oft institutionalisierte Formen von Macht eine Rolle, als auch informelle Machtverhältnisse, zu denen Pettit (2012) etwa soziale Normen, Glaubenssysteme, Diskurse und kulturelle Praktiken zählt. Er argumentiert, dass formale und informelle Formen von Macht sowohl auf der Akteurs- als auch der strukturellen Ebene berücksichtigt werden müssen, um gegebene Machtverhältnisse zu verstehen oder Empowerment-Prozesse anzustoßen (S. 4).

Empowerment kann auf der Akteursebene auf verschiedene Arten konzeptualisiert werden (Bornemann & Weiland, 2019): Einerseits als sozialer Akt zwischen mehreren Akteur*innen, durch den Individuen oder Gruppen von anderen Akteur*innen ermächtigt werden (Empowerment als Ermächtigung), und andererseits als emanzipatorischer Akt der Selbstermächtigung, durch die sich ein*e Akteur*in – trotz oder als Reaktion auf Einschränkungen durch andere – eigene Handlungsmöglichkeiten erwirkt (vgl. Allen, 1998). Eine weitere analytische Unterscheidung besteht zwischen individuellem Empowerment und Empowerment als Form von kollektivem Handeln, bei dem sich Akteur*innen miteinander austauschen, Allianzen bilden und gemeinsame Ziele verfolgen (Allen, 2008; Partzsch, 2017).

Ein anderer wichtiger Diskurs beschäftigt sich mit der Untersuchung und Konzeptualisierung verschiedener Arten von Macht. Rowlands (1997) unterscheidet in ihrer feministischen Untersuchung des Empowerment-Konzepts vier Formen von Macht⁶:

- (1) „Power over“ ist kontrollierende Macht, welche einerseits durch Zwang und Unterdrückung ausgeübt werden kann, andererseits aber auch – wenn sie durch demokratische Strukturen erzeugt und eingeschränkt wird – als demokratisch legitimierte „routine power over“ (Haugaard, 2012) oder „concerted power“ (Haugaard, 2015) auftreten kann. Demokratisch legitime „power over“ geht dabei laut Haugaard (2010) nicht von jenen Akteur*innen oder Organisationen aus, die Kontrolle ausüben, sondern von den demokratischen Bürger*innen selbst, die entscheiden, sich dieser kontrollierenden Macht unterzuordnen, um gemeinsame gesellschaftliche Ziele zu verfolgen.
- (2) „Power to“ ist eine generative Form von Macht, die neue Optionen und Handlungsmöglichkeiten erzeugt. Generative Macht kann das Hinterfragen von und den

⁶ Rowlands knüpft an die Arbeit zahlreicher anderer Autor*innen an, darunter etwa Steven Lukes und Michel Foucault. Eine detaillierte Untersuchung der Entwicklung des wissenschaftlichen Diskurses um Macht und ihre verschiedenen Formen würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, daher möchte ich hierfür – exemplarisch für viele andere zusammenfassende Werke – auf McLaughlin (2016) verweisen.

Widerstand gegen existierende Machtstrukturen sowie das Fördern von Alternativen einschließen (siehe z.B. Allen, 1998; Bornemann & Weiland, 2019), aber auch als Form von Manipulation auftreten.

- (3) „Power with“ beschreibt die Fähigkeit von Individuen, ihre eigenen Interessen in Beziehung zu den Interessen anderer zu setzen sowie gemeinsam im Sinne eines geteilten Ziels zu handeln und stellt ebenfalls eine generative Form von Macht dar (siehe auch Allen, 1998).
- (4) „Power from within“ schließlich umfasst die innere Dimension von Macht und internalisierten Machtstrukturen. Diese Form von Macht manifestiert sich als Gefühl von Selbstwert und Selbstwirksamkeit, Respekt sich selbst und anderen gegenüber, Vertrauen in die eigenen Kompetenzen und den Wert der eigenen Ansichten und Interessen.

Um eine konkretere Vorstellung davon zu bekommen, wie sich demokratiepolitisches Empowerment im Rahmen von partizipativ-deliberativen Prozessen manifestieren kann, werden im nächsten Abschnitt diese verschiedenen Dimensionen und Aspekte des Machtkonzepts mit den demokratietheoretischen Überlegungen aus Kapitel 2.2 verbunden.

2.3.1.2 Empowerment in der partizipativen Demokratietheorie

Wie bereits in Kapitel 2.2.1 diskutiert, gründet sich die partizipative Demokratietheorie auf eine Forderung nach mehr Entscheidungsmacht für Bürger*innen in verschiedenen Sphären ihres Lebens, vom Arbeitsplatz über Bildungseinrichtungen bis zu politischen Institutionen (Pateman, 1970). Diese zentrale Forderung bedingt einen Fokus auf die Entwicklung von „power over“ als tatsächliche Abgabe von politischer Macht und demokratischer Kontrolle an die Bürger*innen – dies ist beispielsweise ersichtlich an Sherry Arnsteins (1969) prominenter „ladder of citizen participation“, bei der Partizipation mit Abgabe von Entscheidungsgewalt an Bürger*innen gleichgesetzt wird, wobei die Kontrolle durch die Bürger*innen selbst als normativ höchstwertiger Zustand gilt (Newig, 2011). Eine genauere Betrachtung der in der Literatur untersuchten Funktionen von Partizipation zeigt allerdings, dass mit Bürger*innenbeteiligung durchaus auch andere Formen von Empowerment einhergehen.

Emanzipatorische Effekte von politischer Beteiligung wie das Erlernen demokratischer Fähigkeiten und innerer Haltungen (Pateman, 1970) können als Formen von „power from within“ verstanden werden, da sie die politischen Kompetenzen und das Selbstbewusstsein von Bürger*innen stärken sollen. Aus einer emanzipatorischen Perspektive ist auch das Entwickeln von „power to“ im Sinne eines kritischen Hinterfragens von Machtverhältnissen und gegebenen politischen Strukturen von Bedeutung.

Auch in ihrer legitimierenden Funktion soll Partizipation „power to“ erzeugen, indem Betroffene die Gelegenheit bekommen, sich an politischen Entscheidungen zu beteiligen und ihre Sichtweisen einzubringen. Weiters kann im Rahmen von Beteiligungsprozessen „power with“ entstehen, indem Bürger*innen gemeinsame Interessen ausloten, Konflikte klären und zusammen Lösungen erarbeiten. Insofern als die Beteiligten im Zuge des Prozesses ihre eigenen Interessen und Präferenzen besser verstehen lernen, entsteht auch eine weitere Form von „power from within“. Schließlich kann Partizipation auch bei jenen Bürger*innen, die nicht selbst an einem

Entscheidungsprozess beteiligt waren, die Akzeptanz des Ergebnisses erhöhen, wenn dieses durch ein transparentes, faires Verfahren und die Beteiligung Betroffener als demokratisch legitim empfunden wird (Newig, 2011) – hierbei entsteht „power over“ im Sinne einer Entscheidung, sich einem demokratisch legitimierten Entschluss unterzuordnen. Diese Form von „power over“ wird auch durch eine verbesserte inhaltliche Qualität von Entscheidungen unterstützt, die durch die Integration von Erfahrungswissen und unterschiedlichen Perspektiven im Rahmen von Beteiligungsmöglichkeiten erreicht werden soll (Renn, 2005).

Auf der Akteursebene beschäftigen sich partizipative Demokratiekonzeptionen beispielsweise mit den Auswirkungen von politischer Beteiligung auf Bürger*innen und mit Potenzialen für die Veränderung gegebener Machtverhältnisse. Stärker im Fokus ist allerdings häufig die strukturelle Ebene, etwa bei der Forderung nach einer Demokratisierung gesellschaftlicher Systeme (vgl. Pateman, 2012) und der kritischen Untersuchung ungleicher systemischer Machtverteilung. Auch informelle Wirkungsweisen von Machtverhältnissen werden in der Partizipationsliteratur häufig diskutiert.

2.3.1.3 Empowerment in der deliberativen Demokratietheorie

Da partizipative und deliberative Demokratiekonzeptionen einige zentrale Annahmen teilen (vgl. Kapitel 2.2.3), finden sich bei einer machttheoretischen Betrachtung immer wieder Parallelen zwischen ihnen. Allerdings legen die Theorien dennoch unterschiedliche Schwerpunkte und zeigen verschiedene Ausprägungen der Machtformen auf, weshalb sie sich im Hinblick auf eine Analyse der Empowerment-Effekte von Beteiligungsprozessen gut ergänzen.

Deliberation basiert auf dem Ideal des respektvollen Austausches zwischen Personen mit gleichem Status und strebt daher einen bestmöglichen Ausgleich von Machtunterschieden in deliberativen Settings sowie ein Abschirmen von äußeren Machteinflüssen an (Bächtiger et al., 2018). Alle Beteiligten sollen gleichberechtigt zu Wort kommen und ihre Sichtweisen einbringen können – es wird also großer Wert auf eine ausgeglichene Verteilung von „power to“ gelegt. Zugleich soll im deliberativen Austausch „power with“ entstehen (Bornemann & Weiland, 2019, S. 108), indem die Teilnehmenden Verständnis für andere Perspektiven entwickeln, unterschiedliche Interessen abwägen und nach gemeinsamen Lösungen suchen.

Von deliberativen Prozessen erwartet man sich auch eine Veränderung der inneren Einstellungen und Haltungen der Beteiligten, was als Entwicklung von „power from within“ interpretiert werden kann. Die in der Literatur diskutierten Effekte umfassen etwa ein höheres Vertrauen in Deliberation als Mittel zur Entscheidungsfindung, eine Stärkung des Vertrauens in die eigenen politischen Kompetenzen und das demokratische System sowie die Entstehung einer kollektiven Identität (Knobloch & Gastil, 2015). Derartige Effekte haben das Potenzial, gesellschaftliche Normen und Wertvorstellungen zu verändern und somit auch auf informelle und systemische Machtverhältnisse einzuwirken.

Weiters sollen deliberative Methoden bei unvereinbaren Interessen ein faires Aushandeln von Kompromissen ermöglichen (Mansbridge et al., 2010), ohne dabei Konflikte zu unterdrücken oder Zwang einzusetzen. Dies kann als Ausüben von – im Kontext des deliberativen Prozesses – legitimer

„routine power over“ verstanden werden (vgl. Haugaard, 2012, 2015). Ebenfalls kann durch Deliberation – analog zu Partizipation – auch bei Nichtbeteiligten „power over“ entstehen, wenn Bürger*innen ein deliberatives Verfahren als demokratisch legitim empfinden und sich daher entscheiden, seine Ergebnisse anzuerkennen.

In der deliberativen Demokratietheorie gibt es somit zahlreiche Überlegungen zu Machtverhältnissen zwischen Akteur*innen und deren Ausgleich innerhalb von deliberativen Prozessen. Die Zusammenhänge zwischen Deliberation und strukturellem gesellschaftlichem Wandel sind dagegen bisher weniger gut untersucht (Kadlec & Friedman, 2020), weshalb sich deliberative und partizipative Demokratiekonzeptionen auch aus einer machttheoretischen Perspektive gut ergänzen. Im folgenden Unterkapitel werden diese theoretischen Ansätze zur Definition von demokratiepolitischem Empowerment mit Erkenntnissen aus der empirischen Forschung ergänzt, um so einen konzeptionellen Rahmen für die Erstellung eines Interviewleitfadens und die thematische Analyse der empirischen Daten zu entwickeln.

2.3.2 Definition und Operationalisierung des Empowerment-Begriffs

Für die Untersuchung der demokratiepolitischen Effekte des österreichischen Klimarats ist ein breites, empirisch-analytisch inspiriertes Verständnis des Empowerment-Begriffs gut geeignet, da sich dadurch unterschiedliche praktische Ausprägung von Empowerment erfassen lassen (vgl. Bornemann & Weiland, 2019). Empowerment wird als „Prozess der Machterzeugung“ verstanden (ebd.), welcher für die Zwecke dieser Arbeit wie folgt definiert wird:

Demokratiepolitisches Empowerment ist der Erwerb von Fähigkeiten, Ressourcen, Erfahrungen etc., die Menschen darin unterstützen, ihre Rolle als demokratische Bürger*innen entsprechend den normativen Vorstellungen der partizipativen und deliberativen Demokratietheorie wahrzunehmen.

Ein partizipativ-deliberativer Prozess wirkt dementsprechend empowernd, wenn er den Teilnehmer*innen solche Fähigkeiten, Ressourcen, Erfahrungen etc. vermitteln kann.

Als Grundlage für die Entwicklung des analytischen Rahmens dient eine Reihe von konkreten Faktoren, die sich aus den theoretischen Annahmen der partizipativen und deliberativen Demokratietheorie ableiten lassen und häufig im Zusammenhang mit partizipativ-deliberativen Prozessen empirisch untersucht werden. Diese können eingeteilt werden in (1) demokratische Fähigkeiten und Kompetenzen, (2) innere Haltungen und Einstellungen, sowie (3) Verhaltensweisen (vgl. Jacquet & van der Does, 2021, S. 4). Tabelle 2 fasst bisherige empirische Erkenntnisse zu den Empowerment-Effekten partizipativ-deliberativer Prozesse zusammen und zeigt, dass unterschiedliche Studien zu teils widersprüchlichen Ergebnissen kommen. Im Folgenden werden die einzelnen Faktoren genauer beschrieben, um ein besseres Verständnis für die verschiedenen praktischen Ausprägungen von demokratiepolitischem Empowerment zu entwickeln.

Tabelle 2: Bisherige empirische Erkenntnisse zu den Empowerment-Effekten deliberativer Beteiligungsprozesse sind ambivalent

Gefundener Effekt	Positiv	Kein Effekt	Negativ
DEMOKRATISCHE KOMPETENZEN	<ul style="list-style-type: none"> • Aufrichtiger, respektvoller Umgang • Kooperation und (Meta-)Konsens^{1, 2} • Verständnis für andere Sichtweisen und Gemeinwohlorientierung^{3, 4, 5} • Argumentieren eigener Positionen^{1, 6} • Politisches Wissen und Interesse^{6, 7} • Depolarisierung von (Gruppen-) Meinungen^{5, 8, 9} 		<ul style="list-style-type: none"> • Polarisierung^{20, 21}
VERÄNDERUNG VON EINSTELLUNGEN	<ul style="list-style-type: none"> • Vertrauen in Deliberation als Entscheidungsmittel^{7, 10, 11} • ‚internal efficacy‘ bzw. politisches Selbstvertrauen^{7, 12, 13} • ‚external efficacy‘ bzw. Vertrauen in das politische System^{1, 10, 13, 14, 15} • soziales Vertrauen und Entstehung kollektiver Identität^{1, 16, 17} 	<ul style="list-style-type: none"> • ‚Internal efficacy‘^{1, 15} • ‚external efficacy‘^{1, 7} 	<ul style="list-style-type: none"> • ‚Internal efficacy‘^{22, 23}
VERÄNDERUNG VON VERHALTENSWEISEN	<ul style="list-style-type: none"> • Diskursives Engagement⁷ • Institutionalisierte Formen politischen Engagements^{10, 14, 18, 19} • Gesellschaftliches Engagement im weiteren Sinn^{6, 7, 14} 	<ul style="list-style-type: none"> • Konventionelles politisches Engagement^{1, 7} 	

¹Grönlund et al. (2010)

²Niemeyer & Dryzek (2007)

³Siu (2009)

⁴Morrell (2010)

⁵Grönlund et al. (2015)

⁶Boulianne et al. (2020)

⁷Knobloch & Gastil (2015)

⁸Lazer et al. (2015)

⁹Lindell et al. (2017)

¹⁰Gastil et al. (2010)

¹¹Christensen et al. (2017)

¹²Morrell (2005)

¹³Fishkin (2009)

¹⁴Jacobs et al. (2009)

¹⁵Nabatchi (2010)

¹⁶Felicetti et al. (2012)

¹⁷Hartz-Karp et al. (2010)

¹⁸Luskin & Fishkin (2002)

¹⁹Gastil et al. (2008)

²⁰Sunstein (2002)

²¹Sunstein (2009)

²²Gastil (2004)

²³Mutz (2006)

(1) Demokratische Fähigkeiten und Kompetenzen

Eine der wichtigsten Kompetenzen in einem partizipativ-deliberativen Verständnis von Demokratie ist die *respektvolle, aufrichtige Kommunikation* zwischen Bürger*innen. In der Literatur wird angenommen, dass deliberative Beteiligungsverfahren durch ihre prozeduralen Rahmenbedingungen, insbesondere die Vereinbarung von Umgangsregeln und die professionelle Moderation der Diskussionen, zur Entwicklung dieser Fähigkeit maßgeblich beitragen können (Grönlund et al., 2010). Empirische Untersuchungen konnten außerdem feststellen, dass Teilnehmer*innen sich in deliberativen Settings verstärkt bemühen, *aktiv zuzuhören und eigene*

Positionen zu argumentieren (Boulianne et al., 2020). Weiters sollen deliberative Formate, insbesondere solche wo der Konsens im Mittelpunkt steht, die *Kooperation und Kompromissbereitschaft* der Teilnehmenden fördern, da durch die Suche nach einer gemeinsamen Lösung mehr Offenheit für andere Ansichten entsteht (Grönlund et al., 2010).

Während ein inhaltlicher Konsens zwischen allen Beteiligten oft nur schwer erreicht werden kann, gibt es empirische Hinweise auf das *Entstehen eines „Meta-Konsens“* durch partizipative Deliberation: Die Teilnehmer*innen können ein gemeinsames Verständnis darüber entwickeln, wie sich die Problemstellung gestaltet, welche Überlegungen und Argumente für das Thema relevant sind und welche Lösungsansätze existieren, selbst wenn über die letztlich beste Lösung Uneinigkeit herrscht (vgl. Niemeyer & Dryzek, 2007 für eine ausführlichere Erklärung des Meta-Konsens-Konzepts). Darüber hinaus soll deliberativer Austausch auch das *Verständnis für die Sichtweisen anderer* erhöhen und die Fähigkeit entwickeln, eigene Ansichten aus einer *Gemeinwohlperspektive* zu argumentieren (Grönlund et al., 2010; vgl. auch Morrell, 2010 zur Rolle von Empathie in deliberativer Kommunikation).

Kontrovers diskutiert wird der Effekt von Deliberation auf die *(De)Polarisierung von Gruppenmeinungen*: Während Cass Sunstein (2002, 2009) argumentiert, dass Deliberation insbesondere in Gruppen von Individuen mit ähnlichen Ansichten häufig zu einer Polarisierung der Gruppenmeinung führt, konnten andere empirische Studien selbst in weitgehend homogenen Gruppen eine Depolarisierung der Meinungen im Rahmen des deliberativen Austauschs feststellen (Grönlund et al., 2015). Schließlich wird auch angenommen, dass die Teilnahme an deliberativen Beteiligungsprozessen ein *erhöhtes politisches Wissen und Interesse* nach sich zieht: Dieser Effekt konnte beispielsweise in Umfragen zu den Auswirkungen verschiedener partizipativ-deliberativer Verfahren auch noch 12 Monate (Knobloch & Gastil, 2015) bzw. 2,5 Jahre (Boulianne et al., 2020) nach Abschluss der Prozesse festgestellt werden.

(2) Innere Haltungen und Einstellungen

Knobloch und Gastil (2015) unterscheiden vier verschiedene Formen von Vertrauen, die durch die Teilnahme an partizipativ-deliberativen Prozessen entstehen können:

- a. Zum einen soll *Vertrauen in partizipative Deliberation* als Mittel zur Bearbeitung gesellschaftlicher Herausforderungen entstehen, indem Bürger*innen in der Praxis erleben, dass politische Probleme und Kontroversen durch ihre Beteiligung an einem deliberativen Austausch konstruktiv bearbeitet und trotz unterschiedlicher Interessen gemeinsame Wege gefunden werden können (Burkhalter et al., 2002; Knobloch & Gastil, 2015). Ein erhöhtes Vertrauen in deliberative Beteiligungsprozesse konnte bisher zum Beispiel bei den Teilnehmer*innen von sogenannten „Citizens’ Juries“ (Gastil et al., 2010), bei verschiedenen Formen von gesellschaftlich organisierten partizipativ-deliberativen Prozessen (Knobloch & Gastil, 2015) sowie in experimentellen deliberativen Settings (Christensen et al., 2017) gezeigt werden.
- b. Ein weiterer erwarteter Effekt betrifft die *Stärkung des politischen Selbstvertrauens* der teilnehmenden Bürger*innen, also eine positive Einschätzung ihrer eigenen politischen Kompetenzen. Teilnehmer*innen können sich selbst als kompetent und fähig zur

Auseinandersetzung mit politischen Entscheidungsprozessen erleben, indem sie sich im Rahmen der gemeinsamen Diskussionen und Aushandlungsprozesse als gehört und respektiert erfahren, ihre eigenen Interessen und Präferenzen besser verstehen und ausdrücken lernen (Luskin & Fishkin, 2002) und sich politisches Wissen und deliberative Fähigkeiten aneignen (Grönlund et al., 2010). Empirische Studien haben eine Steigerung dieser sogenannten „internal political efficacy“ (vgl. Craig et al., 1990) etwa im Rahmen von sogenannten „Deliberative Polls“ (Fishkin, 2009; Luskin & Fishkin, 2002) und nach der Teilnahme an mehrtägigen partizipativ-deliberativen Prozessen (Knobloch & Gastil, 2015) gezeigt. Andere Studien konnten dagegen keine (Grönlund et al., 2010) oder sogar negative Veränderungen der „internal efficacy“ feststellen (Mutz, 2006), was häufig auf die Konfrontation mit anderen Sichtweisen und die möglicherweise daraus resultierenden Zweifel zurückgeführt wird (Grönlund et al., 2010).

- c. *Vertrauen in das politische System*, auch als „external political efficacy“ bezeichnet (vgl. Craig et al., 1990), entsteht aus der Wahrnehmung von Bürger*innen, dass sie auf politische Entscheidungen Einfluss nehmen können und politische Vertreter*innen sowie demokratische Institutionen auf die Anliegen der Bürger*innen angemessen reagieren (Grönlund et al., 2010; Knobloch & Gastil, 2015). Durch die Teilnahme an deliberativen Beteiligungsverfahren kann praktisches Erfahrungswissen über demokratische Prozesse, die Komplexität politischer Probleme und die zahlreichen Einschränkungen politischer Handlungsmöglichkeiten entstehen, welches sich potenziell positiv auf das Vertrauen in demokratische Institutionen und politische Akteur*innen auswirken kann (Grönlund et al., 2010; Luskin & Fishkin, 2002). Auf der anderen Seite kann diese Komplexität auch zu Überforderung führen, und eine geringe Responsivität des politischen Systems in Bezug auf die Ergebnisse partizipativ-deliberative Prozesse hat möglicherweise negative Auswirkungen auf die „external political efficacy“ der Teilnehmer*innen. Positive Auswirkungen auf das politische Vertrauen wurden bisher im Kontext von „Deliberative Polls“ (Fishkin, 2009), „Citizens’ Juries“ (Gastil et al., 2010) sowie „21st century Town Meetings“ (Nabatchi, 2010) gefunden, andere Studien konnten dagegen keine Veränderung dieses Faktors beobachten (Grönlund et al., 2010; Knobloch & Gastil, 2015).
- d. Schließlich kann durch partizipative Deliberation das *gesellschaftliche Vertrauen* der Teilnehmenden gestärkt und eine *kollektive Identität* entwickelt werden, wodurch die Bereitschaft der Bürger*innen zu gemeinschaftlichem Handeln und aktiver Beteiligung am öffentlichen Leben steigen soll (Knobloch & Gastil, 2015). Insbesondere kann das Erlernen und Erfahren einer positiven Gesprächskultur die Entwicklung dieses sogenannten „interpersonellen Vertrauens“ fördern, indem die Teilnehmer*innen einander respektvoll zuhören, aufrichtig kommunizieren und Kooperationsbereitschaft zeigen. Eigene Positionen müssen in Beziehung zu den Sichtweisen Anderer gesetzt und entlang von Gemeinwohl- und Gerechtigkeitsprinzipien argumentiert werden, da sie ansonsten im deliberativen Austausch erfolglos bleiben (Grönlund et al., 2010). Der so entstehende Gemeinsinn – auch „public spiritedness“ genannt (nach John Stuart Mill, vgl. Ackerman & Fishkin, 2004) – sowie ein Verständnis für unterschiedliche Perspektiven und Interessen tragen zur Entwicklung von

sozialem Vertrauen und dem Entstehen einer kollektiven Identität bei (Fishkin, 2009; Grönlund et al., 2010; Luskin & Fishkin, 2002). Empirische Evidenzen für die Entwicklung einer solchen kollektiven Identität finden sich etwa im Rahmen des „Australian Citizens‘ Parliament“ (Felicetti et al., 2012; Hartz-Karp et al., 2010). Auch in experimentellen deliberativen Prozessen konnten bereits Hinweise auf eine Steigerung des sozialen Vertrauens und der Orientierung am Gemeinwohl gefunden werden (Grönlund et al., 2010).

(3) Verhaltensweisen

Veränderungen von Verhaltensweisen können nach Knobloch und Gastil (2015) in drei Bereichen entstehen:

- a. Neben einem gestärkten Vertrauen in die partizipative Deliberation als Beteiligungsformat können positive Erfahrungen mit solchen Prozessen dazu beitragen, dass die *Bereitschaft zur Teilnahme an weiteren Beteiligungsprozessen* steigt (Luskin & Fishkin, 2002). Dieser Effekt könnte sich auch auf andere öffentliche Kommunikationsformate ausdehnen, die sich auf ähnliche Fähigkeiten und Rahmenbedingungen stützen (Burkhalter et al., 2002; Fung & Wright, 2003). Hinweise auf solche Effekte finden sich etwa bei der Untersuchung von mehrtägigen partizipativ-deliberativen Prozessen, deren Teilnehmende einen Anstieg verschiedener Formen von „kommunikativem Engagement“ angeben (Knobloch & Gastil, 2015).
- b. Partizipativ-deliberative Prozesse haben außerdem Potenzial, die Beteiligung an bereits etablierten politischen Verfahren zu erhöhen – Knobloch und Gastil (2015) bezeichnen dies als „*konventionelles politisches Engagement*“, das stärker institutionalisierte bzw. formalisierte Formen von politischer Aktivität umfasst. Beispiele hierfür sind etwa die Beteiligung an Wahlen, das Unterzeichnen von Petitionen, die Teilnahme an politischen Veranstaltungen und die Unterstützung politischer Parteien oder Kandidat*innen mit Geld- oder Zeitspenden (Luskin & Fishkin, 2002). Es konnte bereits empirisch gezeigt werden, dass verschiedene diskursive Beteiligungsformate mit einem höheren Grad von konventionellem politischem Engagement korrelieren, beispielsweise in Form einer Steigerung der Wahlbeteiligung durch Teilnahme an „Citizens‘ Juries“ (Gastil et al., 2010) und anderen Beteiligungsformaten (Jacobs et al., 2009). Auch für „Deliberative Polls“ konnten derartige Effekte festgestellt werden: Die Teilnehmenden engagierten sich vermehrt in politischen Kampagnen, kontaktierten Politiker*innen, spendeten häufiger für politische Zwecke und sprachen mehr mit anderen über Politik (Luskin & Fishkin, 2002). Andere Studien fanden allerdings nur begrenzte Auswirkungen partizipativ-deliberativer Prozesse auf institutionalisierte Formen von politischem Engagement (z.B. Knobloch & Gastil, 2015).
- c. Neben der Beteiligung an bestehenden politischen Prozessen können auch andere Formen des *gesellschaftlichen Engagements im weiteren Sinne* durch die Teilnahme an partizipativ-deliberativen Formaten gestärkt werden (Knobloch & Gastil, 2015). Auf der individuellen Ebene zählen dazu beispielsweise eine intensivere Auseinandersetzung mit politischen Themen oder politisch motivierte Veränderungen im Alltags- und Konsumverhalten, etwa das Boykottieren bestimmter Produkte. Derartige Effekte konnten bereits bei den

Teilnehmer*innen mehrtägiger Beteiligungsprozesse beobachtet werden (Boulianne et al., 2020). Andere Untersuchungen konnten zeigen, dass sich Prozessteilnehmer*innen darüber hinaus auch vermehrt an Organisations- und Problemlösungsprozessen in ihren lokalen Gemeinschaften beteiligten und sich dort freiwillig engagierten (Jacobs et al., 2009; Knobloch & Gastil, 2015).

Diese Kategorisierung der Empowerment-Effekte von deliberativer Partizipation erleichtert die strukturierte Untersuchung partizipativ-deliberativer Prozesse und dient somit vor allem der besseren Übersicht und Einordnung verschiedener beobachteter Effekte. In der Realität sind die verschiedenen Kategorien und Effekte häufig nicht scharf voneinander trennbar und miteinander verknüpft. In der Literatur existieren auch andere Einteilungsmöglichkeiten (vgl. z.B. Bornemann & Weiland, 2019; Kuyper, 2018), die allerdings in der Regel ähnlich gestaltet sind und im Wesentlichen dieselben Elemente beinhalten.

3 Material und Methoden

Ziel der Arbeit ist es, die emanzipatorischen und demokratiepolitischen Effekte partizipativ-deliberativer Prozesse am Beispiel des österreichischen Klimabürger*innenrates zu untersuchen. Zu diesem Zweck wurde ein Literaturstudium zu den relevanten theoretischen Diskursen durchgeführt. Im Anschluss wurde eine ausführliche Fallbeschreibung des Klimaratsprozesses auf der Basis von Primär- und Sekundärquellen erstellt. Schließlich wurden acht qualitative, leitfadengestützte Expert*inneninterviews mit ehemaligen Klimarät*innen geführt, die sich auch nach Ende des Klimarats weiter im Klimaratsverein engagieren, um so die subjektive Perspektive der Teilnehmer*innen auf die Empowerment-Effekte des Klimaratsprozesses abzubilden. Die folgenden Unterkapitel beschreiben das Forschungsdesign der Arbeit, die Auswahl des Fallbeispiels und die empirische Datenerhebung und -analyse.

3.1 Forschungsdesign

Um die Arbeit theoretisch einzubetten und bisherige empirische Studien zu den demokratiepolitischen Effekten von Bürger*innenräten zu analysieren, wurde zunächst eine Literaturrecherche durchgeführt. Dabei wurde auf Google Scholar⁷ nach wissenschaftlicher Literatur zu den Themenkomplexen „Citizens’ Assemblies/Bürger*innenräte“, „Partizipation“, „Deliberation“ sowie „demokratisches Empowerment“ gesucht. Es wurden deutsche und englische Suchbegriffe sowohl einzeln als auch in Kombination miteinander verwendet. Nach Durchsicht der ersten Artikel wurde die Liste der Suchbegriffe um weitere zentrale Begriffe erweitert, und weitere relevante Literatur wurde auch auf Basis der bereits gelesenen Texte nach dem Schneeball-Prinzip identifiziert. Die Literaturrecherche umfasste sowohl Texte aus akademischen Fachzeitschriften und Büchern als auch relevante und qualitativ hochwertige nicht-peer-reviewte Literatur, beispielsweise „working papers“, Konferenzpapiere sowie wissenschaftliche Politikpapiere und Evaluationsberichte. Zur Verwaltung der Quellen wurde das Literaturverwaltungsprogramm Zotero⁸ verwendet. Auf Basis der wissenschaftlichen Literatur wurde eine Operationalisierung des Empowerment-Begriffs im demokratiepolitischen Kontext für die Zwecke dieser Arbeit vorgenommen sowie ein theoretischer Rahmen für die Analyse der empirischen Daten entwickelt.

Für den empirischen Teil wurde zunächst eine ausführliche Fallbeschreibung des österreichischen Klimarats auf Basis einer Analyse von relevanter Primär- und Sekundärliteratur erstellt. Zentrale Quellen für die Fallbeschreibung waren einerseits die Berichte zur wissenschaftlichen Evaluierung des Klimarats (Buzogány et al., 2022; Praprotnik et al., 2022) und andererseits online verfügbare Informationen und Dokumente zur Entstehung, dem Ablauf und der Gestaltung des Klimaratsprozesses (Details siehe Abschnitt 3.3.1). Anschließend wurden 8 qualitative, leitfadengestützte Expert*inneninterviews mit ehemaligen Klimarät*innen durchgeführt, die sich auch nach Ende des Klimarats weiter im Klimaratsverein engagieren (vgl. Abschnitt 3.3.2). Diese wurden aufgezeichnet, transkribiert und anschließend wurde mittels qualitativer Inhaltsanalyse

⁷ <https://scholar.google.com/>

⁸ <https://www.zotero.org/>

(siehe Abschnitt 3.4) untersucht, welche demokratiepolitischen Effekte der Klimaratsteilnahme die Interviewpartner*innen beschreiben und welche Wirkungen dabei einzelne Elemente des Prozessdesigns hatten.

3.2 Auswahl des Fallbeispiels

Der österreichische „Klimarat der Bürgerinnen und Bürger“ wurde als Fallbeispiel für diese Arbeit ausgewählt, da er sich aufgrund seiner organisatorischen Rahmenbedingungen und prozeduralen Eigenschaften gut für die Analyse des Zusammenhangs zwischen einzelnen Prozesselementen und demokratiepolitischen Effekten auf die Teilnehmer*innen eignet.

Es handelt sich um einen intensiven, professionell organisierten partizipativ-deliberativen Prozess, welcher durch einen parlamentarischen Entschließungsantrag sowie staatliche Finanzierung an das repräsentative politische System angebunden ist (ARGE Klimarat, 2022). Die Ergebnisse bisheriger empirischer Studien legen nahe, dass sich die Effekte von partizipativ-deliberativen Prozessen auf die Teilnehmenden vor allem bei intensiven, länger andauernden Verfahren deutlich zeigen (Boulianne et al., 2020). Weiters erfolgte die Auswahl der Teilnehmer*innen repräsentativ für die österreichische Bevölkerung durch Ziehen einer geschichteten Zufallsstichprobe (Statistik Austria, 2022).

In der Prozessgestaltung kamen vielfältige partizipative und deliberative Formate zum Einsatz: Wissenschaftliche Vorträge und Deliberation in thematischen (Klein-)Gruppen wurden ergänzt durch Treffen mit Politik und Interessensvertretungen, freiwillige Medientrainings und Auftritte sowie zahlreiche Gelegenheiten zum informellen Austausch zwischen den Bürger*innen und mit den begleitenden Wissenschaftler*innen (Buzogány et al., 2022). Diese Vielfalt macht eine Untersuchung der Auswirkungen unterschiedlicher Prozesselemente auf die teilnehmenden Bürger*innen möglich. Durch die prozessinterne Dokumentation sowie die externe Evaluierung des Klimaratsprozesses sind die Abläufe gut dokumentiert und ausreichend Daten für eine ausführliche Fallbeschreibung und Analyse vorhanden.

Und schließlich zeichnete sich bereits früh ab, dass zahlreiche Bürger*innen ihr Engagement für die Klima-Thematik auch über das Prozessende hinaus im Rahmen des eigens gegründeten „Verein des österreichischen Klimarats der Bürger:innen“ fortsetzen würden (Praprotnik et al., 2022). Um die Hintergründe dieses weiterführenden Engagements zu untersuchen und den Zusammenhang zwischen demokratiepolitischen Effekten und einzelnen Prozesselementen zu beleuchten, konnten somit gezielt Interviewpartner*innen aus dem Kreis dieser engagierten ehemaligen Klimarät*innen ausgewählt werden. Es ist allerdings anzumerken, dass sich aus dieser gezielten Auswahl bestimmte Limitationen der Arbeit ergeben, welche in Abschnitt 3.3.2 näher erläutert werden.

Neben diesen prozessinhärenten Merkmalen spielten auch praktische Gründe eine Rolle bei der Auswahl des österreichischen Klimarats als Fallbeispiel: Die Autorin der Arbeit wirkte zwischen Jänner und September 2022 als studentische Mitarbeiterin an der wissenschaftlichen Evaluierung des Klimaratsprozesses mit und konnte durch eine teilnehmende Beobachtung umfassende Einblicke in die Abläufe und die Erfahrungen der Teilnehmer*innen gewinnen. Diese Einblicke erweckten Interesse an einer weiterführenden Beschäftigung mit den Auswirkungen des Klimaratsprozesses im

Rahmen einer Masterarbeit, bildeten eine differenzierte Grundlage für die Untersuchung des Fallbeispiels und erleichterten die Kontaktaufnahme mit potenziellen Interviewpartner*innen.

3.3 Empirische Datenerhebung

3.3.1 Analyse von Primär- und Sekundärliteratur zum Klimaratsprozess

Als Basis für die ausführliche Beschreibung des Fallbeispiels dienten die beiden Berichte über die wissenschaftliche Evaluierung des österreichischen Klimarats (Buzogány et al., 2022; Praprotnik et al., 2022). Zusätzliche Informationen zum politischen Hintergrund und der Entstehung des Klimaratsprozesses wurden aus den entsprechenden Parlamentskorrespondenzen (Parlament Österreich, 2021a, 2021b) sowie dem Text des Klimavolksbegehrens (*Volksbegehren „Klimavolksbegehren“*, 2020) entnommen. Zur Beschreibung des Auswahlverfahrens wurde der Methodenbericht der Statistik Austria herangezogen (Statistik Austria, 2022). Für die Charakterisierung der einzelnen Prozesselemente wurden zusätzlich zu den Analysen der Evaluationsberichte detailliertere Informationen aus dem Abschlussbericht des Klimaratsprozesses ergänzt (ARGE Klimarat, 2022). Einen Überblick über die Tätigkeiten des Klimaratsvereins lieferten die Vereins-Webseite (<https://klimarat-verein.at/>) sowie Presseaussendungen (Verein des österreichischen Klimarats der Bürger:innen, 2022a, 2022b, 2023).

3.3.2 Qualitatives leitfadengestütztes Expert*inneninterview

Das Expert*inneninterview ist eine Methode der empirischen Sozialforschung, die darauf abzielt, das problembezogene Sonderwissen von Akteur*innen zu erheben, die als „aktive Partizipant[*inn]en“ (Gorden 1975, S. 199) gewisse für das Forschungsinteresse relevante Tätigkeiten ausführen und dadurch über privilegierten Zugang zu Informationen verfügen (Meuser & Nagel, 2009). Dabei beschränkt sich der Expert*innenstatus nicht auf im Rahmen einer Berufsrolle ausgeführte Tätigkeiten, sondern ergibt sich aus der Ausübung spezifischer Funktionen, die für das Erkenntnisinteresse relevant sind (ebd.). Im Rahmen dieser Arbeit können daher die ehemaligen Klimarät*innen als Expert*innen in Bezug auf die demokratiepolitischen Effekte des österreichischen Klimarats betrachtet werden, da sie sich durch ihre Beteiligung am Prozess ein Sonderwissen über seine Auswirkungen aneignen konnten. Gegenstand des Expert*inneninterviews ist – im Gegensatz etwa zum narrativen oder dem biografischen Interview – nicht die interviewte Person als Privatperson, sondern eben dieses kontextbezogene Sonderwissen (Meuser & Nagel, 2009). Dennoch können sich private Erfahrungen auf das Expert*innenwissen und -handeln auswirken, weshalb bei der Datenerhebung und -analyse eine Integration der beiden Dimensionen sinnvoll erscheint (Bogner und Menz 2002).

Meuser und Nagel (2009) unterscheiden zwei Typen von Wissen, zu denen Expert*innen befragt werden können: Das Betriebswissen betrifft das eigene Handeln der Befragten in ihrer spezifischen Funktion, während das Kontextwissen Auskunft über die Rahmenbedingungen des Handelns anderer gibt. In dieser Arbeit liegt das Forschungsinteresse hauptsächlich im Bereich des Betriebswissens, welches sich durch eine Mischung aus explizitem und implizitem Wissen auszeichnet (Meuser & Nagel, 2009). Es kann daher von den Befragten nicht einfach „abgespult“ werden (ebd., S. 472),

sondern wird den Expert*innen zum Teil erst durch die Reflexion der eigenen Handlungsmuster und zugrundeliegender Prinzipien bewusst bzw. muss gegebenenfalls aus ihren Erzählungen im Verlauf der Analyse rekonstruiert werden.

Aus diesem Grund ist laut Meuser und Nagel (2009) als Erhebungsinstrument insbesondere das offene Leitfadenterview geeignet, da hierbei einerseits durch die Nutzung eines thematischen Leitfadens der Fokus auf das Expert*innenwissen gegeben ist, während andererseits die flexible Handhabung des Leitfadens Raum für unerwartete Themen sowie Erläuterungen und Explorationen der Befragten erlaubt. Die Leitfadengestaltung sollte auf das „Wie“ des Expert*innenhandelns fokussieren und durch Nachfragen beispielhafte Erzählungen erzeugen (Meuser & Nagel, 2009).

Leitfadenentwicklung

Für die vorliegende Arbeit erfolgte die Entwicklung des Interviewleitfadens in mehreren Iterationsschleifen entlang von drei thematischen Blöcken: I. Erwartungen und organisatorische Elemente; II. Gesprächskultur, Motivation und (kommunikativer) Umgang; sowie III. Deliberativer Austausch und epistemische Dimension. Zu jedem Themenblock wurden mehrere Hauptfragen sowie dazugehörige Unter- und Nachfragen formuliert. Zusätzlich wurden eine Einstiegs- und eine Abschlussfrage entwickelt. Der vollständige Interviewleitfaden befindet sich im Appendix.

Um die Forschungsfragen 1-3 möglichst vollständig beantworten zu können, kombiniert der Interviewleitfaden Fragen zu den Effekten und Auswirkungen der unterschiedlichen Prozesselemente mit Fragen zu konkreten Empowerment-Effekten im Rahmen des Klimarats. Die Strukturierung der Fragen orientiert sich grob am zeitlichen Ablauf des Klimaratsprozesses, um den Interviewpartner*innen die gedankliche „Reise“ durch den Prozess zu erleichtern. Nach den ersten Interviews wurden einige kleine Formulierungen angepasst, die unklar waren oder zu Verwirrungen führten, beispielsweise wurde die Formulierung „moralische Überlegungen“ durch „ethische Überlegungen“ ersetzt, da der Begriff „moralisch“ von mehreren Interviewpartner*innen missverstanden wurde. Große Veränderungen in Struktur oder Inhalt des Leitfadens waren allerdings nicht notwendig.

Auswahl der Interviewpartner*innen

Die Interviewpartner*innen wurden aus dem Kreis der ordentlichen Mitglieder des Klimaratsvereins rekrutiert, also jener Vereinsmitglieder, die gleichzeitig ehemalige Klimarät*innen sind⁹. Die Mitarbeit im Klimaratsverein stellt bereits eine Form von weiterführendem Engagement dar, daher eignet sich diese Personengruppe gut, um zu untersuchen, welche Rolle die Klimaratsteilnahme bei der Entstehung dieser Form des gesellschaftlichen Engagements spielte und welche Prozesselemente auf welche Weise dazu beitrugen. Andererseits können aufgrund dieser Einschränkung der potenziellen Interviewpartner*innen nur begrenzt Aussagen darüber getroffen werden, warum bei anderen Teilnehmer*innen eventuell geringere Empowerment-Effekte durch den Klimaratsprozess ausgelöst werden konnten.

⁹ vgl. <https://klimarat-verein.at/mitglied-werden/>

Zur Rekrutierung von Interviewpartner*innen wurden zunächst die Vorsitzenden des Klimaratsvereins sowie ein ehemaliges Mitglied des Klimarats-Organisationsteams per E-Mail kontaktiert und um Weitergabe der Interviewanfrage unter den Vereinsmitgliedern gebeten. Aus diesen Anfragen entstanden erste Kontakte und Interviewtermine, wodurch in der Folge weitere geeignete Interviewpartner*innen per Schneeballsystem rekrutiert werden konnten. Dabei wurde auf Ausgewogenheit hinsichtlich Alter, Geschlecht, Wohnregion und städtischem vs. ländlichem Lebensumfeld geachtet. Tabelle 3 gibt einen Überblick über die Verteilung der soziodemografischen Eigenschaften der acht Interviewpartner*innen.

Tabelle 3: Überblick über die soziodemografischen Eigenschaften der Interviewpartner*innen

ALTER		GESCHLECHT		WOHNREGION		LEBENSUMFELD	
17-29	3	männlich	3	Ostösterreich (W, NÖ, B)	3	städtisch	4
30-44	0	weiblich	4	Westösterreich (OÖ, S, T, V)	4	ländlich	4
45-59	1	nichtbinär	1	Südösterreich (K, ST)	1		
60-74	3						
75-84	1						

Wie aus der Tabelle ersichtlich, war der Großteil der Interviewpartner*innen unter 30 bzw. über 60 Jahre alt. Aus der Gruppe der 30-44-Jährigen konnte trotz mehrmaliger Kontaktaufnahme kein*e Interviewpartner*in rekrutiert werden, was möglicherweise darauf zurückzuführen ist, dass wenige der ehemaligen Klimarät*innen aus dieser Altersgruppe weiter im Klimaratsverein aktiv sind. In Bezug auf die anderen soziodemografischen Merkmale zeigt sich die Gruppe der interviewten Personen weitgehend ausgeglichen, lediglich der Süden Österreichs ist leicht unterrepräsentiert.

Durchführung und Rahmenbedingungen

Von den acht Interviews wurden zwei online über das Videokonferenztool Zoom¹⁰ durchgeführt, während die restlichen sechs im Rahmen von physischen Treffen stattfanden. Drei der physischen Interviews wurden in Büroräumen der Universität für Bodenkultur Wien durchgeführt, zwei weitere bei den Interviewpartner*innen zuhause, und ein Interview fand in einem Kaffeehaus statt. Um Wertschätzung für die Zeit und Mühe der Interviewpartner*innen zu zeigen und ein angenehmes Gesprächsumfeld zu schaffen, wurden Getränke und kleine Snacks angeboten, was bei allen Interviewpartner*innen auf positive Resonanz stieß. Bis auf eine Person baten alle Interviewpartner*innen um Verwendung des Du-Wortes, häufig mit der Begründung, dass dies im Klimaratsprozess auch so gehandhabt und als sehr angenehm empfunden wurde.

Die Interviewpartner*innen erhielten vorab ein Informationsblatt zur Verarbeitung persönlicher Daten im Rahmen der Interviews und unterzeichneten eine Einverständniserklärung zur Teilnahme, in der auch die Zustimmung zur Audio-Aufzeichnung des Interviews eingeholt wurde. Vor Beginn des Interviews wurde das Thema der Arbeit grob umrissen und darauf hingewiesen, dass gerne

¹⁰ <https://zoom.us/de/>

Nachfragen gestellt werden können, ein Nichtbeantworten von Fragen selbstverständlich möglich ist und die Interviewpartner*innen das Interview auf Wunsch jederzeit beenden können. Anschließend wurde die Audioaufnahme gestartet und zunächst einige soziodemografischen Informationen eingeholt, bevor das Interview mit der Einstiegsfrage begonnen wurde. Der Interviewleitfaden wurde in weiterer Folge flexibel eingesetzt, um einerseits die Abdeckung aller relevanten Themengebiete zu gewährleisten, andererseits aber auch einen möglichst natürlichen Gesprächsverlauf zu ermöglichen, indem etwa die Themenreihenfolge den Erzählungen der Interviewpartner*innen angepasst wurde.

Transkription

Für die Transkription der Interview-Aufnahmen wurden zunächst mit Hilfe der automatischen Transkriptionsfunktion von Microsoft 365¹¹ Transkripte mit Sprecher*innenhinweisen und Zeitstempeln erstellt. Die von Microsoft 365 erzeugten Transkripte waren jedoch von sehr schlechter Qualität, weshalb die endgültige Transkription manuell unter Verwendung der frei verfügbaren Transkriptionssoftware Express Scribe¹² erfolgte. Die schriftlichen Transkripte sowie die Audioaufnahmen der Interviews wurden anschließend in die Software MAXQDA¹³ (Version 22.8.0) importiert, in der die qualitative Datenanalyse durchgeführt wurde.

3.4 Qualitative thematische Analyse

Die thematische Analyse der Interview-Transkripte orientierte sich an Meuser und Nagels (2009) Schema zur Auswertung von Expert*inneninterviews. Die Autor*innen beschreiben fünf zentrale Analyseschritte, welche in einem rekursiven Auswertungsprozess durchgeführt werden:

1. *Paraphrase*: Entlang der einzelnen Interview-Transkripte werden die Äußerungen der Interviewpartner*innen in thematischen Einheiten wiedergegeben.
2. *Kodieren*: Die paraphrasierten Interview-Abschnitte werden thematisch geordnet, wobei für die Benennung der Codes die Terminologie der Interviewpartner*innen aufgegriffen wird. Es ist möglich, einer Passage mehrere Codes zuzuordnen.
3. *Thematischer Vergleich*: In einem weiteren Verdichtungsschritt werden nun thematisch vergleichbare Textstellen aus verschiedenen Interviews gebündelt, wobei die Benennungen und Zuordnungen zu den unterschiedlichen Codes wiederholt überprüft und gegebenenfalls angepasst werden sollten.
4. *Soziologische Konzeptualisierung*: In diesem Schritt werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Interviews mit Bezugnahme auf den theoretischen Diskurs herausgearbeitet, es erfolgt demnach eine Ablösung von den Begrifflichkeiten der Interviewpartner*innen. Die Verallgemeinerungen und Aussagen bleiben allerdings weiterhin auf das konkrete empirische Material beschränkt.

¹¹ <https://www.office.com/>

¹² <https://www.nch.com.au/scribe/de/index.html>

¹³ <https://www.maxqda.com/de/>

5. *Theoretische Generalisierung*: Im letzten Abstraktionsschritt erfolgt die Verknüpfung der empirischen Ergebnisse zu theoretisch informierten Typologien und Theorien.

Eine ausführlichere Erläuterung der einzelnen Analyseschritte findet sich in Meuser und Nagel (2002).

Für die Zwecke der Arbeit wurde diese Vorgehensweise leicht modifiziert, da im Zuge der Literaturrecherche bereits ein theoretischer Rahmen für die Analyse der Interviews entwickelt wurde. Basierend auf theoretischen Erwartungen sowie bisherigen empirischen Erkenntnissen zu den demokratiepolitischen Effekten partizipativ-deliberativer Prozesse wurde deduktiv eine vorläufige Codestruktur abgeleitet, welche im Verlauf der Analyse gegebenenfalls durch weitere induktiv gebildete (Sub-)Kategorien erweitert werden sollte. Aus diesem Grund wurden Schritt 1 und 2 der Auswertung parallel durchgeführt, indem Textpassagen zunächst den breiter gefassten, theoretisch informierten Codes zugeordnet wurden, innerhalb derer anschließend über den Schritt der Paraphrase Subcodes gebildet wurden. Ein Beispiel hierfür ist der Code „respektvoller Umgang“, welchem unter anderem folgende Textpassagen zugeordnet wurden:

„Und auch, dass man den anderen zuhört und ausreden lässt, weil das ist sonst was, wo wir als Gesellschaft, glaube ich, nicht so gut darin sind, weil jeder so darauf getrimmt ist, dass er seine Meinung kundtut, und das ist mal ein großer Lerneffekt, wenn man einmal- das einmal nicht tun darf, wenn man einmal zuhören muss und die anderen ausreden lassen muss und auf das reagieren und nicht nur dann das sagen, was man eh ursprünglich schon sagen wollte.“
(I1_20230805, Pos. 28)

„Und da hilft halt dann doch das Zuhören und sich Hineindenken in die Gedankenwelt des anderen.“ (I8_20230905, Pos. 67)

„Was war für mich besonders wichtig? Ich glaube einfach, erstens dieser respektvolle Umgang, dass man offen den anderen gegenüber ist und nicht gleich glaubt, irgendwer sagt sowieso nichts Sinnvolles, das war für mich wichtig.“ (I1_20230805, Pos. 28)

Anhand der ersten und zweiten Passage lässt sich für diesen Code der Subcode „aktives Zuhören“ ableiten, während der dritte Interview-Ausschnitt in weiterer Folge in den Subcode „Respekt für andere Sichtweisen“ eingeordnet wurde.

Aus praktischen Gründen wurde auch Schritt 3 der Auswertung von Anfang an integriert, indem nach der Codierung des ersten Interviews bereits vorhandene, thematisch passende Codes direkt für die Codierung der weiteren Interview-Transkripte verwendet wurden. Dabei wurde wiederholt die thematische Einheitlichkeit der bisher zugeordneten Textpassagen überprüft und bei Bedarf wurden weitere Subcodes gebildet oder auch Codes zusammengeführt. Ein Beispiel hierfür sind die aus der Literatur abgeleiteten Codes „diskursives Engagement“, „konventionelles politisches Engagement“ sowie „gesellschaftliches Engagement“: Diese Unterscheidung erwies sich im Verlauf der Analyse als wenig sinnvoll, weshalb die drei Codes zu einem Code „gesellschaftliches Engagement“ zusammengeführt wurden, für den anschließend entsprechend der in den Interviews thematisierten Aktivitäten Subcodes gebildet wurden. Die finale Codestruktur befindet sich im Appendix der Arbeit.

Die weitere Verdichtung und Abstraktion des empirischen Materials erfolgte analog zu den von Meuser und Nagel (2009) beschriebenen Analyseschritten 4 und 5 und bildete die Grundlage für die Struktur der Ergebniskapitel 4.2 und 4.3 sowie des Diskussionskapitels.

4 Ergebnisse

Die folgenden Unterkapitel präsentieren die Ergebnisse der Arbeit. Zur Kontextualisierung der qualitativen Interviews mit ehemaligen Klimaratsmitgliedern erfolgt zunächst eine ausführliche Beschreibung des Fallbeispiels sowie eine Charakterisierung der verschiedenen Prozesselemente des österreichischen Klimarats. Anschließend werden die durch den Klimaratsprozess ausgelösten demokratiepolitischen Effekte entlang der in Kapitel 2.3 vorgestellten Dimensionen von (1) demokratischen Fähigkeiten, (2) inneren Haltungen und Einstellungen sowie (3) Verhaltensänderungen dargestellt. Das letzte Unterkapitel schließlich fasst die zentralen Effekte und Auswirkungen der unterschiedlichen Prozesselemente zusammen.

4.1 Der österreichische Klimarat der Bürgerinnen und Bürger

Das Unterkapitel beschreibt die Organisation und den Ablauf des österreichischen Klimabürger*innenrats auf der Input-, Prozess- und Outputebene (vgl. Kapitel 2.1.1).

4.1.1 Input-Dimension: Entstehung und Organisation

4.1.1.1 Hintergrund und Entstehung

Die Durchführung eines Bürger*innenbeteiligungsverfahrens zur Entwicklung von Klimaschutzmaßnahmen, die „*niemanden zurücklassen*“ (Volksbegehren „*Klimavolksbegehren*“, 2020, S. 4), bildete eine zentrale Forderung des österreichischen „*Klimavolksbegehrens*“, welches im Jahr 2020 von rund 380.000 stimmberechtigten Personen unterzeichnet wurde (Parlament Österreich, 2021b). Die Einrichtung eines solchen „*Klimarats der Bürgerinnen und Bürger*“ zur Ausarbeitung von „*konkreten Vorschlägen für die zur Zielerreichung notwendigen Klimaschutzmaßnahmen auf dem Weg zur Klimaneutralität 2040*“ (Parlament Österreich, 2021a, S. 6) wurde am 26.03.2021 in einem Entschließungsantrag des Nationalrats beschlossen, welcher von den Regierungsparteien ÖVP und Grünen sowie den NEOS unterstützt wurde (Parlament Österreich, 2021b). Darin wurden insbesondere drei zentrale Rahmenbedingungen für den Prozess festgelegt (siehe Parlament Österreich, 2021a, S. 6):

- Die Mitglieder des Klimarats sollten in Bezug auf Geschlecht, Alter, Bildungsstand, Einkommen und Wohnort einen repräsentativen Querschnitt der österreichischen Gesellschaft bilden und per Zufallsprinzip ausgewählt werden.
- Grundlage für die Arbeit des Klimarats sollten die Vorschläge des Klimavolksbegehrens sowie die Klimaschutzmaßnahmen und Ziele des Regierungsprogrammes bilden.
- Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen an das Klimakabinett beziehungsweise die Bundesregierung übermittelt und auch dem Nationalen Klimakomitee zur Diskussion vorgelegt werden.

4.1.1.2 Organisation

Innerhalb der österreichischen Bundesregierung übernahm das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) die Umsetzung des

parlamentarischen Entschließungsantrags (Buzogány et al., 2022). Der Auftrag für die Planung und Begleitung des Prozesses wurde nach einer europaweiten Ausschreibung an ein Konsortium aus drei österreichischen Organisationen vergeben, welche gemeinsam die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Klimarat bildeten (ARGE Klimarat, 2022).

Die ARGE Klimarat gestaltete die Organisation und Begleitung des Klimaratsprozesses als Zusammenarbeit mehrerer Teams, welche für verschiedene Aspekte der Prozessgestaltung verantwortlich zeichneten (für Details siehe ARGE Klimarat, 2022, S. 20–21):

- Das Organisationsteam sorgte für die Planung und Abwicklung der Treffen, hielt engen Kontakt mit den Bürger*innen und kümmerte sich um organisatorische Belangen.
- Ein Team aus Moderator*innen und Moderationsassistent*innen begleitete die inhaltliche Arbeit der Bürger*innen und war zuständig für die Detailplanung der Arbeitsphasen und die schriftliche und grafische Dokumentation und Aufbereitung der Ergebnisse während und zwischen den Treffen.
- Der wissenschaftliche Beirat gestaltete insbesondere die Phase der Wissensvermittlung und unterstützte die Bürger*innen mit Expertise aus unterschiedlichen Fachrichtungen (eine detaillierte Untersuchung der Expertisenvermittlung im Rahmen des Klimaratsprozesses bietet Reinthaler (2023)).
- Der Stakeholder-Beirat sollte die Einbindung unterschiedlicher gesellschaftlicher Perspektiven und Bedürfnisse in den Prozess sicherstellen und die Verbreitung der Ergebnisse des Klimarats unterstützen (dieser Aspekt wird von Pichler (2023) ausführlicher untersucht).
- Das Filmteam sorgte für die filmische Dokumentation des Klimaratsprozesses und erstellte Kurzvideos und Zusammenfassungen der Klimaratswochenenden, welche einerseits den Teilnehmer*innen Informationen auch zwischen den Treffen zugänglich machten und andererseits der interessierten Öffentlichkeit Einblicke in die Arbeit des Klimarats boten.
- Das Team für Öffentlichkeitsarbeit war für die Bekanntmachung des Klimarats in der breiten Öffentlichkeit zuständig und unterstützte die Teilnehmer*innen beim Kontakt mit Medien und Politik.
- Das Team für zivilgesellschaftliche Einbindung bildete die zentrale Anlaufstelle für die Information und Beteiligung interessierter Personen oder Gruppen.
- Das Kernteam begleitete den Gesamtprozess und ermöglichte einen Dialog zwischen den verschiedenen Teams. Hier kamen Vertreter*innen der ARGE Klimarat, des Auftraggebers, des wissenschaftlichen Beirats, der Öffentlichkeitsarbeit und zivilgesellschaftlichen Einbindung sowie zwei gewählte Bürger*innenvertreter*innen zusammen, um sich über den Prozessfortschritt auszutauschen und Herausforderungen gemeinsam zu besprechen.
- Das Evaluationsteam führte eine von der Prozessorganisation und -umsetzung unabhängige summative Evaluierung des Klimarats durch (Buzogány et al., 2022).

Die Prozessplanung erfolgte in Zusammenarbeit mit verschiedenen nationalen und internationalen Expert*innen aus dem Feld der (deliberativen) Bürger*innenbeteiligung und wurde durch die European Climate Foundation (ECF) unterstützt (Buzogány et al., 2022).

4.1.1.3 Rekrutierungsprozess und Zusammensetzung der Klimaratsmitglieder

Die Auswahl der Teilnehmer*innen entlang der im Entschließungsantrag definierten soziodemografischen Merkmale erfolgte in zwei Tranchen durch die Statistik Austria. Als Grundgesamtheit für die geschichtete Zufallsstichprobe diente die österreichische Wohnbevölkerung im Alter von 16 bis 84 Jahren, ausgenommen Personen mit ausländischem Geburtsort und einer Aufenthaltsdauer in Österreich von weniger als fünf Jahren (Statistik Austria, 2022, S. 5). Durch die gestaffelte Ziehung konnten Bevölkerungsgruppen, welche nach der ersten Auswahlrunde unterrepräsentiert waren, in der zweiten Tranche gezielt angesprochen werden (ebd.). Es wurden zunächst 100 reguläre Teilnehmer*innen sowie ein Reservepool von 28 Personen ausgewählt. Aufgrund der Verschiebung des Prozessbeginns sowie der verschärften Covid-19-Teilnahmebedingungen fielen allerdings bereits vor Prozessbeginn 30 Personen aus, weshalb zum ersten Klimaratswochenende 98 Teilnehmer*innen feststanden (Statistik Austria, 2022, S. 9–10).

Im Rahmen der Klimaratsevaluierung wurde die Repräsentativität der Gruppe der Klimarät*innen für die österreichische Gesamtbevölkerung anhand des Kriteriums der „breiten Repräsentativität“ untersucht, wonach jede in Österreich lebende Person „jemanden wie mich“ unter den Klimarät*innen sehen können sollte (Buzogány et al., 2022). Diese breite Repräsentativität war unter den Teilnehmer*innen in Bezug auf die Merkmale Geschlecht, Bildungsstand, Haushaltseinkommen und Wohnort gegeben (Buzogány et al., 2022, S. 21). Unterschiede zur österreichischen Gesamtbevölkerung zeigten sich allerdings in drei Bereichen: (1) Die Klimarät*innen zeigten ein höheres Level an politischem Interesse und Sorge in Bezug auf die Klimakrise; (2) Personen im Alter von 16-29 sowie 45-59 Jahren waren überrepräsentiert, die Altersgruppen von 30-44 sowie 60-84 Jahren dagegen unterrepräsentiert, während Personen über 84 Jahre vom Auswahlprozess ausgenommen waren; und (3) das Auswahlkriterium „Geburtsort“ war nicht gut geeignet, um die angemessene Beteiligung von Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft und/oder Migrationshintergrund zu gewährleisten (Buzogány et al., 2022).

4.1.2 Prozessdimension: Design und Prozesselemente

4.1.2.1 Gesamtprozess und Rahmenbedingungen

Die Prozessphase des österreichischen Klimarats erstreckte sich über sechs Wochenenden zwischen Jänner und Juni 2022 (der ursprünglich für November 2021 geplante Prozessbeginn wurde aufgrund der kritischen Pandemie-Situation verschoben). Die Teilnehmer*innen des KBR kamen abwechselnd in Wien und Salzburg zusammen, um von Samstag Früh bis Sonntag Nachmittag gemeinsam an Empfehlungen für Österreichs Klimapolitik zu arbeiten. Die Kosten für Unterkunft, Verpflegung und die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln wurden übernommen und die Bürger*innen erhielten zusätzlich eine Aufwandsentschädigung von € 100,-- pro Wochenende (Statistik Austria, 2022). Wie bei Bürger*innenräten üblich, lässt sich der Prozess des österreichischen KBR grob in drei Phasen unterteilen:

Zu Beginn stand die *Vermittlung von Wissen* zu verschiedenen Aspekten der Klimathematik im Vordergrund. Die Bürger*innen sollten sich anhand von Info-Materialien, Vorträgen von Wissenschaftler*innen und Diskussionen grundlegendes Wissen über die Klimakrise aneignen.

Im Anschluss folgte eine intensive Phase der *Deliberation* und des *Abwägens verschiedener Interessen und Handlungsalternativen*. In dieser Phase erarbeiteten die Teilnehmer*innen in kleineren und größeren Gruppen Maßnahmen entlang von fünf thematischen Feldern und erhielten Feedback aus dem wissenschaftlichen Beirat zur Wirksamkeit ihrer Vorschläge.

Für die finale Phase der *Entscheidungsfindung* sollten die Bürger*innen eventuell verbliebene schwerwiegende Einwände gegen die formulierten Maßnahmenvorschläge vorbringen. Empfehlungen mit weniger als zehn begründeten Einwänden wurden schließlich als „angenommen“ in den abschließenden Bericht des Klimarats aufgenommen, wobei verbliebene schwere Einwände vermerkt wurden.

In der Praxis lassen sich diese Phasen erwartungsgemäß nicht klar voneinander abgrenzen, dennoch ist ein Wandel des Fokus über den Prozessverlauf des österreichischen KBR hinweg klar erkennbar: Das erste Wochenende stand im Zeichen des gegenseitigen Kennenlernens und sollte den Teilnehmer*innen ein grundlegendes Verständnis für klimarelevante Themen vermitteln, welches anschließend am zweiten Wochenende vertieft wurde. Nach einem ersten praktischen Erproben des gemeinsamen Deliberierens wurde der Fokus ab dem dritten Wochenende klar auf die Arbeit an konkreten Empfehlungen in Kleingruppen gelegt, welche durch die phasenweise Einbindung von politischen Vertreter*innen, Stakeholdern und die Konsultation der breiteren Öffentlichkeit ergänzt wurde. Das sechste und letzte Wochenende schließlich widmete sich der gemeinsamen Entscheidungsfindung und Beschließung der Maßnahmenvorschläge sowie der Prozessreflexion und dem Gestalten eines positiven Abschlusses.

4.1.2.2 Kommunikations- und Interaktionsformate

Im Laufe des Prozesses kamen zahlreiche unterschiedliche Kommunikations- und Interaktionsformate zum Einsatz, abhängig von den Zielen und Funktionen der jeweiligen Prozesseinheit.

Die Versammlung aller Teilnehmer*innen im *Plenum* wurde für ein gemeinsames Ankommen und Verabschieden in der Regel zu Beginn und am Ende der einzelnen Arbeitstage genutzt (ARGE Klimarat, 2022). Dazu leitete das Moderationsteam aktivierende oder entspannende Kurzübungen an (Buzogány et al., 2022) und gab Aus- bzw. Rückblicke auf die Aufgaben oder Ergebnisse des jeweiligen Tages. Außerdem wurden in diesem Rahmen organisatorische Informationen kommuniziert und diesbezügliche offene Fragen geklärt (ARGE Klimarat, 2022).

Die wissenschaftlichen Vorträge in der Anfangsphase des Prozesses fanden ebenfalls im Plenum statt und dienten dazu, alle Teilnehmer*innen auf den gleichen Wissensstand zu bringen (ARGE Klimarat, 2022). In den späteren Phasen der *Deliberation* in kleineren Gruppen wurden im Plenum vor allem Eindrücke aus den verschiedenen Arbeitsgruppen oder anderen Interaktionsformaten vorgestellt, um die unterschiedlichen Erfahrungen der Bürger*innen immer wieder zusammenzuführen und in Relation zum Gesamtprozess zu setzen (ebd.).

Die inhaltliche Arbeit an den Empfehlungen des Klimarats erfolgte entlang von fünf vorab definierten *Handlungsfeldern*, welche sich aus jeweils zwei *Arbeitsgruppen* mit acht bis zehn Personen zusammensetzten (Buzogány et al., 2022). Die Zuordnung der Bürger*innen zu den Arbeitsgruppen

erfolgte durch das Moderationsteam mit dem Ziel, auch innerhalb dieser kleineren Gruppen eine hohe Diversität an unterschiedlichen Hintergründen zu erreichen (ARGE Klimarat, 2022). Begleitet wurden die Arbeitsgruppen durch jeweils zwei Mitglieder des Moderationsteams, welche den Austausch zwischen den Teilnehmer*innen strukturierten und die Ergebnisse der Arbeit festhielten (ebd.).

Das Format *Marktplatz* bildete in allen Prozessphasen ein wichtiges Instrument, um den freien Austausch zwischen den Bürger*innen zu stärken und ihre unterschiedlichen Erfahrungen zu vernetzen. Dazu wurden die Ergebnisse aus Gruppenarbeitsprozessen auf Plakaten dokumentiert, welche dann im Raum ausgestellt wurden und allen Teilnehmer*innen Gelegenheit boten, sich mit der Arbeit der anderen auseinanderzusetzen und Feedback dazu zu geben (ARGE Klimarat, 2022).

Neben diesen regelmäßigen Interaktionsformaten, an denen alle Mitglieder des KBR teilnahmen, gab es auch die Möglichkeit zur freiwilligen Teilnahme an bestimmten Aktivitäten. So wurden etwa immer wieder freiwillige *Redaktionsgruppen* gebildet, welche – in der Regel Samstag abends – für die Zusammenfassung und Aufbereitung von Ergebnissen des Arbeitstages sorgten (ARGE Klimarat, 2022). Am Samstagabend hatten die Bürger*innen außerdem häufig die Möglichkeit, sich mit verschiedenen Akteuren zu bestimmten Themen in einem kleineren, weniger stark strukturierten Rahmen auszutauschen, etwa bei den *Wissenschaftsdialogen*, die Raum für persönlichen Austausch mit den Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirats boten (ebd.).

Eine weitere wichtige Gelegenheit der Interaktion für die Bürger*innen untereinander und mit den Mitgliedern der verschiedenen Klimaratsteams bildeten die *gemeinsamen Pausen und Mahlzeiten*, die *freie Zeit* vor und nach dem offiziellen Programm sowie der *Austausch zwischen den Klimaratswochenenden*.

Einige spezielle Formate schließlich kamen nur vereinzelt im Laufe des Klimaratsprozesses zum Einsatz. Der *Dialog mit Politiker*innen und Stakeholdern* war als Frage- und Antwortrunde gestaltet, wobei in den einzelnen Gruppen in der Praxis sehr unterschiedliche Gesprächsdynamiken entstanden (ARGE Klimarat, 2022). Einige kontroverse Themen wurden im späteren Prozessverlauf mit der Methode der *Dynamic Facilitation* bearbeitet, wobei allerdings nur einzelne Bürger*innen freiwillig an diesem Format teilnahmen (ebd.). Und schließlich entstanden im Lauf des Prozesses auch immer wieder *selbstorganisierte Gruppen*, in denen sich die Bürger*innen selbstbestimmt verschiedenen Themen widmeten (etwa der Gründung eines Vereins oder der Planung einer Reise zum EU-Parlament in Brüssel) und dabei von Mitgliedern des Moderations- und Organisationsteams unterstützt wurden (ARGE Klimarat, 2022).

4.1.2.3 Wissensvermittlung

Hauptverantwortlich für die Vermittlung und Bereitstellung von klimarelevanter wissenschaftlicher Expertise waren die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats, der sich aus 15 Expert*innen mit unterschiedlichen fachlichen Hintergründen zusammensetzte und von dem Klimaforscher Georg Kaser und der Umweltökonomin Birgit Bednar-Friedl koordiniert wurde (ARGE Klimarat, 2022). Die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats gestalteten die wissenschaftlichen Vorträge und Informationsmaterialien gemeinsam mit Wissenschaftskommunikator*innen aus dem Organisations-

und Moderationsteam, die den Austausch zwischen Expert*innen und Bürger*innen mit ihrer Erfahrung effektiv unterstützten (ARGE Klimarat, 2022). Die Wissenschaftler*innen zeigten über den gesamten Prozess hinweg großes persönliches Engagement sowie Offenheit und Interesse an den Perspektiven und Fragen der Teilnehmer*innen (Buzogány et al., 2022).

Die Vermittlung von klimarelevantem Wissen stand vor allem an den ersten drei Klimaratswochenenden stark im Vordergrund. Nach zwei einführenden Vorträgen von Georg Kaser sowie Birgit Bednar-Friedl wurden am ersten Wochenende die fünf thematischen Handlungsfelder vorgestellt, an denen die Bürger*innen im weiteren Prozessverlauf arbeiten sollten: Energie, Produktion/Konsum, Ernährung/Landnutzung, Mobilität und Wohnen (ARGE Klimarat, 2022). Das Organisationsteam gestaltete zu jedem Handlungsfeld gemeinsam mit den jeweiligen Expert*innen aus dem wissenschaftlichen Beirat Infotexte sowie Video-Kurzinterviews mit Beiratsmitgliedern, um den Teilnehmer*innen wichtige Informationen bereits im Vorfeld der Klimaratswochenenden über die Webseite zugänglich zu machen (ebd.). An den Wochenenden selbst stellten die Expert*innen des wissenschaftlichen Beirats die fünf Handlungsfelder in Vorträgen vor, bei denen sie vor allem deren Entwicklung über die vergangenen Jahre, die Relevanz für die Klimathematik sowie die wichtigsten „Hebel“ zur Reduktion von Treibhausgasemissionen erörterten (ARGE Klimarat, 2022). Die anschließenden Fragerunden waren meist recht kurzgehalten, allerdings hatten die Bürger*innen etwa in den Pausen oder bei den freiwilligen Wissenschaftsdialogen an einigen Abenden die Möglichkeit, sich in einem informellen Rahmen mit den Expert*innen zu unterhalten und ihre individuellen Fragen zu diskutieren (Buzogány et al., 2022).

Obwohl die Teilnehmer*innen einen Großteil der wissenschaftlichen Informationen bereits in dieser ersten Phase des Klimaratsprozesses erhielten, fand die Integration dieses Wissens vor allem während der anschließenden Phase der Maßnahmenentwicklung statt (Buzogány et al., 2022). In jeweils zwei Arbeitsgruppen pro Handlungsfeld erarbeiteten die Bürger*innen entlang der Hebel konkrete Empfehlungen und diskutierten mögliche positive und negative Nebeneffekte der Maßnahmen (ARGE Klimarat, 2022). Die Moderator*innen legten besonderes Augenmerk auf die Auseinandersetzung mit Barrieren für die Umsetzung der Empfehlungen sowie mit Trade-offs zwischen verschiedenen Zielen (sogenannte „Zwickmühlen“), wodurch die Teilnehmer*innen wiederholt mit der Komplexität und der politischen Brisanz der Klimathematik in Berührung kamen (Buzogány et al., 2022). Die Expert*innen des wissenschaftlichen Beirats konnten in dieser Phase des Prozesses für konkrete Fragen und Feedback zu den Maßnahmenvorschlägen konsultiert werden und nahmen sich auch immer wieder Zeit für ausführlichere Gespräche mit einzelnen Personen oder Arbeitsgruppen (ebd.). Die Arbeit an den Empfehlungen wurde vom Moderationsteam ausführlich schriftlich und auch (foto)grafisch dokumentiert und den Bürger*innen im Anschluss an die Klimaratswochenenden in aufbereiteter Form auf der Webseite zur Verfügung gestellt (ebd.).

Zusätzlich zu ihrer beratenden Funktion während der Wochenenden gaben die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats auch zwischen den Treffen immer wieder Feedback zum derzeitigen Stand der erarbeiteten Maßnahmen. Insbesondere vor Beginn des fünften Klimaratswochenendes beurteilten die Wissenschaftler*innen die Empfehlungen in Hinblick auf ihr Treibhausgas-Einsparungspotenzial, die soziale, wirtschaftliche, rechtliche und naturräumliche Machbarkeit sowie den Wirkungszeitraum der Maßnahmen (ARGE Klimarat, 2022). Dieses Feedback wurde in den

einzelnen Arbeitsgruppen ausführlich diskutiert und die Bürger*innen entschieden über eine entsprechende Anpassung der Empfehlungen (ebd.). Eine weitere wichtige Feedbackschleife bildete die „Lange Nacht der Wissenschaft“ am Abend des fünften Klimaratsstages, bei der zahlreiche Expert*innen erneut die Maßnahmenvorschläge überprüften und auch eine Einschätzung zu ihrer kumulativen Klimawirksamkeit gaben (ebd.).

In der Evaluation des Klimaratsprozesses zeigten sich die Teilnehmer*innen insgesamt sehr zufrieden mit den wissenschaftlichen Inputs, die auch in den qualitativen Interviews häufig positiv hervorgehoben wurden (Praprotnik et al., 2022). Obwohl etwa ein Drittel der Bürger*innen die Vorträge zu Beginn des Klimarats schwer verständlich fand, verbesserte sich das Verständnis mit der Zeit, und die Befragung der Teilnehmenden zeigte einen klaren Wissenszuwachs im Bereich der Klimathematik (ebd.). Gleichzeitig gelang es im Klimaratsprozess, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen wissensvermittelnden Formaten und prozessorientierten Elementen herzustellen, sodass das Wissen der Teilnehmer*innen durch die wissenschaftliche Expertise erweitert, nicht aber überlagert wurde (Scherhauser et al., 2023). Eine ausführlichere Analyse der Rolle von wissenschaftlicher Expertise im österreichischen KBR bietet die Masterarbeit von Sonja Reinthaler (2023).

4.1.2.4 Gesprächskultur und deliberatives Setting

Das Etablieren einer positiven Gesprächskultur zwischen allen Beteiligten war für das Moderationsteam während des gesamten Prozesses von großer Bedeutung. Dazu erarbeiteten die Teilnehmer*innen am ersten Klimaratswochenende sogenannte „Vereinbarungen fürs Miteinander“, in denen sie gemeinsame Regeln für die Zusammenarbeit festhielten (ARGE Klimarat, 2022). Zentrale Elemente dieser Vereinbarungen bildeten der respektvolle und wertschätzende Umgang miteinander sowie aktives Zuhören, Verständnis und Toleranz für unterschiedliche Sichtweisen. Weiters vereinbarten die Bürger*innen Offenheit für neue und kreative Perspektiven und ein ergebnisorientiertes Handeln auf Basis gemeinsam formulierter Ziele. Diese Ziele wurden ebenfalls im Rahmen des ersten Klimaratswochenendes entwickelt und in einem „Wirkungsmanifest“ niedergeschrieben (ARGE Klimarat, 2022).

Das zentrale deliberative Element im Klimaratsprozess stellte die Erarbeitung der Empfehlungen in Kleingruppen entlang der fünf thematischen Handlungsfelder dar. In diesem Setting diskutierten die Bürger*innen, unterstützt durch das Moderationsteam, ihre Ideen und Einwände mit dem Ziel, konsensfähige Maßnahmenvorschläge zu entwickeln (ARGE Klimarat, 2022). Die Mitglieder des Moderationsteams achteten darauf, in den Diskussionen eine inhaltlich möglichst neutrale Position zu bewahren und legten großen Wert auf die transparente Dokumentation der Gespräche, die einerseits den Teilnehmer*innen Gelegenheit zum Nachlesen boten und andererseits in Form von Zusammenfassungen auch der Öffentlichkeit Einblicke in den Klimaratsprozess ermöglichten (ebd.). Die Moderator*innen betonten immer wieder den Wert des Wissens und der Erfahrungen, die jede*r einzelne Bürger*in in den Prozess einbrachte, und rückten damit das persönliche Erleben und die Perspektiven der Klimarät*innen ins Zentrum der Deliberation (Buzogány et al., 2022). Gleichzeitig kam der Moderation in den Diskussionen eine ausgleichende Funktion zu, indem Vielredner*innen gebremst und zurückhaltende Teilnehmer*innen bewusst angesprochen und um ihren Beitrag

gebeten wurden (ARGE Klimarat, 2022). Dabei wurde auch Raum für Konflikte und Meinungsverschiedenheiten geschaffen, wenngleich die Deliberation in dieser Phase prinzipiell von der gemeinsamen Suche nach Konsens geprägt war (ebd.). Phasenweise auftretende Gefühle von Frustration oder Überforderung wurden ebenfalls vom Moderationsteam aufgegriffen und flexibel in die Prozessgestaltung integriert, wodurch eine gemeinsame Auseinandersetzung mit schwierigen Emotionen möglich wurde (Buzogány et al., 2022). Dabei kamen auch verschiedene aktivierende Bewegungsübungen und spielerische Elemente zum Einsatz, um die fokussierte Arbeit der Klimarät*innen zu unterstützen, den emotionalen Ausdruck zu erleichtern und das Entstehen eines Gemeinschaftsgefühls zu fördern (ebd.).

4.1.2.5 Einbindung von Politik, Stakeholdern und Öffentlichkeit

Das vierte Klimaratswochenende stand im Zeichen der Öffnung nach außen, indem die Bürger*innen sich im Rahmen der „Stakeholder- und Politikdialoge“ mit Vertreter*innen aus Politik und Interessensgruppen austauschten (ARGE Klimarat, 2022). Des Weiteren wurde ein Austausch mit der interessierten Öffentlichkeit vorbereitet, welcher zwischen dem vierten und fünften Wochenende über eine Online-Plattform stattfand (ebd.).

Die Stakeholder-Dialoge boten den Klimarät*innen Gelegenheit zum Gespräch mit Vertreter*innen der österreichischen Sozialpartner, mehrerer Umwelt-NGOs sowie Sozial- und Jugendorganisationen¹⁴. Die Interessensvertretungen hatten vorab bereits Impulspapiere verfasst, in denen sie ihre Positionen und erlebte Herausforderungen in Bezug auf die Themen des Klimarats darlegten (ARGE Klimarat, 2022). Diese Positionen sowie die Vorschläge der Bürger*innen sollten im Rahmen des Dialogformates mit Blick auf das gemeinsame Ziel der Klimaneutralität 2040 diskutiert werden.

Die Gesprächsatmosphäre in den Stakeholder-Dialogen zeigte eine große Bandbreite. Manche Diskussionen verliefen sehr konstruktiv und boten den Klimarät*innen Gelegenheit, sich eingehend über die Themen der Interessensvertretungen zu informieren und gemeinsame Interessen auszuloten (Buzogány et al., 2022). Andere Gespräche waren dagegen vor allem geprägt durch Kritik der Bürger*innen an den (fehlenden) Beiträgen der Stakeholder zur Bekämpfung der Klimakrise und defensive Reaktionen der Interessensvertreter*innen, die entlang von bekannten Argumentationslinien verliefen und wenig Potenzial für eine Integration von Zielen und Interessen boten (ebd.).

Im Zuge der Politik-Dialoge konnten sich die Klimaratsmitglieder in zwei Runden mit Abgeordneten der im Parlament vertretenen Parteien austauschen (ARGE Klimarat, 2022). Auch diese Diskussionen verliefen sehr unterschiedlich, manche sehr harmonisch, andere dagegen stark konfrontativ. Die Bürger*innen zeigten sich ungeduldig über den Mangel an politischer Initiative in Bezug auf die Klimakrise und den oft unkooperativen politischen Dialog (ARGE Klimarat, 2022), während die

¹⁴ Vor Ort vertreten waren Arbeiterkammer, Armutskonferenz, Bundesjugendvertretung, Globale Verantwortung, Klimavolksbegehren, Landwirtschaftskammer, Umweltdachverband, Ökobüro, Österreichischer Behindertenrat, Österreichs Energie, Dachverband Erneuerbare Energie sowie die Klimaschutzkoordinatorin des Landes Steiermark (Buzogány et al., 2022). Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung waren online zugeschaltet (ebd.).

politischen Vertreter*innen insbesondere die Notwendigkeit einer breiten gesellschaftlichen Unterstützung für Klimaratspolitiken betonten (Buzogány et al., 2022).

Eine Einbindung der Öffentlichkeit in den Klimaratsprozess erfolgte im Rahmen einer zehntägigen Online-Umfrage, bei der die österreichische Bevölkerung die Möglichkeit hatte, die Vorschläge der Klimarät*innen zu bewerten sowie eigene Ideen und Vorschläge einzubringen (ARGE Klimarat, 2022). Am fünften Klimaratswochenende wurden die Rückmeldungen aus diesem Prozess bearbeitet und in die weitere Arbeit an den Maßnahmenvorschlägen integriert (ebd.). Während die Klimaratsmitglieder prinzipiell positiv gegenüber einer Beteiligung der breiteren Öffentlichkeit am Klimaratsprozess eingestellt waren, kam Kritik an der Art der Umsetzung auf, die von vielen als zu zeitaufwändig und umständlich für die Umfragen-Teilnehmer*innen empfunden wurde (Praprotnik et al., 2022).

4.1.2.6 Medien- und Öffentlichkeitsarbeit

Die interessierte Öffentlichkeit hatte verschiedene Möglichkeiten, den Klimaratsprozess mitzuverfolgen. Die wissenschaftlichen Vorträge wurden aufgezeichnet und auf dem YouTube-Kanal sowie der Webseite des Klimarats öffentlich zugänglich gemacht, ebenso wie detaillierte schriftliche Dokumentationen der einzelnen Wochenenden (ARGE Klimarat, 2022). Die mediale Berichterstattung um den Prozess trug ebenfalls dazu bei, das Bewusstsein für die Klimaratsthemen in der breiten Öffentlichkeit zu fördern (Clar et al., 2023). Darüber hinaus waren die Klimarät*innen selbst wichtige Multiplikator*innen und trugen ihr Wissen und ihre Erlebnisse im Klimarat in ihr persönliches Umfeld – Familie, Freundeskreis, Arbeitsplatz – und auch darüber hinaus (ARGE Klimarat, 2022, Vorwort der Bürgerinnen und Bürger). Viele der Teilnehmer*innen beteiligten sich aktiv an der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, indem sie Interviews gaben, sich mit (regionalen) Entscheidungstragenden trafen und bei Veranstaltungen im Rahmen von Vorträgen oder Diskussionsrunden von ihren Erfahrungen im Klimarat berichteten (ARGE Klimarat, 2022; Buzogány et al., 2022).

4.1.2.7 Entscheidungsfindung und Abschluss

Im Laufe des fünften Klimarats-Wochenendes wurde zunächst in den einzelnen Arbeitsgruppen und anschließend innerhalb der fünf Handlungsfelder die Zustimmung der Bürger*innen zu den entwickelten Maßnahmen abgefragt. Für die Zustimmungsabfrage wurde von Seiten des Moderationsteams das „Konsent-Prinzip“ festgelegt, wonach eine Empfehlung dann angenommen werden konnte, wenn keine „begründeten schwerwiegenden Einwände“ dagegen vorlagen (Buzogány et al., 2022). Solche schwerwiegenden Einwände sollten die Bürger*innen dann formulieren, wenn eine Maßnahme aus ihrer Sicht der Erreichung der Ziele des Klimarats, also der Klimaneutralität Österreichs bis 2040 und/oder dem Wirkungsmanifest der Bürger*innen, entgegenstand (ARGE Klimarat, 2022). Diese Form der Entscheidungsfindung war den Teilnehmer*innen bereits am Beginn des Klimaratsprozesses vorgestellt worden und kam auch während der Arbeit in den Kleingruppen regelmäßig zum Einsatz. Da die Deliberation in den Arbeitsgruppen allerdings stärker konsensorientiert ablief, wurden Einwände der Bürger*innen in diesem Rahmen noch ausführlich diskutiert und in die Maßnahmenformulierung eingebunden (ARGE

Klimarat, 2022). Dadurch konnten viele Einwände bereits vor der Entscheidungsphase bearbeitet und integriert werden (Buzogány et al., 2022).

Am sechsten Wochenende schließlich wurde im Plenum die Zustimmung aller anwesenden Klimarät*innen zu den erarbeiteten Maßnahmen abgefragt. Da zu keiner der Empfehlungen mehr als neun schwerwiegende Einwände vorlagen, wurden alle Maßnahmenvorschläge als „angenommen“ in den Abschlussbericht des Klimarats aufgenommen (ARGE Klimarat, 2022). Darüber hinaus beschäftigten sich die Bürger*innen an diesem letzten Wochenende mit verschiedenen Möglichkeiten für ein weiterführendes Engagement nach Ende des Klimarats und konnten sich in selbstorganisierten Kleingruppen über ihre Ideen austauschen (ebd.). Abschließend gab es Gelegenheit für die gemeinsame Reflexion des Klimaratsprozesses und einen feierlichen Abschluss (ARGE Klimarat, 2022).

4.1.3 Output-Dimension: politische Rezeption und weiterführendes Engagement

Die Klimaratsteilnehmer*innen zeigen sich in der Prozessevaluierung überwiegend zufrieden mit den erarbeiteten Vorschlägen: Mehr als 90% der Teilnehmer*innen hielten die Maßnahmenvorschläge für (sehr) geeignet, um das Ziel der Klimaneutralität Österreichs bis 2040 zu erreichen, und knapp 90% würden alle oder einen Großteil der Empfehlungen umsetzen (Praprotnik et al., 2022). Die Erwartungen der Klimarät*innen an die tatsächliche politische Umsetzung ihrer Empfehlungen waren allerdings gemischt, und nur etwas mehr als die Hälfte der Teilnehmer*innen rechnete mit einer Implementierung der Maßnahmenvorschläge (ebd.).

Die offizielle Übergabe der 93 Klimaratsempfehlungen an die Politik erfolgte am 4. Juli 2022 im Rahmen einer Pressekonferenz (Buzogány et al., 2022). Stellvertretend für die Regierung nahmen die Bundesminister*innen Leonore Gewessler (Grüne) und Martin Kocher (ÖVP) die Empfehlungen entgegen, die in weiterer Folge auch an Bundespräsident Alexander van der Bellen sowie alle im Parlament vertretenen Parteien übermittelt wurden (ebd.). Die Regierungskoalition sicherte den Klimarät*innen eine detaillierte Auseinandersetzung mit ihren Maßnahmenvorschlägen in Form einer schriftlichen Stellungnahme zu den Ergebnissen des Klimarats zu (Buzogány et al., 2022).

In ihrem Vorwort zum Abschlussbericht des Klimarats bekräftigen die Teilnehmer*innen ihre Bereitschaft, sich auch nach Ende des Klimaratsprozesses weiter für die Umsetzung ihrer Empfehlungen einzusetzen, und fordern die Politik zum Handeln auf:

„Wir Klimarätinnen und Klimaräte erwarten, dass unsere Vorschläge schnell in die entsprechenden politischen Gremien gebracht werden und dort diskutiert und zügig in Gesetze gegossen und umgesetzt werden. [...] Wir werden den Fortgang der Umsetzung aufmerksam beobachten und bereit sein, unsere Stimme zu erheben und uns einzumischen!“

(ARGE Klimarat, 2022, Vorwort der Bürgerinnen und Bürger, S. 8)

Zu diesem Zweck wurde im Juli 2022 der „Verein des österreichischen Klimarats der Bürger:innen“ gegründet, welcher sich seither auf verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Ebenen für die Umsetzung der Klimaratsempfehlungen einsetzt und dazu beitragen möchte, die Themen des

Klimarats in die breite Bevölkerung zu tragen¹⁵. Mehrere Vereinsmitglieder reisten beispielsweise im September 2022 nach Brüssel, um sich mit österreichischen EU-Abgeordneten und Mitarbeiter*innen verschiedener Organisationen auszutauschen (Verein des österreichischen Klimarats der Bürger:innen, 2022b). Weiters besuchten die ehemaligen Klimarät*innen Brüssels frankophones Parlament und erhielten Einblicke in die dort institutionalisierte Einbindung von Bürger*innen in den Gesetzwerdungsprozess (ebd.). Die unterschiedlichen Aktivitäten der Vereinsmitglieder umfassen außerdem Presseaussendungen und Stellungnahmen zu thematisch relevanten gesellschaftlichen Diskursen, Treffen mit Politiker*innen und anderen zentralen Stakeholdern, Bewusstseinsbildung sowie Medienarbeit¹⁶. Um auf die fehlende Umsetzung eines großen Teils der Klimaratsmaßnahmen aufmerksam zu machen, organisierte der Verein am Jahrestag der Übergabe der Empfehlungen im Juli 2023 eine Protestveranstaltung vor dem österreichischen Parlament in Wien (Verein des österreichischen Klimarats der Bürger:innen, 2023). Die qualitativen Interviews mit einzelnen Vereinsmitgliedern, die im Rahmen dieser Arbeit durchgeführt wurden, fanden etwa zwei Monate nach diesem Protest statt und geben Einblick in die Erfahrungen der ehemaligen Klimarät*innen während des Klimaratsprozesses sowie darüber hinaus. Das folgende Unterkapitel beschreibt die Ergebnisse dieser Interviews und illustriert die unterschiedlichen Auswirkungen des Prozesses auf die Teilnehmer*innen und ihr weiterführendes Engagement aus der Sicht der Klimarät*innen.

4.2 Emanzipatorische und demokratiepolitische Effekte

Wie in Kapitel 2.3.2 ausgeführt, können demokratiepolitische Effekte von partizipativ-deliberativen Prozessen in drei Dimensionen eingeordnet werden: (1) demokratische Fähigkeiten und Kompetenzen, (2) innere Haltungen und Einstellungen, sowie (3) Verhaltensweisen (vgl. Jacquet & van der Does, 2021, S. 4). In den folgenden Unterkapiteln werden die Empowerment-Effekte, die bei der qualitativen Inhaltsanalyse der Interviews identifiziert werden konnten, entlang dieser Dimensionen beschrieben. Um die Anonymität der interviewten Personen bestmöglich zu wahren und die Lesbarkeit zu erleichtern, wird im Text die geschlechtsneutrale Bezeichnung „eine/die interviewte Person“ (meist in der Kurzform: IP bzw. im Plural IPen) verwendet. Die in Klammern vermerkten Quellenangaben verweisen auf die Interview-Transkripte: Sie identifizieren das betreffende Interview über eine Ziffer (1-8) sowie das Datum der Durchführung und geben bei direkten Zitaten zusätzlich die entsprechende Position im Transkript an (z.B.: I5_20230824, Pos. 54).

4.2.1 Demokratische Fähigkeiten und Kompetenzen

Demokratische Fähigkeiten im Kontext von partizipativ-deliberativen Prozessen umfassen einerseits kommunikative Kompetenzen, die einen wertschätzenden Umgang miteinander ermöglichen, und andererseits die notwendigen Fähigkeiten, um eigene Sichtweisen erklären und die Perspektiven anderer verstehen zu können (vgl. Kapitel 2.3.2). Die interviewten Klimarät*innen berichten von vielfältigen Erfahrungen und Lerneffekten in Bezug auf beide Themenfelder, wodurch sich ein facettenreicher Gesamteindruck der erlernten Fähigkeiten und Kompetenzen ergibt.

¹⁵ vgl. Webseite des Klimaratsvereins: <https://klimarat-verein.at/werte-mission/>

¹⁶ vgl. <https://klimarat-verein.at/aktivitaeten/>

4.2.1.1 Respektvoller Umgang und Kommunikation auf Augenhöhe

Die angenehme Arbeitsatmosphäre ist meist einer der ersten Aspekte, den die IPen im Verlauf der Interviews thematisieren, und viele beschreiben die Gesprächskultur im Klimarat als wichtige, sehr positive Erfahrung und zentralen Bestandteil des Prozesses (I1_20230805, I2_20230810, I3_20230811, I4_20230822, I5_20230824, I6_20230901, I7_20230905). Der Umgang miteinander wurde von allen IPen als äußerst positiv empfunden und wird mit Begriffen wie „*harmonisch*“ (I2_20230810, Pos. 15), „*rücksichtsvoll*“ (I3_20230811, Pos. 28), „*respektvoll*“ (I1_20230805, Pos. 13; I7_20230905, Pos. 12), „*wertschätzend*“ (I3_20230811, Pos. 28) sowie „*freundschaftlich und vertrauensvoll*“ (I2_20230810, Pos. 70) beschrieben. Mehrere IPen (I1_20230805, I2_20230810, I3_20230811, I5_20230824, I8_20230905) erzählen, dass es für sie überraschend war, dass dieser respektvolle Umgang trotz großer Unterschiede zwischen den Teilnehmer*innen in Bezug auf sozio-demografische Merkmale und politische Einstellungen möglich war: „*[...] weil ich sehr, sehr, sehr überrascht war, dass das funktioniert, dass die Grundgesamtheit Österreichs, also ein Querschnitt davon, wir Bürgerinnen vom Klimarat, es schaffen, dass wir trotz extremer Unterschiede zu Lösungen kommen, und zwar in einer Art und Weise, die einfach sehr respektvoll war*“ (I1_20230805, Pos. 13). Dabei zeigen sich sowohl jüngere IPen beeindruckt von der wertschätzenden Kommunikation, als auch solche, die bereits viel Erfahrung mit Gruppenarbeitsprozessen gesammelt haben: „*Der ganze Klimarat, und speziell das zwischenmenschliche und kommunikative Feld, war für mich eine riesige Erfahrung, eine ganz, ganz positive und sehr lehrreiche auch, obwohl ich immer geglaubt hab, dass ich alles weiß und alles kann, was mit Kommunikation und Menschenführung und so weiter zu tun hat [...]*“ (I2_20230810, Pos. 88).

Als zentrale Bedingung für das respektvolle Miteinander wird häufig die Begegnung auf Augenhöhe genannt, unabhängig von Alter, Lebensumständen und beruflichem sowie Bildungshintergrund (I1_20230805, I3_20230811, I5_20230824, I7_20230905). Es war wichtig, „*dass wirklich jeder so akzeptiert worden ist wie er ist. Und dass man jetzt auch nicht für irgendwas verurteilt wurde, was man gesagt hat*“ (I5_20230824, Pos. 23). Aus dieser Akzeptanz entstehen Offenheit und Wertschätzung für die Sichtweisen der anderen Teilnehmer*innen, welche in den Erzählungen der IPen immer wieder sichtbar werden. Eine IP betont etwa die überraschend große „*Schwarm-Intelligenz*“ (I3_20230811, Pos. 54) und die vielfältige Expertise der Klimarät*innen, andere erzählen von wertvollen Einblicken in andere Lebensrealitäten und neuen Denkanstößen, die sie während des Prozesses motivierten und Hoffnung gaben, dass gemeinsam Lösungen für die Klimakrise gefunden werden können (I4_20230822, I5_20230824, I6_20230901). Um diesen offenen Austausch zu ermöglichen, ist für viele der IPen das bewusste Zuhören und Eingehen auf die Beiträge anderer von großer Bedeutung (I1_20230805, I2_20230810, I4_20230822, I7_20230905, I8_20230905), was für manche auch einen wichtigen Lerneffekt des Klimaratsprozesses darstellte, da ihnen diese kommunikativen Fähigkeiten eher schwerfallen (I2_20230810, I8_20230905). Dieser Aspekt des respektvollen Umgangs hat auch eine wichtige gesellschaftliche Bedeutung, wie eine IP sehr treffend formuliert:

„Und auch, dass man den anderen zuhört und ausreden lässt, weil das ist sonst was, wo wir als Gesellschaft, glaube ich, nicht so gut darin sind, weil jeder so darauf getrimmt ist, dass er seine Meinung kundtut, und das ist mal ein großer Lerneffekt, wenn man einmal- das einmal nicht tun

darf, wenn man einmal zuhören muss und die anderen ausreden lassen muss und auf das reagieren und nicht nur dann das sagen, was man eh ursprünglich schon sagen wollte.“
(I1_20230805, Pos. 28)

Durch das „Zuhören und sich Hineindenken in die Gedankenwelt des anderen“ (I8_20230905, Pos. 67) war es möglich, ein besseres Verständnis für andere Sichtweisen zu entwickeln: Mehrere IPen erzählen, dass sich ihr Verständnis für andere durch den Klimaratsprozess stark vertieft hat (I2_20230810, I3_20230811, I4_20230822, I6_20230901). Als Voraussetzung hierfür beschreibt eine IP *„die Bereitschaft, sich darauf einzulassen und halt relativ rasch zu akzeptieren, dass man nicht in der eigenen Blase ist“* (I3_20230811, Pos. 74). Das gegenseitige Kennenlernen und das Wissen um die Hintergründe der anderen Teilnehmer*innen nennen mehrere IPen als unterstützende Faktoren für einen verständnisvollen Umgang (I2_20230810, I3_20230811, I6_20230901). Auch das gemeinsame Erarbeiten der Empfehlungen bot diesbezüglich wichtige Lerneffekte (I1_20230805), indem immer wieder miteinander überlegt wurde: Wer wird von einer Maßnahme wie betroffen sein, was gibt es für mögliche Hindernisse oder Probleme, welche unterstützenden Maßnahmen braucht es?

4.2.1.2 Inhaltliche Zusammenarbeit: Kooperation und Konflikte

Der respektvolle Umgang und das gegenseitige Verständnis werden von allen IPen als zentrale Voraussetzungen für die inhaltliche Arbeit an den Klimaratsempfehlungen genannt. Daneben beschreiben die IPen aber auch andere Faktoren, die in Bezug auf die gemeinsame Suche nach Lösungen im Rahmen der Maßnahmenentwicklung relevant waren. Dazu zählt etwa die Bedeutung gemeinsamer Ziele – sowohl inhaltlicher als auch prozessbezogener Natur – für eine gelungene Zusammenarbeit (I3_20230811, I5_20230824). Die Thematik des Klimarats habe dabei *„alle auf eine Bahn gebracht“* (I5_20230824, Pos. 21), erzählt eine IP, während eine andere die Klimakrise als einen *„unbekannten Gegner von außen“* (I3_20230811, Pos. 36) charakterisiert, der aus ihrer Sicht dazu beigetragen habe, dass es innerhalb der Gruppe der Klimarät*innen verhältnismäßig wenig Konflikte gab. Ebenso hatten Kritik von Politik und Medien sowie die zum Teil konfrontativen Diskussionsrunden mit Politiker*innen und Interessensvertretungen zwar einerseits Frustration zu Folge, weckten aber gleichzeitig auch den Wunsch, den Klimaratsprozess positiv zu gestalten und *„den Leuten zu zeigen, dass so eine Gruppe in der Lage ist“* (I3_20230811, Pos. 22) gemeinsam sinnvolle klimapolitische Empfehlungen zu erarbeiten.

Als weiterer wichtiger Faktor wird die Kompromissbereitschaft der Teilnehmer*innen genannt. Mehrere IPen erzählen, dass viele Widerstände bereits durch das Darüber-Sprechen und gegenseitige Zuhören oder durch kleine Umformulierungen bzw. Ergänzungen der Maßnahmenvorschläge aufgelöst werden konnten (I4_20230822, I5_20230824, I6_20230901, I7_20230905, I8_20230905). Dennoch war es auch Teil dieser Kompromissbereitschaft, zu akzeptieren, wenn zu einem bestimmten Thema keine Einigung gefunden werden konnte (I3_20230811, I7_20230905).

Eine zentrale Rolle in der inhaltlichen Zusammenarbeit nimmt das Argumentieren der eigenen Sichtweisen ein, und die IPen demonstrieren diesbezüglich eine große Vielfalt an unterschiedlichen Herangehensweisen und Argumentationsstilen. Die Strategien der IPen bewegen sich in einem Spannungsfeld zwischen dem wissenschaftlichen Expert*innenwissen und dem eigenen

Erfahrungswissen, was zum Teil auch als innere Spannung erlebt wurde, wie eine IP beschreibt: „[E]s war für mich eher schwer, dass ich da so einen Mittelweg finde, wenn die ganzen Fakten da sind, dass ich jetzt nicht... meine Person quasi rausnehme [...]“ (I5_20230824, Pos. 99). Alle IPen schildern, dass eigene Erfahrungen in ihren Diskussionsbeiträgen eine Rolle spielten, schreiben diesen jedoch unterschiedlich starke Bedeutung zu: Während manche IPen ihren Argumentationsstil tendenziell eher mit Begriffen wie „fundierte“ (I4_20230822, Pos. 85), „faktenbasiert“ (I8_20230905, Pos. 57) oder „rational“ (I3_20230811, Pos. 58) beschreiben, war für andere (auch) das Erzählen persönlicher Geschichten und Eindrücke in den Diskussionen essenziell (z.B. I2_20230810, I4_20230822, I6_20230901). Viele abstrahierten dabei von sich selbst auf Personen in einer ähnlichen Situation und erzählen, dass sie mit dieser Argumentationsweise häufig auf Verständnis stießen und ihnen dies auch geholfen hat, andere Teilnehmer*innen zu verstehen (I1_20230805, I5_20230824, I6_20230901, I7_20230905).

Aus den Erzählungen der IPen zeigt sich, dass alle diese Argumentationsformen im Klimarat Platz fanden und auch wertgeschätzt wurden. Zum Teil berichten IPen auch davon, dass es für sie ein Lerneffekt war, zu bemerken, dass ihr eigener Argumentationsstil nicht immer zum größten (Überzeugungs-)Erfolg führt und andere Zugänge auch ihre Berechtigung haben (I6_20230901, I8_20230905).

In Bezug auf Konflikte betonen viele IPen vor allem ihre Überraschung, dass es deutlich weniger Auseinandersetzungen gab, als sie erwartet hatten, und diese sehr respektvoll abliefen (I2_20230810, I3_20230811, I5_20230824, I8_20230905). Dennoch beschreiben alle im Laufe des Interviews auch Herausforderungen und Konfliktsituationen, und insbesondere eine Person erzählt, dass in ihrer Wahrnehmung durchaus auch viel gestritten wurde und der Umgangston phasenweise recht rau war (I6_20230901). Konflikte entstanden beispielsweise, wenn einzelne Teilnehmer*innen in Bezug auf ein Thema extreme bzw. kontroverse Positionen vertraten oder nicht bereit waren, Kompromisse einzugehen (I1_20230805, I2_20230810, I4_20230822, I6_20230901, I7_20230905, I8_20230905). Als herausfordernd beschreiben einige IPen auch die Zusammenarbeit mit Personen, die sehr skeptisch in Bezug auf die Umsetzbarkeit von Maßnahmen und das Wirkungspotenzial des Klimarats waren, was zum Teil demotivierend wirkte und Diskussionen blockierte (I1_20230805, I2_20230810). Außerdem schildert eine IP, dass es zu Konflikten zwischen Teilnehmer*innen kam, die sich schon länger mit dem Thema Klimaschutz beschäftigen und teilweise viele frustrierende Erfahrungen machen mussten, und „den neuen Klimaschützern“ (I6_20230901, Pos. 36), die sich von diesen desillusionierenden Erzählungen nicht demotivieren lassen wollten.

4.2.1.3 Themenbezogenes und demokratiepolitisches Wissen

Viele der IPen verorten ihre größten Lerneffekte im Bereich der Kommunikation und des Verständnisses für andere (I1_20230805, I2_20230810, I3_20230811, I4_20230822). Für einige war aber auch der Wissensgewinn in Bezug auf Klimathemen und politische Prozesse von großer Bedeutung, und die Gelegenheit, sich Wissen über die Klimaratsthemen anzueignen, war für viele eine wichtige Motivation für die Teilnahme (I4_20230822, I5_20230824, I7_20230905, I8_20230905). Die meisten IPen hatten bereits vor dem Prozess Interesse an und Wissen über die Thematik (I1_20230805, I2_20230810, I3_20230811, I5_20230824, I7_20230905, I8_20230905),

allerdings beschreiben einige, dass ihnen die Tiefe und die unterschiedlichen Dimensionen des Themas sowie die komplexen Zusammenhänge und die Dringlichkeit der Klimakrise erst durch den Klimarat bewusst wurden:

„[...] aber die Tiefe und die Dimension und die Detailauflösung, die ist mir erst im Klimarat bewusst geworden und das hat schon was mit mir gemacht.“ (I2_20230810, Pos. 98)

„Ich habe gewusst, da ist etwas, aber dass das schon so arg ist, das habe ich nicht gewusst.“ (I4_20230822, Pos. 7)

Die meisten IPen beschreiben, dass sie die ersten wissenschaftlichen Vorträge als sehr schockierend und bedrohlich empfanden und diese bei vielen Teilnehmer*innen Ohnmachtsgefühle und auch Angst auslösten (I1_20230805, I2_20230810, I3_20230811, I4_20230822, I6_20230901, I7_20230905). Durch die Gemeinschaft der Klimarät*innen und die gemeinsame Arbeit an den Maßnahmen konnten diese allerdings Großteils aufgefangen und in Motivation umgewandelt werden (I4_20230822, I6_20230901, I7_20230905). Viele Teilnehmer*innen beschäftigten sich auch zwischen den Klimaratswochenenden mit der Materie, indem sie zu bestimmten Themen recherchierten, sich auf die Diskussionen vorbereiteten und zum Teil mit konkreten Fragen und Ideen zu den Wochenenden kamen (I1_20230805, I3_20230811, I6_20230901). Dabei lernten die Klimaratsmitglieder auch voneinander, wie eine IP (I6_20230901) erzählt, indem diejenigen, die bereits mehr Vorkenntnisse zu einem Thema hatten, ihr Wissen mit den anderen teilten.

Neben konkretem inhaltlichem Wissen betrifft einer der größten Lerneffekte die Komplexität der Klimakrise und die vielfältigen, oft unerwarteten Effekte, die mögliche Lösungsansätze nach sich ziehen können: *„Also dieses erkennen, wie beim Hampelmann, wenn du irgendwo anziehst, was sich alles mitbewegt. Und wie schwierig es ist, so die schnellen, einfachen Maßnahmen zu finden“ (I3_20230811, Pos. 40)*. Im Zuge der Maßnahmenentwicklung wurde für viele der IPen deutlich, dass es dabei unerlässlich ist, unterschiedliche Betroffenheiten zu bedenken (I1_20230805, I3_20230811, I5_20230824, I7_20230905). Gleichzeitig erwähnen einige (I3_20230811, I5_20230824), dass es ebenfalls wichtig war, sich nicht an „Spezialfällen“ (I3_20230811, Pos. 10) aufzuhängen und dadurch wichtige Maßnahmen auszuhebeln, wenn diese für einen Großteil der Bevölkerung sinnvoll und gut umsetzbar wären. Mehrere IPen (I1_20230805, I2_20230810) schildern, dass ihnen bewusst ist, dass manche der Empfehlungen große gesellschaftliche Veränderungen erfordern bzw. darstellen, was allerdings aus ihrer Sicht notwendig und akzeptabel ist, solange bestehende Ungleichheiten dadurch nicht verstärkt werden: *„Solange das nicht zu sozialer- mehr sozialer Ungerechtigkeit führt, finde ich aber, dass auch Sachen, die weh tun, sein müssen und sein dürfen“ (I1_20230805, Pos. 93)*.

Schließlich beschreiben viele der IPen auch Lerneffekte in Bezug auf die politische Dimension der Klimakrise und politische Prozesse (I2_20230810, I3_20230811, I5_20230824, I6_20230901, I7_20230905). Gerade im Rahmen der Stakeholder- und Politikdialoge verdeutlichte sich für die Klimarät*innen, dass manche Akteur*innen aktiv gegen bestimmte Klimapolitiken arbeiten, weil diese ihren Interessen entgegenstehen. Demgemäß wurde bei der Erarbeitung der Empfehlungen auch die Frage der Umsetzbarkeit thematisiert, und die Teilnehmer*innen brachten sich immer wieder gegenseitig *„zurück ein bisschen auf den Boden der Tatsachen“*, wie es eine der IP formuliert (I3_20230811, Pos. 52). Die daraus entstehende Erkenntnis, *„dass halt auch die Demokratieprozesse*

und demokratischen Prozesse und die politischen Prozesse einfach doch weit komplexer sind als man sich das als Otto-Normalverbraucher ab und zu mal vorstellt“ (I7_20230905, Pos. 66), wird von mehreren IPen als wichtige Erfahrung im Klimaratsprozess genannt (I6_20230901, I7_20230905).

4.2.2 Innere Haltungen und Einstellungen

Analog zu den in der Literatur beschriebenen Effekten (vgl. Kapitel 2.3.2) beziehen sich die von den IPen geschilderten Veränderungen ihrer inneren Haltungen auf drei Bereiche: die Einstellung zu deliberativer Partizipation und deren Rolle im politischen System, das politische Selbstvertrauen der Teilnehmer*innen und die Entstehung einer geteilten Gruppenidentität unter den Klimarät*innen sowie die Einstellung zum derzeitigen politischen System und seinen Vertreter*innen.

4.2.2.1 Einstellung zu deliberativer Partizipation

Die Einstellungen der IPen zu verschiedenen partizipativen und deliberativen Grundprinzipien werden an mehreren Stellen im Gesprächsverlauf sichtbar, etwa wenn sie von positiven Erfahrungen und auch Herausforderungen berichten und die aus ihrer Sicht zentralen Aspekte des Prozesses hervorheben. Neben dem bereits beschriebenen respektvollen Umgang betonen viele der IPen die Relevanz der gleichberechtigten Beteiligung aller Teilnehmer*innen am Prozess, unabhängig von Alter, Geschlecht und anderen soziodemografischen Merkmalen (I1_20230805, I2_20230810, I3_20230811, I5_20230824, I6_20230901, I7_20230905). So beschreiben etwa alle jungen IPen, dass sie als jüngere Personen im Klimarat genauso ernst genommen wurden wie Ältere und dies als sehr wertvolle und positive Erfahrung empfanden (I1_20230805, I5_20230824, I7_20230905). Eine IP formuliert explizit die Bedeutung dieser Gleichberechtigung für den konstruktiven Austausch: *„[W]enn man sich einfach gegenseitig gleichstellt, dann kann man viel besser miteinander kommunizieren, finde ich“ (I5_20230824, Pos. 77).* Eine andere unterstreicht als zentrales Merkmal des Prozesses, dass es eben nicht um ein bloßes Abfragen von Meinungen ging, sondern alle Klimarät*innen die Möglichkeit hatten, sich gleichberechtigt an einer aktiven Diskussion verschiedener Sichtweisen zu beteiligen: *„Wäre es eine demokratische Abstimmung gewesen mit 51 ja, 49 nein, dann hätte ich sagen können: Ja, wir waren so viele, die dagegen waren. Aber in der Form hat ein jeder wirklich die Möglichkeit gehabt, bis zum letzten Tag, also bis zur Verabschiedung der Maßnahmen, hier dagegen zu argumentieren“ (I3_20230811, Pos. 28).*

Der Anspruch auf gleichberechtigte Beteiligung brachte auch Herausforderungen mit sich: Viele der IPen berichten von großen Unterschieden in Art und Umfang der Beteiligung zwischen den Teilnehmer*innen (I1_20230805, I3_20230811, I4_20230822, I5_20230824, I6_20230901, I7_20230905). Eine IP hat diesbezüglich auch Geschlechterunterschiede beobachtet: *„Die Leisesten waren meistens Frauen und die Lautesten waren meistens Männer. Wie immer“ (I1_20230805, Pos. 89).* Eine andere schildert, dass gerade zu Beginn des Prozesses *„viele gemeint haben, wenn du Rechtsanwalt bist, oder Jurist bist, also studiert bist und so weiter, dass du etwas Besseres bist, unter Anführungszeichen“ (I6_20230901, Pos. 55).* Diese Sichtweise konnte allerdings ausgeräumt werden, als klar wurde, dass Akademiker*innen in Bezug auf die Klimathematik nicht zwingend einen Wissensvorsprung hatten (I6_20230901).

Mehrere IPen nennen insbesondere das unterschiedliche Vorwissen der Teilnehmer*innen als wichtigen Faktor für unausgeglichene Beteiligung, da jene Klimarät*innen, die in Bezug auf ein bestimmtes Thema bereits mehr Expertise hatten (z.B. durch ihren beruflichen Hintergrund) sich tendenziell mehr einbrachten (I1_20230805, I5_20230824, I6_20230901). Hier zeigt sich, dass viele der IPen ein differenziertes Verständnis von unterschiedlichen Wissensformen und deren Rolle im Rahmen des Klimaratsprozesses haben: Die meisten unterscheiden klar zwischen dem wissenschaftlichen Expert*innenwissen und dem Erfahrungswissen der Teilnehmer*innen (I1_20230805, I3_20230811, I4_20230822, I5_20230824, I6_20230901, I7_20230905) und schreiben diesen Wissensformen auch unterschiedliche Rollen bzw. Bedeutungen zu. Es sei wichtig gewesen, *„dass auch eh jeder in seiner Rolle als Otto-Normalverbraucher da ist und keiner als Spezialist“* (I7_20230905, Pos. 70), denn das Fachwissen sei ohnehin von den Wissenschaftler*innen bereitgestellt worden (I6_20230901). Mehrere IPen (I1_20230805, I6_20230901, I7_20230905) betonen, dass es aus ihrer Sicht auch nicht Aufgabe der Klimarät*innen gewesen sei, in Bezug auf Klimaschutzmaßnahmen *„das Rad neu [zu] erfinden“* (I1_20230805, Pos. 71), sondern anhand von bereits vorhandenem Fachwissen zu entscheiden, *„was von diesen Sachen wir mittragen und wir uns wünschen“* (ebd. bzw. ähnlich siehe auch I7_20230905, Pos. 50). Eine IP beschreibt auch themenbezogene Unterschiede in Bezug auf die Rolle verschiedener Wissensformen: Zu Themen wie Mobilität und Wohnen konnten die Bürger*innen anhand ihrer Erfahrungen und persönlichen Erlebnisse viel Inhaltliches beitragen, während in anderen Bereichen (bspw. Produktion) das Expert*innenwissen der Wissenschaftler*innen essenziell war (I1_20230805, Pos. 103).

Neben den zentralen Merkmalen des Prozesses thematisieren die IPen auch die unterschiedlichen Funktionen und Effekte, die aus ihrer Sicht mit partizipativ-deliberativen Prozessen wie dem Klimarat assoziiert sind. Dabei ist die Auswirkung der Empfehlungen auf die Politikgestaltung nur einer von mehreren genannten Effekten, und viele der IPen zeigen sich enttäuscht von der bisher geringen Responsivität des politischen Systems (I3_20230811, I5_20230824, I7_20230905, I8_20230905). Alle IPen sehen die Klimaratsempfehlungen als wertvolle Grundlage für eine potenzielle politische Umsetzung: Eine IP argumentiert etwa, dass die Maßnahmenvorschläge aus ihrer Sicht Legitimität gewinnen, dadurch, dass ihre Entwicklung von Expert*innen begleitet wurde, und dass der Politik durch den Klimaratsprozess somit bereits viel Arbeit abgenommen worden sei (I5_2023082). Eine andere ist der Ansicht, dass die Empfehlungen für Politiker*innen eine gute Gelegenheit böten, sich bei der Umsetzung von unbeliebten Maßnahmen auf die Klimarät*innen zu berufen und somit etwaige Popularitätsverluste abzufedern (I8_20230905).

Eine weitere wichtige Auswirkung des Klimarats ist für viele IPen der Beitrag zur Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit und das Erzeugen medialer Aufmerksamkeit für die Klimathematik (I1_20230805, I5_20230824, I7_20230905, I8_20230905). Manche (I5_20230824, I7_20230905) sehen diesen Aspekt auch als wichtigen Faktor für die politische Umsetzung von Klimamaßnahmen, da zunächst *„das breite Bewusstsein geschaffen werden muss, damit Akzeptanz da sein kann und damit auch Druck auf die Politik aufgebaut werden kann“* (I7_20230905, Pos. 100). Für eine IP konnte der Klimarat aufgrund der Beteiligung der Bürger*innen dazu beitragen, *„weil die [Anm.: die breite Öffentlichkeit] eben auch gesehen haben, okay, das sind ganz normale Menschen wie wir“* (I1_20230805, Pos. 14).

Schließlich sind für viele IPen auch die Auswirkungen auf die Teilnehmer*innen selbst von zentraler Bedeutung (I1_20230805, I2_20230810, I3_20230811, I4_20230822, I6_20230901, I8_20230905). Alle IPen berichten von Veränderungen in ihren Einstellungen und/oder ihrem Verhalten durch die Klimaratsteilnahme, und eine IP beschreibt dies auch insgesamt für die Gruppe der Klimarät*innen: *„[I]ch glaube, es gibt praktisch niemanden, der dort rausgegangen ist aus dem Klimarat und dasselbe Verhalten an den Tag legen würde, als wie er reingegangen ist“* (I3_20230811, Pos. 60). Mehrere IPen haben die positive Erfahrung gemacht, dass sie in ihrem eigenen Umfeld Veränderungen bewirken können, wenn sie sich selbst verändern (I1_20230805, I2_20230810, I6_20230901). Zu den wichtigsten Erkenntnissen des Prozesses zählt für einige außerdem, *„dass, wenn das Setting stimmt, das Umfeld stimmt, sich Bürger, die so niemals miteinander in Kontakt kommen, so verknüpfen können, und so kooperieren können, dass dann am Ende was herauskommt, wo alle dahinterstehen. Und das ist, finde ich, was, von dem man nicht glaubt, dass es überhaupt geht“* (I1_20230805, Pos. 119; ähnlich auch I2_20230810, I7_20230905). Insgesamt führen alle IPen, die derzeit aktiv im Klimaratsverein tätig sind, ihr Engagement auf die Teilnahme am Klimarat zurück:

„Es tut sich was. Und wäre ich nicht in diese Bubble reingerutscht, würde sich nichts tun.“
(I6_20230901, Pos. 81)

*„Also, wenn es den Klimarat nicht gegeben hätte, würde ich mich jetzt nicht engagieren. Nein, das nicht. Also, ich sage: Bürger*innen-Beteiligung bitte machen!“* (I4_20230822, Pos. 165)

Diese positiven Erfahrungen tragen dazu bei, dass sich viele der IPen in Zukunft mehr Beteiligungsprozesse wie den Klimarat in Österreich wünschen (I1_20230805, I3_20230811, I4_20230822, I6_20230901, I7_20230905). Einige können sich sogar eine Übertragung von Entscheidungskompetenzen (I6_20230901) bzw. eine Institutionalisierung von Bürger*innenräten (I3_20230811, I6_20230901) vorstellen. Allerdings müssen diese Beteiligungsformate auch gut umgesetzt werden, wie eine IP betont, und für die Nachbearbeitung sollten ebenfalls Ressourcen zur Verfügung stehen, um zu verhindern, dass das Momentum eines aufwändigen Beteiligungsprozesses allzu rasch wieder verpufft (I6_20230901).

4.2.2.2 Politisches Selbstvertrauen und kollektive Identität

Die Möglichkeit, im Rahmen des Klimaratsprozesses zur Entwicklung von Klimapolitiken beitragen und mitbestimmen zu können, wird von vielen der IPen als sehr positive und motivierende Erfahrung beschrieben (I1_20230805, I5_20230824, I6_20230901, I7_20230905, I8_20230905). Mehrere IPen erzählen, dass ihnen die Klimaratsteilnahme ein Gefühl von Wichtigkeit und Bedeutung vermitteln konnte (I1_20230805, I5_20230824, I6_20230901), wie eine IP anschaulich beschreibt: *„[M]an hat sich irgendwie sehr wichtig gefühlt und das Gefühl gehabt, man hat endlich eine Stimme, die auch mehr wert ist, wie wenn man einfach nur wählen geht“* (I1_20230805, Pos. 18). Dabei waren für die IPen unterschiedliche Aspekte des Prozesses besonders motivierend bzw. haben Selbstvertrauen gegeben: Eine IP erzählt etwa, wie wichtig es für sie war, dass einzelne Personen aus dem Team im Prozessverlauf aktiv auf sie zukamen und ihr Mut zusprachen, sich zu engagieren (I4_20230822). Eine andere schildert, dass die Medien- und Öffentlichkeitsarbeit für sie eine große Motivation darstellte und ihr die Einladungen zu Veranstaltungen und das Interesse anderer Personen an ihren Erfahrungen im Klimarat ein Gefühl von Wichtigkeit vermittelten (I6_20230901). Für eine weitere IP

ist insbesondere das zusätzliche Wissen, dass sie sich während des Klimarats aneignen konnte, eine Quelle von Selbstbewusstsein (I8_20230905).

Das Selbstvertrauen der Klimarät*innen zeigt sich etwa darin, wie einige IPen die Rolle der Bürger*innen im Klimaratsprozess klar von jener der Wissenschaftler*innen abgrenzen (I3_20230811, I6_20230901): „[S]ie [Anm.: die Wissenschaftler*innen] haben sich da nicht zu viel eingemischt, weil es ja unsere Geschichte war, und das war gut“ (I6_20230901, Pos. 75). Weiters sehen mehrere IPen die konkrete interessenspolitische und rechtliche Umsetzung der Empfehlungen nicht in der Verantwortung der Klimarät*innen und grenzen sich damit auch von den politischen Entscheidungstragenden ab (I1_20230805, I3_20230811, I6_20230901). Dieses Selbstvertrauen gegenüber politischen Vertreter*innen zeigt sich auch in den Erzählungen vieler IPen über die Politik- und Stakeholder-Dialoge (I2_20230810, I3_20230811, I6_20230901, I7_20230905), bei denen den Politiker*innen „zum Teil natürlich Schiss gehabt“ hätten (I2_20230810, Pos. 60) im Angesicht der gut informierten und selbstbewussten Klimarät*innen. Auch nach Ende des Klimarats sei ein gewisses „Mandat“ gegeben, wie es eine IP formuliert, „wo es zumindest manchmal gelingt, dass ich was sagen kann und mir jemand zuhört“ (I3_20230811, Pos. 88). Mehrere IPen betonen, dass sie durch die Klimaratsteilnahme heute die Möglichkeit haben, Politiker*innen zu treffen oder an Veranstaltungen teilzunehmen, zu denen sie ansonsten nicht eingeladen würden (I3_20230811, I4_20230822, I6_20230901, I7_20230905). Auch die Gründung des Klimaratsvereins spiegelt das gewonnene Selbstvertrauen und die Überzeugung zumindest eines Teils der Teilnehmer*innen wider, etwas bewirken zu können: „Wir haben ja einen Verein gegründet, nachdem der Klimarat aus war, weil wir alle gesagt haben, boah, jetzt haben wir das ganze Wissen und wir kennen uns und was ist jetzt, was tun wir, wir müssen irgendwie weitermachen, das geht nicht anders“ (I1_20230805, Pos. 117).

Von großer Bedeutung für das selbstbewusste Auftreten der Bürger*innen, die Motivation im Prozessverlauf und den Umgang mit Frustration und Ohnmachtsgefühlen war die gegenseitige Unterstützung in der Gruppe der Klimarät*innen. Durch die intensive Zusammenarbeit entstand rasch Vertrauen zwischen den Teilnehmer*innen (I1_20230805, I2_20230810), und „man hat schon ab dem dritten gemerkt, teilweise schon ab dem zweiten Termin, dass alle an einem Strang ziehen“ (I2_20230810, Pos. 48). Viele IPen berichten, dass rasch auch kleinere Gruppen und Freundschaften entstanden (I1_20230805, I2_20230810, I3_20230811, I6_20230901, I7_20230905) und die Klimarät*innen „wie so eine Klassengemeinschaft“ (I6_20230901, Pos. 21) wurden. Wie in einer Schulklasse gab es verschiedene Typen von Personen (I4_20230822, I6_20230901), und auch wenn man sich nicht mit allen persönlich gut verstand (I4_20230822, I5_20230824), gab es relativ wenig Konflikte (I3_20230811, I5_20230824), da sich alle um einen respektvollen Umgang bemühten (I5_20230824).

Mehrere IPen beschreiben die Klimarats-Gruppe als eine Art sicheren Raum, in dem die Motivation des Klimaratsprozesses geschützt und gewahrt werden konnte (I1_20230805, I5_20230824, I7_20230905). „Klimaangst“ (I1_20230805, Pos. 20) und Ohnmachtsgefühle konnten durch die Gemeinschaft aufgefangen werden (I1_20230805, I7_20230905) und auch gemeinsame negative Erfahrungen schweißten die Gruppe zusammen (I1_20230805, I3_20230811). Bei Gefühlen von Überforderung und Zweifel angesichts der Komplexität des Themas wurde der Dialog mit den

anderen Teilnehmer*innen, die ähnliche Erfahrungen machten, als wertvolle Unterstützung empfunden (I6_20230901, I7_20230905).

4.2.2.3 Einstellungen zu politischen Vertreter*innen, gesellschaftlichen Institutionen und dem politischen System

Mehrere IPen erzählen, dass sie bereits zu Beginn des Klimaratsprozesses geringe Erwartungen bezüglich der politischen Umsetzung der Empfehlungen hatten (I1_20230805, I5_20230824, I7_20230905, I8_20230905). Als Gründe für ihre Skepsis nennen die IPen etwa die fehlende politische Verpflichtung zur Umsetzung der Klimaratsempfehlungen (I1_20230805, I3_20230811), die oft geringe Wirksamkeit von Bürger*innenbeteiligungsverfahren in der Vergangenheit (I5_20230824, I8_20230905) und die generelle politische Situation in Österreich (I7_20230905, I8_20230905). Eine andere IP war dagegen durchaus mit der Erwartung in den Prozess gegangen, *„dass das auf breiterer Basis ernst genommen wird“* (I3_20230811, Pos. 7), musste allerdings rasch feststellen, dass einige der wesentlichen Sozialpartner kein großes Interesse an der Umsetzung von Klimamaßnahmen zeigten. Dementsprechend berichten alle IPen von Gefühlen der Frustration und des Stillstands, als die Klimarät*innen am vierten Wochenende mit Vertreter*innen von politischen Parteien und Interessensgruppen zusammentrafen. Dabei sorgte die fehlende oder als überholt empfundene Expertise mancher Politiker*innen und Stakeholder ebenso für Unmut (I2_20230810, I3_20230811, I7_20230905, I8_20230905) wie das häufig mangelnde Interesse an einem ehrlichen Austausch auf Augenhöhe (I3_20230811, I5_20230824): *„[D]ie kommen nicht auf den Punkt und machen nicht so die klare Aussage, die reden so schwammig herum und reden dann so lange, bis man sich selber nicht mehr so ganz auskennt“* (I5_20230824, Pos. 15). Zwar erwähnen einige IPen auch positive Erfahrungen im Rahmen der Stakeholder- und Politik-Dialoge (I1_20230805, I2_20230810, I4_20230822, I7_20230905), doch die meisten beschreiben den Großteil der Gespräche als frustrierend und fühlten sich in ihrer Motivation und ihrem Tatendrang eingeschränkt (I1_20230805, I2_20230810, I3_20230811, I5_20230824, I7_20230905, I8_20230905): *„[W]enn so 100 motivierte Leute auf die Interessenvertretungen und die Politiker und Politikerinnen treffen und dann einmal erfahren: Ok, die bremsen uns eigentlich, und wir verstehen nicht ganz, wieso“* (I7_20230905, Pos. 36).

Es ist somit nicht verwunderlich, dass in den Erzählungen der meisten IPen eine Desillusionierung in Bezug auf die Politik und den politischen Umgang mit der Klimakrise dominiert (I2_20230810, I3_20230811, I5_20230824, I6_20230901, I7_20230905, I8_20230905). Diese war bei manchen auch schon vor dem Klimarat vorhanden (z.B. I8_20230905), wurde aber durch die Teilnahme Großteils verstärkt bzw. entstand bei einer IP erst im Zuge des Prozesses, da sie sich zum ersten Mal mit der Klimakrise beschäftigte (I6_20230901). Diese IP berichtet von einer phasenweise sehr großen Wut darüber, *„dass es das alles gibt, dass alles serviert ist, und es passiert nichts“* (I6_20230901, Pos. 59), und von einem Gefühl der Verlassenheit, da sie sich bisher in Österreich immer gut aufgehoben und von der Politik geschützt gefühlt hatte:

„[I]ch habe mir gedacht, man gibt- die passen schon auf uns auf, die Politiker passen auf uns auf, nicht. Das Gefühl habe ich immer gehabt. [...] Aber wenn man dann hineinschaut und denkt, was

tun denn die da eigentlich? Und da fühle ich mich jetzt nicht mehr gut aufgehoben. Und da war dann schon einmal so ein bisschen eine Wut und eine Trauer, eher Wut...“ (I6_20230901, Pos. 59)

Auch einige andere IPen erzählen, dass sie sich eigentlich Leadership und Verantwortungsübernahme von der Politik in Bezug auf notwendige (auch unangenehme) Klimaschutzmaßnahmen und Veränderungen erwarten und wünschen würden, dies aber aktuell bei den politischen Vertreter*innen nicht wahrnehmen (I3_20230811, I8_20230905). Eine IP äußert explizit Kritik am politischen System, das aus ihrer Sicht die Umsetzung notwendiger Maßnahmen erschwere, da Politiker*innen häufig keine Expert*innen auf ihrem jeweiligen Arbeitsgebiet seien und zudem die Bevölkerung bei Laune halten müssten, um wiedergewählt zu werden (I5_20230824, Pos. 17). Zum Teil zeigten die IPen aber auch Verständnis für das Verhalten der Politiker*innen (z.B. I2_20230810, I7_20230905), und eine Person berichtet von vielen positiven Erfahrungen und produktiven Gesprächen, die sie im Rahmen ihrer Vereinstätigkeit mit Politiker*innen auf lokaler und regionaler Ebene erleben konnte (I4_20230822).

4.2.3 Verhaltensweisen

Die IPen beschreiben aufgrund der Teilnahme am Klimaratsprozess zum einen Veränderungen in ihrem Alltags- und Konsumverhalten, die sich häufig auch auf ihr persönliches Umfeld auswirken. Zum anderen sprechen sie über unterschiedliche Formen des Engagements im Rahmen des Klimaratsvereins und darüber, was sie motiviert, sich weiterhin für die Klimaratsthemen einzusetzen.

4.2.3.1 Veränderungen im Alltags- und Konsumverhalten

Die Teilnahme am Klimarat hat bei einem Großteil der IPen zu Veränderungen im alltäglichen Verhalten und insbesondere im Konsum geführt (I1_20230805, I2_20230810, I3_20230811, I6_20230901, I8_20230905), und mehrere IPen haben ähnliche Effekte auch bei vielen anderen Klimarät*innen beobachtet (I2_20230810, I3_20230811, I6_20230901). Dazu zählen etwa reduzierter Fleischkonsum (I2_20230810, I3_20230811), häufigere Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel anstelle des Autos (I2_20230810, I3_20230811, I6_20230901, I8_20230905), Verzicht auf Flugreisen (I6_20230901, I8_20230905) und auf den Kauf von ‚Fast Fashion‘ (I1_20230805). Einige IPen erzählen, dass sie dadurch auch andere in ihrem persönlichen Umfeld zu Verhaltensänderungen inspirieren konnten (I1_20230805, I2_20230810, I6_20230901). Während manche dieser Veränderungen, beispielsweise die vermehrte Nutzung der Bahn anstelle des Autos, den IPen sichtlich Freude bereiten (I2_20230810, I3_20230811, I6_20230901), berichten einige auch, dass ihnen andere Veränderungen trotz allem schwerfallen (I2_20230810, I6_20230901, I8_20230905) und es ihnen nicht immer gelingt, ihren eigenen Ansprüchen an klimafreundliches Verhalten im Alltag gerecht zu werden (I2_20230810, I8_20230905). Eine IP thematisiert auch, dass man im Zuge persönlicher Verhaltensänderungen früher oder später auf Grenzen stößt, die durch das Leben in einem klimaschädlichen System bedingt sind und auf individueller Ebene nicht überwunden werden können (I8_20230905). Diese systemischen Grenzen individueller Verhaltensänderungen kamen im Klimarat ebenfalls zur Sprache: „[D]as haben sie uns eh auch gesagt, und das ist auch so in Österreich, du kannst nicht klimaneutral leben“ (I8_20230905, Pos. 63).

4.2.3.2 Engagement im Klimaratsverein

Mit einer Ausnahme engagieren sich alle IPen zum Zeitpunkt der Interviews aktiv im Klimaratsverein. Wie die IPen berichten, waren an der Vereinsgründung etwa die Hälfte der ehemaligen Klimarät*innen beteiligt, und nach eineinhalb Jahren gibt es einen Kern von etwa 15-20 Personen, die regelmäßig aktiv im Verein tätig sind (I1_20230805, I2_20230810). Die IPen erwähnen verschiedene Gründe für ihre Entscheidung, sich auch nach Ende des Klimarats weiter für die Klimaratsthemen zu engagieren. Mehrere empfinden es als Ehre bzw. Privileg, für die Klimaratsteilnahme ausgewählt worden zu sein, und sehen darin eine gewisse Verpflichtung für sich, die daraus entstehenden Chancen und Gelegenheiten zu nutzen und einen Beitrag zu den nötigen gesellschaftlichen Veränderungen zu leisten (I1_20230805, I3_20230811, I7_20230905, I8_20230905). Für eine IP ist das weiterführende Engagement insbesondere deshalb wichtig, weil aus ihrer Sicht in der Politik das Verständnis für die Dringlichkeit der Klimakrise fehlt (I3_20230811, Pos. 86) – eine Sichtweise, die auch viele der anderen IPen teilen (vgl. Abschnitt 4.2.2). Eine andere IP, die sich zwar schon lange für Politik und Umweltschutzthemen interessiert, vor dem Klimarat aber „*nie so aktiv*“ war (I8_20230905, Pos. 5), beschreibt ihr aktives Engagement als eine der größten persönlichen Effekte der Klimaratsteilnahme, da sie dadurch zu der Überzeugung gelangt ist, „*dass das zu wenig ist, wenn man nur im Bekanntenkreis darüber redet*“ (I8_20230905, Pos. 75). Eine der jüngeren IPen war zwar in der ersten Zeit regelmäßig im Verein aktiv, beschreibt aber, dass sie inzwischen nicht mehr die Zeit dafür findet, da andere Lebensbereiche für sie derzeit vorgehen und sie zuerst „*ihren Weg festigen*“ möchte (I5_20230824, Pos. 166). Analog dazu erwähnen manche der IPen, dass insgesamt deutlich mehr ältere als junge Personen im Verein aktiv sind (I2_20230810, I8_20230905).

Viele IPen gestalten ihr Engagement nach Ende des Klimarats bewusst so, wie es ihnen am meisten Freude macht bzw. am meisten liegt, was für die verschiedenen IPen sehr unterschiedlich aussehen kann: Eine beschreibt etwa, dass sie besonders gerne an Diskussionen und anderen kommunikativen Veranstaltungen teilnimmt (I2_20230810), für eine andere ist die Vernetzung mit unterschiedlichen Akteur*innen sowie das Knüpfen von Kontakten besonders motivierend (I4_20230822). Eine IP hat viel Freude an der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit (I6_20230901), während eine weitere vor allem ihr großes Wissen über die Klimakrise als wichtige Ressource beschreibt und dieses daher bei ihrem Engagement in den Vordergrund stellt (I8_20230905).

4.2.3.3 Aktivitäten im Rahmen der Vereinstätigkeit

Der Großteil der IPen nimmt im Rahmen der Vereinstätigkeit an unterschiedlichen Veranstaltungen teil, wo die ehemaligen Klimarät*innen beispielsweise Vorträge halten oder sich an Diskussionsformaten beteiligen (I1_20230805, I2_20230810, I3_20230811, I6_20230901, I7_20230905, I8_20230905) – sowohl auf Einladung der Veranstalter*innen (I3_20230811, I8_20230905) als auch auf eigene Initiative (I1_20230805, I7_20230905). Dazu zählen auf Klima- und Umweltschutz ausgerichtete Veranstaltungen (I1_20230805, I7_20230905, I8_20230905), aber auch Vorträge bei politischen oder wirtschaftlichen Zusammenkünften (I3_20230811, I6_20230901, I8_20230905) und an Schulen (I1_20230805, I7_20230905). Durch die Teilnahme am Klimarat bieten sich den IPen in diesem Bereich neue Chancen und Gelegenheiten, etwa auch zur eigenständigen

Organisation von Veranstaltungen und Vorträgen, wie eine IP schildert: „[W]enn du sagst, du warst beim Klimarat, und du erwischst die richtigen Leute, dann haben die Interesse und dann kannst du sagen 'He, ich biete mich für Vorträge an, wenn ihr wollt, dann komme ich'“ (I7_20230905, Pos. 62).

Ebenso berichten viele der IPen, dass sie auch nach Ende des Klimarats weiterhin Medienarbeit machen und beispielsweise Anfragen für Interviews oder Podcast- Beiträge wahrnehmen (I1_20230805, I4_20230822, I6_20230901, I7_20230905, I8_20230905). Alle IPen betonen die Relevanz von Öffentlichkeitsarbeit für die Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung, und insbesondere eine Person schildert auch die motivierende Wirkung von Medienberichten auf die Mitglieder des Klimaratsvereins selbst: „[A]lso wenn dann wieder einmal, wenn Puls4 oder irgendwer irgendwas bringt von ihnen, dann merkt man in der Arbeit im Verein, dass sie wieder aktiver werden“ (I6_20230901, Pos. 49).

Viele nehmen auch als Vereinsmitglieder immer wieder Treffen mit politischen Vertreter*innen war, insbesondere auf regionaler und lokaler Ebenen (I1_20230805, I2_20230810, I3_20230811, I4_20230822, I7_20230905). Die Erfahrungsberichte der IPen variieren in diesem Bereich besonders stark: Manche erzählen von sehr positiven und motivierenden Gesprächen (I4_20230822), während andere Treffen von Frustration, gegenseitigem Unverständnis oder Desinteresse geprägt sind (I2_20230810, I3_20230811).

Schließlich ist für einige auch die Vernetzung mit anderen Akteur*innen und Organisationen, die im Klimabereich aktiv sind, ein wichtiger Teil ihrer Vereinstätigkeit (I1_20230805, I4_20230822). Insbesondere eine IP erzählt, dass sie bei ihrer Arbeit im Verein auf diese Vernetzung einen großen Schwerpunkt legt und zum Teil auch als Vermittlerin zwischen anderen Personen oder Organisationen tätig wird (I4_20230822).

4.3 Effekte der unterschiedlichen Prozesselemente

In den Erzählungen der IPen zeigt sich, dass die demokratiepolitischen Effekte des Klimarats in der Regel im Zusammenspiel mehrerer unterschiedlicher Prozesselemente entstanden und einzelne Elemente verschiedene, zum Teil konträre Auswirkungen hatten. Das Unterkapitel fasst die Effekte der wichtigsten Prozesselemente (vgl. Kapitel 4.1.2) zusammen und beschreibt ihr Zusammenwirken.

4.3.1 Organisation und Rahmenbedingungen

Alle IPen zeigen sich sehr zufrieden mit der organisatorischen Dimension des Klimarats und beschreiben die professionelle Organisation als wichtige Voraussetzung für ihre positiven Erfahrungen im Prozessverlauf. Viele empfanden es als angenehm, dass die Teilnehmer*innen richtiggehend an die Hand genommen und durch den Prozess geführt wurden (I4_20230822, I5_20230824, I6_20230901, I7_20230905), wenngleich manche der IPen zeitweise auch mit etwas weniger Anleitung zufrieden gewesen wären (I6_20230901, I7_20230905). Gleichzeitig beschreiben mehrere die ansteckende Motivation und den großen Einsatz der Organisator*innen als wichtigen motivierenden Faktor für die Teilnehmer*innen (I5_20230824, I7_20230905). Eine IP betont besonders, dass die Professionalität des Gesamtprozesses und die gute Organisation maßgeblich dazu beitragen, dass sie sich im Klimarat ernst genommen und wohl fühlte: „Also das hat mir einen

Wohlfühl-Charakter gegeben, dass ich weiß, ich verschwende meine Zeit hier jetzt nicht mit völlig sinnlosen Sachen“ (I6_20230901, Pos. 27).

Auch die Veranstaltungsorte werden von mehreren IPen als positiver Faktor beschrieben, da sich die Räumlichkeiten für den Prozess Großteils sehr gut eigneten (I2_20230810, I6_20230901, I7_20230905, I8_20230905) und das Organisationsteam bei Problemen rasch zur Stelle war, um Anpassungen umzusetzen (I2_20230810, I4_20230822, I6_20230901). Weiters trugen für eine der IPen die angenehme Unterbringung in guten Hotels und die Verpflegung viel dazu bei, dass sie sich bei den Klimaratswochenenden wohlfühlte (I2_20230810). Eine andere schildert im Gegensatz dazu, dass sie diese Aspekte des Prozesses als übertrieben empfand und es aus ihrer Sicht auch „*mit weniger Aufwand gegangen*“ wäre (I8_20230905, Pos. 13).

4.3.2 Wissensvermittlung

Die wissenschaftlichen Vorträge zu Beginn des Prozesses werden von den IPen als sehr emotional und aufwühlend beschrieben, da sie bei vielen Teilnehmer*innen Gefühle von tiefer Betroffenheit und auch Angst auslösten (I1_20230805, I3_20230811, I4_20230822, I7_20230905). Gleichzeitig empfanden es manche IPen auch als motivierend, durch die Vorträge ein Bewusstsein für die Dringlichkeit der Klimakrise zu entwickeln und erste Informationen über mögliche Lösungsansätze zu erhalten (I1_20230805, I6_20230901). Die große Dichte an Informationen war allerdings trotz guter Gestaltung der Vorträge für viele überfordernd (I1_20230805, I2_20230810, I3_20230811, I4_20230822), weshalb das Format nicht unbedingt geeignet war, um etwa Fragen der Teilnehmer*innen zu beantworten (I4_20230822) oder eine tiefgehende Auseinandersetzung mit einzelnen Themen zu ermöglichen.

Gelegenheit hierfür bot sich beispielsweise bei den Wissenschaftsdialogen, da man dort in kleinerer Runde die Möglichkeit hatte, Fragen zu stellen und sich persönlich mit den Wissenschaftler*innen auszutauschen, wie eine IP schildert (I6_20230901). Darüber hinaus waren die Expert*innen auch während der Phase der Maßnahmenentwicklung in den Arbeitsgruppen weiterhin präsent, wodurch sich immer wieder Gelegenheiten für einen persönlichen Austausch boten (I4_20230822, I5_20230824, I6_20230901, I7_20230905, I8_20230905). Gerade in diesen informellen Settings und bei persönlichen Gesprächen zwischendurch konnten die Teilnehmer*innen auch konkrete Fragen bzw. Themen einbringen, die sie besonders interessierten, und dazu mehr Informationen erhalten (I2_20230810, I6_20230901, I7_20230905, I8_20230905). Eine IP schildert, dass den Klimarät*innen durch diesen persönlichen Austausch mit den Wissenschaftler*innen auch viele Sorgen genommen werden konnten und sie dadurch Zuversicht schöpften (I1_20230805). Der Umgang zwischen den Expert*innen und den Teilnehmer*innen wird von allen IPen als sehr kollegial beschrieben, was mehrere als wichtige Voraussetzung dafür nennen, dass die Bürger*innen sich mit ihren Fragen und Meinungen wertgeschätzt und gleichberechtigt fühlten (I3_20230811, I6_20230901).

Bei der Entwicklung der Empfehlungen in den Arbeitsgruppen brachten sich die Wissenschaftler*innen auf Wunsch der Klimarät*innen auch aktiv ein, etwa indem sie ihre Einschätzungen zu den erarbeiteten Maßnahmen boten oder zusätzliche Informationen lieferten (I1_20230805, I3_20230811, I4_20230822, I5_20230824, I6_20230901). Dennoch hatten sie eine klar beratende Rolle und achteten auch bewusst darauf, die Teilnehmer*innen nicht in eine bestimmte

Richtung zu drängen oder ihre Entscheidungsmacht infrage zu stellen (I3_20230811, I5_20230824, I6_20230901). Wichtig war die Unterstützung der Expert*innen etwa beim Abschätzen von möglichen unbeabsichtigten Folgewirkungen der erarbeiteten Maßnahmen, da dies für die Bürger*innen allein nicht immer leicht war (I3_20230811, I5_20230824). Ebenso empfanden mehrere IPen die fachlichen Einschätzungen zur Wirksamkeit der Maßnahmenvorschläge als sehr hilfreich (I4_20230822, I5_20230824), und die Wissenschaftler*innen boten auch neue Denkanstöße, wenn die Teilnehmer*innen an einem bestimmten Punkt nicht weiterkamen (I7_20230905). Eine IP schildert außerdem, dass durch die Unterstützung der Wissenschaftler*innen Fehlinformationen und daraus resultierende Missverständnisse aufgeklärt werden konnten, wodurch viele Meinungsverschiedenheiten und Konflikte in den Diskussionen der Teilnehmer*innen aufgelöst werden konnten (I1_20230805).

Durch diese intensive und wertschätzende Zusammenarbeit auf Augenhöhe sind auch über das Ende des Klimaratsprozesses hinaus zahlreiche Kontakte und Netzwerke zwischen Wissenschaftler*innen und Teilnehmenden entstanden. Mehrere IPen berichten, dass sie nach wie vor Kontakt zu Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirats haben und mit diesen auch immer wieder im Rahmen von Vereinstätigkeiten zusammenarbeiten, etwa beim Besuch von Veranstaltungen oder bei Gesprächen mit Entscheidungstragenden (I1_20230805, I4_20230822, I8_20230905).

4.3.3 Gesprächskultur, Moderation und Gruppenbildung

Wie bereits in Abschnitt 4.2 ausgeführt, betonen alle IPen die große Bedeutung des respektvollen Umgangs und angenehmen Arbeitsklimas im Klimaratsprozess. Das positive Miteinander wirkte motivierend auf viele Teilnehmer*innen (I3_20230811) und trug maßgeblich dazu bei, dass sich die IPen bei den Klimaratswochenenden wohlfühlten (I2_20230810, I3_20230811) und sich auf die Treffen freuten (I7_20230905). Mehrere IPen beschreiben auch den wichtigen Beitrag der gemeinsam formulierten Umgangsregeln, auf die bei Konflikten oder Unstimmigkeiten während des Prozesses immer wieder zurückgegriffen werden konnte (I1_20230805, I2_20230810, I5_20230824).

Als entscheidenden Faktor für die angenehme Arbeitsatmosphäre nennen alle IPen die professionelle Moderation, die im Klimaratsprozess mehrere zentrale Aufgaben übernahm. Die Moderator*innen leiteten den Prozess an, führten die Teilnehmer*innen durch den Tag und übten somit eine wichtige strukturierende Funktion aus (I7_20230905). Sie zeigten Verständnis für Gefühle von Überforderung oder Erschöpfung und ermutigten die Klimarät*innen, dennoch weiterzumachen und auf den Prozess zu vertrauen: „*Und das Moderationsteam war ja da wirklich auch sehr gut, dass sie uns da entsprechend immer gelobt haben und ermutigt haben und es einfach auch wirklich immer positives Feedback gegeben hat*“ (I7_20230905, Pos. 44). Die Moderation sorgte dafür, dass auch Skepsis und Zweifel am Gelingen des Prozesses Raum bekamen, schaffte es dabei jedoch immer wieder, die Teilnehmer*innen zu einer positiven und motivierenden Grundstimmung zurückzuführen (I1_20230805).

In den Gruppendiskussionen ermöglichten die Moderator*innen die gleichberechtigte Beteiligung aller Personen, indem sie laute Teilnehmer*innen bremsten und zurückhaltendere Personen explizit aktivierten und einbezogen (I1_20230805, I2_20230810, I3_20230811, I4_20230822, I5_20230824, I6_20230901). Sie sprachen auch einzelne Teilnehmer*innen persönlich an und motivierten sie, sich

auf verschiedene Arten am Prozess zu beteiligen (I4_20230822). Eine IP schildert, dass es für sie eine wertvolle Erfahrung war, von den Teammitgliedern nicht nur in ihrer Rolle als Klimarätin, sondern auch auf persönlicher Ebene wahrgenommen zu werden: „[A]lso nicht nur, dass du dort jetzt Teilnehmerin bist, sondern du bist dort auch ein Mensch gewesen“ (I4_20230822, Pos. 23).

Die Moderation spielte auch bei der inhaltlichen Arbeit an den Empfehlungen eine wichtige Rolle. Sie half, die Beiträge der Teilnehmer*innen zu ordnen und ihre Kernaussagen herauszudestillieren (I7_20230905), unterstützte die Bürger*innen beim Finden eines Konsenses (I1_20230805, I5_20230824) und lieferte bei Stillstand neue Impulse (I3_20230811, I7_20230905). Die Moderator*innen sorgten auch dafür, dass die Klimarät*innen sich nicht in Details verzettelten und den Blick für das Ganze verloren und brachten sie zurück zum Thema, wenn die Diskussionen zu ausschweifend wurden oder stockten (I1_20230805, I4_20230822, I5_20230824, I6_20230901, I7_20230905, I8_20230905).

Bei Konflikten wirkten die Moderator*innen ausgleichend, indem sie deeskalierten und die Teilnehmer*innen zum Weiterarbeiten motivierten (I5_20230824, I6_20230901). Im Kontrast dazu schildert eine IP, dass Diskussionen ohne Moderation, etwa abends beim informellen Zusammensitzen, häufig deutlich konfliktreicher verliefen: „Also wenn wir ohne Moderationsteam waren, ist halt einer wutentbrannt aufgestanden und hat gesagt ‚Geh leckt’s mich doch‘ und ist halt schlafen gegangen“ (I6_20230901, Pos. 38). Mehrere IPen betonen, dass das Moderationsteam insgesamt einen wichtigen Beitrag zur Gruppen- und Gemeinschaftsbildung unter den Klimarät*innen leistete (I1_20230805, I2_20230810, I6_20230901, I7_20230905) und damit das gegenseitige Verständnis und den respektvollen Umgang miteinander förderte, wie eine IP beschreibt: „Ein großer Teil, der dazu beigetragen hat, war sicherlich die sehr, sehr, sehr gute Moderation, die wir beim Klimarat gehabt haben, die von Anfang an als Ziel gehabt haben, dass wir eine Gemeinschaft werden, dass wir uns kennenlernen, dass wir eine positive Grundhaltung gegenüber jedem anderen haben“ (I1_20230805, Pos. 16).

Wie bereits in Abschnitt 4.2.2 beschrieben, spielte dieses Gemeinschaftsgefühl in der Gruppe der Klimarät*innen eine wichtige Rolle für die Aufrechterhaltung der Motivation der Teilnehmer*innen, die Entwicklung von Selbstvertrauen und Selbstwirksamkeit sowie bei der Bearbeitung von Ängsten und Frustration. Für viele der IPen war neben dem positiven Arbeitsklima und der Unterstützung der Moderation auch der informelle Austausch mit den anderen Klimarät*innen außerhalb der strukturierten Arbeitsphasen von großer Bedeutung für die Gemeinschaftsbildung (I2_20230810, I3_20230811, I4_20230822, I5_20230824, I6_20230901, I7_20230905). In den Pausen zwischen den Arbeitseinheiten, beim gemeinsamen Essen oder auch dem gemütlichen Beisammensitzen nach Ende des Arbeitstages wurde häufig noch weiter über die Klimaratsthemen und das am Tag Erlebte diskutiert (I3_20230811, I4_20230822, I5_20230824), was wichtig war, um „herunterzukommen“ (I3_20230811, Pos. 82). Hier konnten auch Diskussionen weitergeführt oder Details erörtert werden, für die in den regulären Arbeitsphasen keine Zeit geblieben war (I3_20230811, I6_20230901, I8_20230905). Außerdem bot der informelle Austausch Gelegenheit, sich kennenzulernen und mehr über die anderen Teilnehmer*innen zu erfahren (I4_20230822, I5_20230824, I6_20230901, I7_20230905) sowie für Gespräche mit den Mitgliedern der verschiedenen Klimaratsteams und den Wissenschaftler*innen (I4_20230822, I5_20230824, I8_20230905).

4.3.4 Maßnahmenentwicklung

Viele der IPen empfanden die Arbeit an den Maßnahmenvorschlägen als sehr motivierend und hatten große Freude daran (I1_20230805, I4_20230822, I5_20230824, I6_20230901, I8_20230905). Eine IP beschreibt, wie ermutigend es war, zu sehen, dass aus den vagen Ideen der Klimarät*innen mit der Zeit konkrete Empfehlungen entstehen konnten: *„[A]m Anfang waren es nur wirre Infos, die auf Post-Its waren und die man dann probiert hat zu gruppieren, Ideen oder Probleme oder so. Und aus dem hat sich dann irgendwie auch eine Empfehlung entwickelt und das war so motivierend zu sehen“* (I1_20230805, Pos. 42). Eine andere schildert, wie das Aufschreiben ihrer Ideen und Vorschläge sie dabei unterstützte, sich mit den Empfehlungen zu identifizieren, und ihr ein Gefühl von Verantwortung und Selbstermächtigung vermitteln konnte: *„Und dieses Aufschreiben, das hat schon was, weil, wenn ich etwas sage, na, dann steht da was, und dann bleibt das dort, und das ist Meins.“* (I6_20230901, Pos. 45). Gleichzeitig erwähnen mehrere IPen positiv, dass die detaillierte Formulierung der Maßnahmen in der Regel vom Moderationsteam unterstützt bzw. übernommen wurde und die Teilnehmer*innen nur über einzelne umstrittene Begriffe oder Wendungen im Detail diskutierten (I2_20230810, I6_20230901). Ein gemeinsames Formulieren der Empfehlungen wäre sehr herausfordernd gewesen, *„weil da hätten wir um jeden Beistrich gestritten“* (I6_20230901, Pos. 75).

Neben der intensiven Auseinandersetzung mit konkreten Themen in den Arbeitsgruppen erwähnen einige IPen (I2_20230810, I5_20230824, I8_20230905) auch den Markplatz als wichtiges Format, um Einblicke in die Arbeit der anderen Themengruppen zu erhalten, diese zu hinterfragen und so den für den Klimaratsprozess nötigen *„Gleichstand an Information und Motivation“* (I2_20230810, Pos. 13) zwischen den Teilnehmer*innen herzustellen. Auch die gruppenspezifischen Elemente und Bewegungsübungen, die von den Moderator*innen immer wieder zur Entspannung und Aktivierung eingesetzt wurden, werden von mehreren IPen positiv erwähnt (I2_20230810, I6_20230901). Und schließlich spielten auch die regelmäßigen Pausen im Prozess eine wichtige Rolle, da sich die Klimarät*innen in dieser Zeit über die herausfordernde Arbeit austauschen und so gegenseitig bei der Verarbeitung der vielen Informationen und Eindrücke unterstützen konnten (I7_20230905).

4.3.5 Einbindung von Politik, Stakeholdern und Öffentlichkeit

Die Politik- und Stakeholderdialoge verliefen sehr unterschiedlich und hatten daher verschiedene, teils kontrastierende Auswirkungen auf die Klimarät*innen. Mehrere IPen beschreiben, dass die Gespräche mit den Politiker*innen nicht immer konstruktiv abliefen und bei einem großen Teil der Teilnehmer*innen starke Emotionen von Frustration und Unzufriedenheit auslösten (I1_20230805, I3_20230811, I5_20230824, I7_20230905). Der Ärger über diese unproduktiven Diskussionen wirkte einerseits demotivierend, bildete aber andererseits auch einen Antrieb für die Klimarät*innen, gute Empfehlungen zu entwickeln: *„Klar war es am Ende des Tages motivierend, hier wirklich mit vielen vernünftigen Maßnahmen rüberzukommen.“* (I3_20230811, Pos. 34). Gleichzeitig trug die Nervosität der politischen Vertreter*innen angesichts der gut informierten Klimaratsmitglieder aus der Sicht mancher IPen durchaus dazu bei, das Selbstvertrauen der Bürger*innen zu stärken (I2_20230810, I6_20230901).

Auch im Austausch mit den Stakeholdern beschreiben die IPen sehr unterschiedliche Erfahrungen. Einige berichten von angenehmen und produktiven Gesprächen, in denen sie wichtige Informationen für die Arbeit an den Maßnahmenvorschlägen erhielten (I1_20230805, I7_20230905). Dadurch konnten die Teilnehmer*innen ein Bewusstsein dafür entwickeln, wie viele unterschiedliche Bedürfnisse bei der Politikgestaltung berücksichtigt werden müssen (I7_20230905). Für andere dagegen war es eine zentrale Erkenntnis der Stakeholderdialoge, dass einige wichtige Interessensgruppen die Klimaratsthemen nicht sehr ernst nehmen und auch nicht bereit sind, sich auf einen konstruktiven Austausch einzulassen (I3_20230811, I8_20230905). Nach manchen Gesprächen dominierten bei den Klimarät*innen demgemäß Gefühle von Ärger und Frustration darüber, dass mit einigen wichtigen Stakeholdern kein echter Dialog möglich war, sondern diese die Bürger*innen mit Standardphrasen abspisten und nicht auf ihre Argumente eingingen (I2_20230810, I3_20230811, I4_20230822, I5_20230824, I8_20230905).

Die Einbindung der breiten Öffentlichkeit mittels eines Online-Tools wird nur von wenigen IPen thematisiert: Diese berichten, dass sie es zwar prinzipiell für gut halten, die Bevölkerung in einen Prozess wie den Klimarat einzubeziehen, sie mit der Umsetzung allerdings nicht zufrieden waren (I1_20230805, I6_20230901). Das Format sei zu offen und umfangreich gewesen, was zum einen eine abschreckende Wirkung hatte (I6_20230901) und zum anderen die Integration der Ergebnisse in den Prozess der Maßnahmenentwicklung sehr schwierig machte (I1_20230805). Dagegen schildern viele der IPen, dass die Medien- und Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen des Klimarats für die Bewusstseinsbildung in der breiten Bevölkerung eine wichtige Rolle spielte und sie daher auch im Rahmen ihres weiterführenden Engagements immer wieder Medienarbeit betreiben (I1_20230805, I4_20230822, I6_20230901, I7_20230905, I8_20230905).

5 Diskussion

Das Kapitel diskutiert die empirischen Ergebnisse der Arbeit mit Blick auf die in Kapitel 1 formulierten Forschungsfragen:

1. *Welche emanzipatorischen und demokratiepolitischen Effekte konnten durch die Teilnahme am Klimarat ausgelöst werden?*
2. *Welche Prozesselemente haben auf welche Weise zur erhöhten politischen Beteiligungsbereitschaft der Teilnehmer*innen beigetragen?*
3. *Welche Elemente waren auf welche Weise hinderlich?*

Zur Beantwortung der ersten Forschungsfrage werden zunächst Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den in den Interviews thematisierten Empowerment-Effekten des Klimarats und bisherigen empirischen Erkenntnissen zu den Auswirkungen partizipativ-deliberativer Prozesse bzw. diesbezüglichen theoretischen Erwartungen diskutiert. Der zweite Abschnitt der Diskussion widmet sich den Forschungsfragen zwei und drei und illustriert, welche Prozesselemente auf welche Weise zum demokratischen Empowerment der Teilnehmer*innen beitragen bzw. dieses behinderten.

5.1 Empowerment im österreichischen Klimarat: Demokratische Kompetenzen, politisches Selbstvertrauen und kritische Reflexion

Die Diskussion der emanzipatorischen und demokratiepolitischen Effekte, die durch die Klimaratsteilnahme ausgelöst werden konnten, orientiert sich an Jacquet und van der Does' (2021) Einteilung demokratischen Empowerments in die drei Dimensionen „demokratische Kompetenzen“, „innere Einstellungen“ sowie „Verhaltensänderungen“ (vgl. Kapitel 2.3). Durch die Teilnahme am österreichischen „Klimarat der Bürgerinnen und Bürger“ konnten in allen drei Dimensionen Empowerment-Effekte ausgelöst werden, und viele der in der Literatur erwarteten bzw. bereits empirisch beobachteten Auswirkungen partizipativer Deliberation konnten auch für den Klimaratsprozess gezeigt werden.

Im Bereich der *demokratischen Fähigkeiten und Kompetenzen* zeigten sich wichtige Lernprozesse bei den Teilnehmer*innen in Bezug auf die Bedeutung von respektvoller, wertschätzender und aufrichtiger Kommunikation (vgl. Boulianne et al., 2020; Grönlund et al., 2010). Wie in Abschnitt 4.2.1 erläutert, wurden als zentrale Voraussetzungen für den respektvollen Umgang das aktive Zuhören, das Entstehen von Verständnis für andere Sichtweisen und die Kompromissbereitschaft der Teilnehmenden genannt. Diese Ergebnisse unterstützen entsprechende Erwartungen aus der Literatur (vgl. Grönlund et al., 2010) und bekräftigen frühere empirische Erkenntnisse aus der Untersuchung von deliberativen Beteiligungsprozessen (Grönlund et al., 2010, 2015; Morrell, 2010; Niemeyer & Dryzek, 2007; Siu, 2009). Auch ein Bewusstsein der ehemaligen Klimarät*innen für das Spannungsfeld zwischen Einzelinteressen und einer Gemeinwohlperspektive, die durch deliberative Partizipation verstärkt werden soll (Grönlund et al., 2010), war in den Interviews zu bemerken.

Wie bereits von Boulianne et al. (2020) beschrieben, war das Argumentieren eigener Positionen zentraler Bestandteil der Diskussionen im Klimarat. Während ein inhaltlicher Konsens nicht immer

gefunden werden konnte, zeigt die Analyse der Interviews, dass im Laufe des Prozesses eine Art prozeduraler Meta-Konsens (vgl. Niemeyer & Dryzek, 2007) unter den Klimarät*innen entstand. Die Teilnehmer*innen entwickelten ein gemeinsames Verständnis über die Ziele des Klimaratsprozesses, die einzelnen Arbeitsschritte im Zuge der Maßnahmenentwicklung und die Entscheidungsstrukturen, die den Klimaratsempfehlungen zugrunde lagen.

Zum Aspekt der (De)Polarisierung von Gruppenmeinungen durch partizipativ-deliberative Prozesse zeigten bisherige empirische Untersuchungen gemischte Ergebnisse (vgl. Kapitel 2.3.2). Die Erzählungen der Interviewpartner*innen lassen im Klimaratsprozess tendenziell eher eine Depolarisierung vermuten, wie sie z.B. Grönlund et al. (2015) gefunden haben. Hinweise dafür sind etwa die Schilderungen der Interviewpartner*innen, dass sich die Teilnehmer*innen in den Diskussionen immer wieder gegenseitig „zurück auf den Boden der Tatsachen“ brachten und die Umsetzbarkeit extremer Vorschläge kritisch hinterfragten. Ob sich extremere Ansichten einzelner Teilnehmer*innen durch den Klimaratsprozess tatsächlich veränderten oder diese sich im Zuge der Deliberation nur nicht durchsetzen konnten, lässt sich anhand der Interview-Ergebnisse allerdings nicht feststellen.

Neben einer Zunahme des themenbezogenen Wissens durch den Klimaratsprozess, wie es in der Literatur schon häufig beschreiben wurde (vgl. Kuyper, 2018), zeigt sich in den Interviews – analog zu den Erkenntnissen von Knobloch und Gastil (2015) sowie Boulianne et al. (2020) – auch ein gestiegenes politisches Wissen der Teilnehmer*innen, insbesondere in Bezug auf die Komplexität politischer Entscheidungsfindungsprozesse. Eine Steigerung des politischen Interesses, welches die beiden Studien ebenfalls fanden (Boulianne et al., 2020; Knobloch & Gastil, 2015), wurde von den Interviewpartner*innen zwar nicht explizit thematisiert, allerdings kann ihr verstärktes gesellschaftliches Engagement durchaus als erhöhtes politisches Interesse interpretiert werden.

In Bezug auf die *Veränderungen innerer Einstellungen und Haltungen* durch den Klimaratsprozess sticht insbesondere das gesteigerte Vertrauen der Interviewpartner*innen in partizipativ-deliberative Prozesse hervor. Wie in der Literatur angenommen (Burkhalter et al., 2002; Knobloch & Gastil, 2015) konnten die Teilnehmer*innen im Klimaratsprozess die Erfahrung machen, dass auch sehr unterschiedliche Menschen im richtigen Setting konstruktiv miteinander arbeiten und zu zufriedenstellenden Lösungen kommen können. Die Interviewpartner*innen demonstrierten ein differenziertes Bewusstsein für die unterschiedlichen Funktionen und Auswirkungen deliberativer Beteiligungsprozesse, wie sie auch in der Literatur beschrieben werden (vgl. OECD, 2020), und nennen zahlreiche unterschiedliche Faktoren, die für das Gelingen des konstruktiven Austauschs ausschlaggebend waren (vgl. Abschnitt 4.2.2). Am deutlichsten zeigt sich das Vertrauen der Interviewpartner*innen in partizipative Deliberation darin, dass sich die Mehrheit der Interviewpartner*innen in Zukunft mehr solcher Prozesse in Österreich wünschen und sich auch eine Institutionalisierung vorstellen können.

Weiters zeigte sich in den Interviews eine Stärkung des politischen Selbstvertrauens bzw. der „internal efficacy“ der Klimarats-Teilnehmer*innen, wie sie bereits bei „Deliberative Polls“ (Fishkin, 2009) sowie anderen aufwändigen partizipativ-deliberativen Prozessen (Knobloch & Gastil, 2015) gefunden werden konnte. Dazu trugen wie erwartet (Grönlund et al., 2010; Luskin & Fishkin, 2002)

der respektvolle Umgang sowie das Erlernen demokratischer Kompetenzen im Klimaratsprozess bei, aber auch die Möglichkeit zur Beteiligung an demokratischen Entscheidungsfindungsprozessen an sich war diesbezüglich von großer Bedeutung. Negative Auswirkungen der Konfrontation mit anderen Meinungen und Sichtweisen auf die „internal efficacy“, wie sie von manchen Autor*innen vermutet werden (Grönlund et al., 2010; Mutz, 2006), konnten in den Interviews nicht beobachtet werden, da die Interviewpartner*innen das Kennenlernen unterschiedlicher Perspektiven überwiegend als Bereicherung empfanden.

In Bezug auf den Faktor „Vertrauen in das politische System“ und politische Vertreter*innen unterscheiden sich die Ergebnisse der Arbeit von bisherigen empirischen Erkenntnissen. Während mehrere bisherige Studien eine Stärkung dieser „external efficacy“ im Kontext verschiedener deliberativer Beteiligungsformate feststellen konnten (Fishkin, 2009; Gastil et al., 2010; Nabatchi, 2010), zeigten die Interviews im Rahmen des Klimaratsprozesses tendenziell eine Desillusionierung und Vertrauensverluste in Bezug auf das politische System. Angesichts der bisher geringen Beachtung der Klimaratsempfehlungen von Seiten der Politik ist dies wenig verwunderlich. Hinzu kommt, dass sich die Teilnehmer*innen im Prozessverlauf von politischen Vertreter*innen und auch einigen zentralen Interessensgruppen nicht unterstützt, sondern im Gegenteil eher ausgebremst und blockiert fühlten.

Im Kontrast dazu zeigt die Analyse der Interviews, dass die Klimaratsteilnahme zu einer Stärkung des sozialen Vertrauens und dem Entstehen einer kollektiven Identität beitragen konnte, was den Ergebnissen von mehreren bisherigen Studien entspricht (Felicetti et al., 2012; Grönlund et al., 2010; Hartz-Karp et al., 2010). Wie in der Literatur angenommen (Fishkin, 2009; Luskin & Fishkin, 2002) beschreiben die Interviewpartner*innen, dass insbesondere die positive Gesprächskultur und die verständnisvolle Begegnung auf Augenhöhe zur Gemeinschaftsbildung zwischen den Klimarät*innen beitragen. Zusätzlich spielten auch das gemeinsame Erleben des Prozesses mit all seinen Höhen und Tiefen und die gegenseitige Unterstützung bei der oft anstrengenden Arbeit diesbezüglich eine wichtige Rolle.

In Bezug auf *Verhaltensänderungen* berichteten die Interviewpartner*innen von zahlreichen unterschiedlichen Formen des Engagements, die sich nicht immer klar in die von Knobloch und Gastil (2015) vorgeschlagene Einteilung in diskursives Engagement, konventionelles politisches Engagement sowie gesellschaftliches Engagement im weiteren Sinne einordnen lassen. Dennoch können einige Aussagen über die drei Bereiche des Engagements getroffen werden:

Einige Aktivitäten, die in den Interviews beschrieben werden, lassen sich klar dem diskursiven Engagement zuordnen. Dazu zählt beispielsweise die Beteiligung an Diskussionsrunden oder die Teilnahme an Veranstaltungen, die ähnlich wie der Klimarat einen Schwerpunkt auf das gemeinsame Deliberieren legen. Insgesamt beinhaltet jedoch ein Großteil der Aktivitäten auch eine diskursive Komponente, die eine Nutzung der im Klimarat erworbenen demokratischen Kompetenzen erlaubt (vgl. Burkhalter et al., 2002; Fung & Wright, 2003), etwa wenn die ehemaligen Klimarät*innen sich mit anderen Akteur*innen im Klimabereich austauschen und vernetzen oder Gesprächstermine mit Politiker*innen wahrnehmen.

Formen von konventionellem politischem Engagement wurden von den Interviewpartner*innen deutlich seltener beschrieben. Neben den bereits erwähnten Treffen mit politischen Vertreter*innen sprechen sie seit dem Klimarat auch mehr mit anderen über Politik, was sich mit Erkenntnissen von Luskin und Fishkin (2002) deckt. Andere Effekte, die in dieser Studie gefunden wurden, wie etwa eine vermehrte Mitarbeit in politischen Kampagnen oder Spenden für politische Zwecke, wurden in den Interviews nicht thematisiert – was nicht unbedingt heißen muss, dass es hier keine Effekte gab. Allerdings ist das Fehlen größerer diesbezüglicher Effekte im Kontext der zuvor beschriebenen Desillusionierung der Teilnehmer*innen in Bezug auf das politische System durchaus naheliegend. Die Ergebnisse der Arbeit entsprechen somit eher jenen von Knobloch und Gastil (2015), die nur begrenzte Auswirkungen partizipativ-deliberativer Prozesse auf institutionalisierte Formen von politischem Engagement fanden.

Dagegen berichteten die Interviewpartner*innen von diversen Formen des gesellschaftlichen Engagements im weiteren Sinn, die bereits in anderen Studien beobachtet werden konnten, wie etwa Veränderungen in ihrem Alltags- und Konsumverhalten aufgrund der Klimaratsteilnahme (vgl. Boulianne et al., 2020) und ein vermehrtes freiwilliges Engagement in ihren lokalen Gemeinschaften (vgl. Jacobs et al., 2009; Knobloch & Gastil, 2015) etwa in Form von Vernetzung mit anderen sowie Beteiligung an Vorträgen und Diskussionen. Zusätzlich zu den in der Literatur erwähnten Aktivitäten beschreiben die ehemaligen Klimarät*innen auch ein weiterführendes Engagement im Bereich der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Bewusstseinsbildung für die Klimaratsthemen, etwa durch Vorträge an Schulen.

5.2 Einfluss der Prozessgestaltung: Komplexes Zusammenwirken vielfältiger Elemente

Die emanzipatorischen und demokratiepolitischen Effekte einzelner Prozesselemente wurden bisher hauptsächlich in experimentellen Settings oder im Rahmen von kürzeren deliberativen Beteiligungsverfahren untersucht (Kuyper, 2018). Darüber hinaus untersuchte die Mehrheit der Studien nur einzelne Formen demokratischen Empowerments (vgl. Abschnitt 2.3.2). Im Gegensatz dazu beleuchten die Ergebnisse dieser Arbeit eine große Zahl unterschiedlicher Empowerment-Effekte und die dafür verantwortlichen Prozesselemente im Kontext eines intensiven, gesellschaftlich organisierten partizipativ-deliberativen Prozesses.

Zunächst ist die große Bedeutung der professionellen Moderation hervorzuheben, die insbesondere im Kontext komplexer partizipativ-deliberativer Formate wie dem Bürger*innenrat häufig unterstrichen wird (vgl. Fischer-Bollin, 2021; Lietzmann et al., 2021). Sie leistete im österreichischen Klimarat einen zentralen Beitrag zur Empowerment-Dimension des Erlernens demokratischer Kompetenzen, da sie erwartungsgemäß eine wichtige Rolle für die Gestaltung der respektvollen Arbeitsatmosphäre spielte und eine gleichberechtigte Beteiligung der Bürger*innen ermöglichte. Die Moderator*innen trugen außerdem zur Entwicklung einer kollektiven Identität zwischen den Klimarät*innen bei, indem sie Gruppenbildungsprozesse förderten und bei Konflikten ausgleichend wirkten. Weiters unterstützten sie die Entwicklung des politischen Selbstvertrauens der Teilnehmer*innen, indem sie immer wieder die Bedeutung des Beitrags der Bürger*innen unterstrichen und ihnen Lob und Anerkennung für ihr Engagement zusprachen. Bei der inhaltlichen

Arbeit an den Maßnahmenempfehlungen unterstützte die Moderation durch Strukturierung der Arbeitsschritte, Ordnen und Verdichten der Beiträge sowie Verständnis und Motivation bei Gefühlen von Frustration oder Überforderung, wodurch die Teilnehmer*innen mit der Zeit großes Vertrauen in den partizipativ-deliberativen Prozess fassen konnten.

Zur Entwicklung dieses Vertrauens trugen auch die guten organisatorischen Rahmenbedingungen bei: Die professionelle Organisation und übersichtliche Struktur des Klimaratsprozesses vermittelten den Teilnehmer*innen ein Gefühl von Wertschätzung für ihre Zeit und Mühe, was überdies positive Auswirkungen auf ihr politisches Selbstvertrauen hatte. Ausreichende Pausen und Gelegenheit zum informellen Austausch unter den Bürger*innen sowie mit den Wissenschaftler*innen leisteten einen wichtigen Beitrag zur Bildung der kollektiven Identität, und durch das persönliche Kennenlernen entstand interpersonelles Vertrauen zwischen den Klimarät*innen.

Auch Prozesselemente im Bereich der Wissensvermittlung zogen verschiedene Empowerment-Effekte nach sich. Die Bildung einer kollektiven Identität der Klimarät*innen wurde durch das gemeinsame Lernen im Zuge der wissenschaftlichen Vorträge unterstützt, die zwar für viele Bürger*innen zunächst schockierend waren und Ängste auslösten, welche sich durch die gegenseitige Unterstützung und die Formulierung eines gemeinsamen Ziels jedoch in Motivation umwandeln. Bei manchen Teilnehmer*innen trug der Ärger darüber, dass es so weit kommen konnte und bisher wenig gegen die Klimakrise unternommen wurde, allerdings zu Vertrauensverlusten in das politische System und seine Vertreter*innen bei.

Bedeutsamer als die Vorträge war für das Empowerment der Teilnehmer*innen die Zusammenarbeit mit den Wissenschaftler*innen auf Augenhöhe im Zuge der Maßnahmenentwicklung. Diese trug zur Entstehung von politischem Selbstvertrauen bei den Bürger*innen bei, da sie sich mit ihren Fragen und ihrem Erfahrungswissen respektiert und wertgeschätzt fühlten. Indem die Wissenschaftler*innen bei Fragen und Stillstand mit zusätzlichen Informationen und neuen Impulsen bereitstanden, unterstützten sie auch die Entwicklung von Vertrauen in den Prozess, da die Teilnehmer*innen dadurch beobachten konnten, wie sich ihr eigenes Erfahrungswissen und die wissenschaftliche Expertise bei der Formulierung fundierter Empfehlungen ergänzten. Schließlich trug die enge Zusammenarbeit auch direkt zum weiterführenden Engagement der Teilnehmer*innen bei, indem einige Wissenschaftler*innen die ehemaligen Klimarät*innen auch nach Ende des Klimaratsprozesses weiter unterstützen und mit ihnen zusammenarbeiten.

Die Arbeit an den Klimaratsempfehlungen selbst unterstützte ebenfalls das Entstehen verschiedener Formen von Empowerment. In diesem Setting konnten die Teilnehmer*innen die Bedeutung von zentralen demokratischen Kompetenzen wie dem wertschätzenden Umgang, gleichberechtigter Beteiligung und gegenseitigem Verständnis erfahren und ihre diesbezüglichen Fähigkeiten verbessern. Politisches Wissen und ein Bewusstsein für die Komplexität demokratischer Entscheidungsprozesse entstanden durch das gemeinsame Abwägen unterschiedlicher Sichtweisen und Betroffenheiten. Weiters entstand durch die Verdichtung der Ideen der Bürger*innen zu konkreten Empfehlungen Vertrauen in den Prozess der deliberativen Partizipation. Die Arbeit an den Maßnahmen verstärkte auch das politische Selbstvertrauen und die Selbstwirksamkeit der Klimarät*innen, da sie sich mit „ihren“ Maßnahmenvorschlägen identifizieren konnten und durch die konsensorientierte Deliberation gewährleistet war, dass alle Teilnehmer*innen die Empfehlungen

mitgestalten konnten. Schließlich trug das gemeinsame Bewältigen der oft anstrengenden und intensiven Arbeitsphasen auch zur Gruppenbildung unter den Klimarät*innen bei.

Der Austausch mit politischen Vertreter*innen und Interessensvertretungen im Rahmen der Politik- und Stakeholderdialoge zeigte sowohl positive als auch negative Auswirkungen auf mehrere Empowerment-Dimensionen. Zu einer Abnahme des politischen Vertrauens trugen jene Diskussionen mit Politiker*innen und Stakeholdern bei, die durch gegenseitiges Unverständnis und Konflikte geprägt waren. Gleichzeitig wirkten diese konfliktreichen Gespräche aber auch motivierend für die Klimarät*innen, deren kollektive Identität im Angesicht äußerer Widerstände gestärkt wurde. Die sichtliche Nervosität der politischen Vertreter*innen in Gegenwart der gut informierten Bürger*innen konnte außerdem zur Steigerung des politischen Selbstvertrauens beitragen. Jene Gespräche, die wertschätzend und informativ verliefen, konnten dagegen das politische Wissen der Teilnehmer*innen stärken, indem sie ihnen die Komplexität der unterschiedlichen Betroffenheiten und interessenspolitische Hürden im Zuge der Gestaltung klimapolitischer Maßnahmen vor Augen führten.

In Bezug auf das Prozesselement der Konsultation der breiten Öffentlichkeit konnten im Rahmen des österreichischen Klimarats keine Empowerment-Effekte festgestellt werden. Dies ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass dieses Prozesselement von der Mehrheit der Interviewpartner*innen als wenig effektiv und nicht optimal umgesetzt beschrieben wurde. Die Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung mittels Medien- und Öffentlichkeitsarbeit dagegen konnte zur Stärkung des politischen Selbstvertrauens der Klimarät*innen beitragen und wirkte sich auch positiv auf ihr weiterführendes Engagement für die Klimaratsthemen aus.

Neben den Wirkungsweisen einzelner Elemente der Prozessdimension zeigte die Analyse der Interviews auch Empowerment-Effekte von Elementen der Input- und Output-Dimension, wengleich diese nicht den Schwerpunkt der Arbeit bildeten.

Auf der Input-Dimension konnten die Zufallsauswahl der Teilnehmer*innen und die breite Repräsentativität der Klimaratsgruppe für die österreichische Gesamtbevölkerung die kollektive Identität der Klimarät*innen stärken. Aufgrund der unterschiedlichen Hintergründe und Lebensrealitäten der Bürger*innen konnten diese sich als „Mini-Österreich“ wahrnehmen, wengleich sich in den Interviews durchaus ein Bewusstsein der Interviewpartner*innen für die Grenzen dieser Repräsentativität zeigte. Weiters waren die professionelle Vorbereitung des Prozesses sowie ausreichende Ressourcen für die Gestaltung guter Rahmenbedingungen, die kompetente Moderation und Öffentlichkeitsarbeit zentrale Grundvoraussetzung für viele der Empowerment-Effekte, die durch diese Prozesselemente ausgelöst werden konnten. Dagegen zeigte sich, dass das schwache politische Mandat aufgrund fehlender Unterstützung mehrerer Parlamentsparteien das Vertrauen der Klimarät*innen in eine politische Umsetzung ihrer Maßnahmenempfehlungen von Anfang an schwächte.

Gemäß der Erwartungen in der Literatur (vgl. Farrell, Curato, et al., 2019; Lietzmann et al., 2021; OECD, 2020) trug auf der Output-Dimension analog dazu die fehlende politische Verpflichtung zur Umsetzung der Empfehlungen von Beginn an zu Vertrauensverlusten in das politische System bei. Weiters wurde mit der fehlenden Nachbearbeitung auch über das Ende des Klimaratsprozesses

hinaus eine Gelegenheit versäumt, das weiterführende Engagement der Teilnehmer*innen nachhaltig zu stärken, wenngleich zahlreiche ehemalige Mitglieder des Organisations- und Moderationsteams sowie des wissenschaftlichen Beirats die Klimarät*innen auch nach Prozessende auf freiwilliger Basis weiter unterstützten. Die Bereitstellung von Strukturen und Ressourcen für eine solche Nachbearbeitung könnte maßgeblich dazu beitragen, die Empowerment-Effekte partizipativ-deliberativer Prozesse zu festigen.

Zusammenfassend zeigen die Ergebnisse der Arbeit, dass zahlreiche Elemente des Klimaratsprozesses positive Auswirkungen auf die Empowerment-Formen der Entwicklung demokratischer Kompetenzen sowie des Entstehens von politischem Selbstvertrauen, Vertrauen in partizipativ-deliberative Prozesse und einer kollektiven Identität der Teilnehmer*innen hatten. Diese Empowerment-Effekte konnten wiederum die Bereitschaft für ein weiterführendes Engagement über das Ende des Prozesses hinaus verstärken, welches außerdem durch die Bildung von Kontakten und Netzwerken unterstützt wird. Darüber hinaus konnte die Teilnahme am Klimarat den Bürger*innen zahlreiche konkrete Gelegenheiten für ein weiterführendes Engagement eröffnen, indem ihnen die Identität als (ehemaliges) Klimaratsmitglied die Teilnahme an Veranstaltungen und Diskussionen, die Vernetzung mit anderen klimapolitischen Akteur*innen und den Austausch mit politischen Vertreter*innen ermöglicht.

Negative Auswirkungen konnten dagegen in Bezug auf die Empowerment-Form des Vertrauens in das politische System und politische Vertreter*innen festgestellt werden. Die Abnahme dieses Vertrauens unter den Klimarät*innen kann durch das Zusammenwirken von Faktoren auf der Input- und Output-Dimension des Klimarates insbesondere mit dem Prozesselement der Politik- und Stakeholderdialoge erklärt werden. Vor allem aus der Perspektive der deliberativen Demokratietheorie (vgl. Abschnitt 2.3.1.3) konnte auf dieser Ebene daher keine empowernde Veränderung der inneren Einstellungen der Teilnehmer*innen bewirkt werden. Im Gegensatz dazu kann allerdings aus einer partizipativen Perspektive (siehe Abschnitt 2.3.1.2) die Förderung eines kritischen Hinterfragens gegebener politischer Strukturen durchaus als Ermächtigung der Bürger*innen im Sinne eines Entstehens von „power to“ im Klimaratsprozess verstanden werden.

Dieses Beispiel illustriert, dass nicht alle in Kapitel 2.3 diskutierten Empowerment-Formen notwendigerweise miteinander vereinbar sind, sondern es auch potenzielle Trade-Offs geben kann. Daraus lässt sich schließen, dass nicht alle Empowerment-Dimensionen und ihre Ausprägungen durch einen einzelnen partizipativ-deliberativen Prozess gefördert werden können.

Analog zu dem Vorschlag von Scherhauser et al. (2023), dass bei der Organisation von Bürger*innenräten ein Fokus auf die Input-, Prozess- oder Output-Dimension gelegt werden sollte, um eine Überforderung des Prozesses mit einer Vielzahl von Erwartungen zu vermeiden, kann daher angenommen werden, dass dies auch innerhalb der Prozessdimension für Erwartungen an die demokratische Selbstermächtigung der Teilnehmer*innen gilt. Die explizite Formulierung der Ziele eines partizipativ-deliberativen Prozesses in Bezug auf demokratische Empowerment-Effekte kann dazu beitragen, realistische Erwartungen an seine Auswirkungen zu fördern und Enttäuschungen zu vermeiden.

Im abschließenden Fazit werden die zentralen Erkenntnisse der Arbeit zu den Empowerment-Effekten des österreichischen Klimarats zusammengefasst sowie Möglichkeiten für weiterführende Forschung aufgezeigt.

6 Fazit und Ausblick

Die vorliegende Arbeit beschäftigte sich mit der Frage, welche demokratiepolitischen Effekte durch die Teilnahme am österreichischen „Klimarat der Bürgerinnen und Bürger“ ausgelöst werden konnten und welche Prozesselemente auf welche Weise zur Entstehung dieser Effekte beitrugen. Die Untersuchung der Empowerment-Effekte erfolgte auf der Basis eines partizipativ-deliberativen Analyserahmens. Partizipative Demokratiekonzeptionen beschäftigen sich insbesondere mit der Frage, wer sich in einem demokratischen System wie an der Entscheidungsfindung beteiligen sollte, während die deliberative Demokratietheorie Aussagen darüber trifft, auf welche Weise Entscheidungen getroffen werden sollten. Die Kombination dieser beiden theoretischen Linsen erlaubt eine differenzierte Operationalisierung des demokratischen Empowerment-Begriffs, die unterschiedliche machttheoretische Perspektiven abdeckt. Die Einteilung der konkreten Empowerment-Effekte entlang der drei Dimensionen „demokratische Fähigkeiten und Kompetenzen“, „innere Einstellungen und Haltungen“ sowie „Verhaltensänderungen“ eignete sich gut zur analytischen Strukturierung der gefundenen Effekte.

In der Analyse der qualitativen Interviews mit ehemaligen Klimarät*innen zeigte sich, dass insbesondere im Bereich der demokratischen Kompetenzen zahlreiche positive Effekte durch die Klimaratsteilnahme ausgelöst werden konnten. Die Bedeutung des respektvollen Umgangs, der verständnisvollen Kommunikation und Kompromissbereitschaft stellte für die Teilnehmer*innen eine wertvolle und lehrreiche Erfahrung dar. Das zentrale Prozesselement für diese Formen des Empowerments war die professionelle Moderation, die als anleitender, strukturierender sowie ausgleichender und motivierender Faktor die konstruktive Zusammenarbeit vieler unterschiedlicher Menschen möglich machte. Das Erlernen demokratischer Kompetenzen erfolgte hauptsächlich im Setting der Kleingruppen, in denen die Klimarät*innen an der Formulierung konkreter Empfehlungen arbeiteten, wenngleich der informelle Austausch zwischen den Teilnehmer*innen ebenfalls eine wichtige Rolle spielte.

In der Dimension der inneren Einstellungen trug der Klimaratsprozess zu einer Steigerung des Vertrauens in partizipativ-deliberative Prozesse bei und konnte das politische Selbstvertrauen der Teilnehmer*innen stärken sowie die Bildung einer kollektiven Identität fördern. Diese Effekte entstanden im Zusammenwirken verschiedener Prozessfaktoren, vom organisatorischen Rahmen über die Moderation und Wissensvermittlung bis zum Austausch mit Politiker*innen und Stakeholdern. Neben diesen positiven Effekten zeigte sich eine Abnahme des Vertrauens in das politische System und seine Vertreter*innen aufgrund von Zweifeln an der politischen Umsetzung der Maßnahmenvorschläge. Da die Teilnehmer*innen im Zuge des Klimaratsprozesses allerdings auch die Fähigkeit entwickelten, gegebene politische Strukturen und Machtverhältnisse kritisch zu hinterfragen, stellen diese Vertrauensverluste durchaus eine Ermächtigung der Bürger*innen im Sinne der partizipativen Demokratietheorie dar.

Im Bereich der Verhaltensänderungen beschreiben die ehemaligen Klimarät*innen unterschiedliche Formen des weiterführenden Engagements, die einerseits indirekt durch Empowerment-Effekte auf den Ebenen der demokratischen Kompetenzen und inneren Einstellungen gefördert wurden. Andererseits unterstützte die Klimaratsteilnahme die Verhaltensänderungen der Teilnehmer*innen

auch direkt, indem sie Gelegenheiten für gesellschaftliches Engagement eröffnen konnte und zur Entstehung von wichtigen Netzwerken zwischen Bürger*innen, Wissenschaftler*innen und auch Mitgliedern des Organisations- und Moderationsteams beitrug. Eine Verstärkung konventioneller Formen des politischen Engagements, etwa die Unterstützung politischer Parteien, konnte im Rahmen des Klimarats nicht festgestellt werden, was vermutlich auf die durch den Prozess ausgelöste Desillusionierung in Bezug auf das bestehende politische System zurückzuführen ist.

Diese Erkenntnisse legen den Schluss nahe, dass nicht alle in der Literatur erwarteten bzw. zum Teil auch bereits empirisch beobachteten Empowerment-Effekte von deliberativer Partizipation im Rahmen eines einzelnen Prozesses realisiert werden können. Um eine Überforderung partizipativ-deliberativer Verfahren mit einer Vielzahl von Erwartungen zu vermeiden, kann es daher sinnvoll sein, die Ziele eines Prozesses in Bezug auf das demokratiepolitische Empowerment der Teilnehmer*innen klar zu definieren, insbesondere in Bezug auf Empowerment-Formen, die in einem wechselseitigen Spannungsfeld stehen.

Zu diesem Zweck könnten zukünftige Forschungsarbeiten eine weitere theoretische Klärung des demokratiepolitischen Empowerment-Konzepts sowie eine genauere Ausarbeitung verschiedener durch partizipative und deliberative Ideale vermittelter Formen von Ermächtigung verfolgen. Besonders interessant ist hierbei die Untersuchung möglicher Zielkonflikte zwischen verschiedenen Empowerment-Formen, welche auch zur theoretischen Diskussion um die Vereinbarkeit von partizipativen und deliberativen Demokratiekonzeptionen beitragen könnte.

In Bezug auf das Fallbeispiel des österreichischen Klimarats könnten die Ergebnisse der Arbeit durch eine stärkere Integration der Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Evaluierung in die Analyse der Empowerment-Effekte zusätzlich validiert und ergänzt werden. Beispielsweise wäre eine Ergänzung von Eindrücken aus der teilnehmenden Prozessbeobachtung sowie den Interviews mit Mitgliedern des Organisations- und Moderationsteams denkbar. Interessant wäre auch eine Untersuchung der Gründe, warum bei manchen Teilnehmer*innen eventuell geringere Empowerment-Effekte und Auswirkungen auf das gesellschaftliche Engagement zu beobachten sind als bei anderen.

Schließlich wäre es zur weiteren Klärung der Rolle einzelner Prozesselemente beim Entstehen von demokratiepolitischem Empowerment sinnvoll, weitere Daten (auch im Rahmen anderer partizipativ-deliberativer Prozesse) über die Auswirkungen verschiedener Elemente und ihr Zusammenwirken zu sammeln. Derartige Untersuchungen können dazu beitragen, die Ziele und Potenziale zukünftiger Bürger*innenräte möglichst klar zu definieren und eine effektive Prozessgestaltung zu gewährleisten.

Literaturverzeichnis

- Ackerman, B. A., & Fishkin, J. S. (2004). *Deliberation day*. Yale University Press.
- Alexander, A. C., & Welzel, C. (2011). Measuring effective democracy: The human empowerment approach. *Comparative politics*, 43(3), 271–289.
- Allen, A. (1998). Rethinking power. *Hypatia*, 13(1), 21–40.
- Allen, A. (2008). Power and the politics of difference: Oppression, empowerment, and transnational justice. *Hypatia*, 23(3), 156–172.
- Andersen, J., & Siim, B. (2004). Introduction: The Politics of Inclusion and Empowerment — Gender, Class and Citizenship. In J. Andersen & B. Siim (Hrsg.), *The Politics of Inclusion and Empowerment* (S. 1–18). Palgrave Macmillan UK. https://doi.org/10.1057/9781403990013_1
- ARGE Klimarat. (2022). *Klimarat der Bürgerinnen und Bürger. Klimaneutralität bis 2040: Die Empfehlungen*. <https://policycommons.net/artifacts/11281563/klimarat-der-buergerinnen-und-buerger-klimaneutralitat-bis-2040/12166795/>
- Arnstein, S. R. (1969). A ladder of citizen participation. *Journal of the American Institute of planners*, 35(4), 216–224.
- Bächtiger, A., Dryzek, J. S., Mansbridge, J., & Warren, M. (2018). Deliberative Democracy: An Introduction. In A. Bächtiger, J. S. Dryzek, J. Mansbridge, & M. Warren (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Deliberative Democracy* (S. 1–32). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780198747369.013.50>
- Bherer, L., Dufour, P., & Montambeault, F. (2016). The participatory democracy turn: An introduction. *Journal of Civil Society*, 12(3), 225–230. <https://doi.org/10.1080/17448689.2016.1216383>
- Bornemann, B., & Weiland, S. (2019). Empowering people—Democratising the food system? Exploring the democratic potential of food-related empowerment forms. *Politics and Governance*, 7(4), 105–118.
- Boulianne, S. (2019). Building faith in democracy: Deliberative events, political trust and efficacy. *Political Studies*, 67(1), 4–30.
- Boulianne, S., Chen, K., & Kahane, D. (2020). Mobilizing mini-publics: The causal impact of deliberation on civic engagement using panel data. *Politics*, 40(4), 460–476.
- Buchstein, H. (Hrsg.). (2016). *Typen moderner Demokratietheorien: Überblick und Sortierungsvorschlag*. Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-13331-3_1
- Bürgerrat Klima. (2021). *Unsere Empfehlungen für die deutsche Klimapolitik*. <https://buergerrat-klima.de/ergebnisse-gutachten>

- Burkhalter, S., Gastil, J., & Kelshaw, T. (2002). A Conceptual Definition and Theoretical Model of Public Deliberation in Small Face-to-Face Groups. *Communication Theory*, 12(4), 398–422. <https://doi.org/10.1111/j.1468-2885.2002.tb00276.x>
- Bussu, S., & Fleuß, D. (2023). Citizens' assemblies: Top-down or bottom-up? – Both, please! In M. Reuchamps, J. Vrydagh, & Y. Welp (Hrsg.), *De Gruyter Handbook of Citizens' Assemblies* (S. 141–154). De Gruyter. <https://doi.org/10.1515/9783110758269-013>
- Buzogány, A., Ehs, T., Plöchl, J., & Scherhauser, P. (2022). *Evaluation Report of the Austrian Climate Citizens' Assembly: Assessment of input, process, and output* (InFER Discussion Paper 1–2022). University of Natural Resources and Life Sciences (BOKU). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-83184-2>
- Christensen, H. S., Himmelroos, S., & Grönlund, K. (2017). Does deliberation breed an appetite for discursive participation? Assessing the impact of first-hand experience. *Political Studies*, 65(1_suppl), 64–83.
- Clar, C., Omann, I., & Scherhauser, P. (2023). Der österreichische Klimarat-ein Beitrag zur Weiterentwicklung von Demokratie und Politik? *SWS-Rundschau*, 63(3), 259–275.
- Cohen, J. (2009). Reflections on Deliberative Democracy. In T. Christiano & J. Christman (Hrsg.), *Contemporary Debates in Political Philosophy* (1. Aufl., S. 247–263). Wiley. <https://doi.org/10.1002/9781444310399.ch14>
- Craig, S. C., Niemi, R. G., & Silver, G. E. (1990). Political efficacy and trust: A report on the NES pilot study items. *Political Behavior*, 12(3), 289–314. <https://doi.org/10.1007/BF00992337>
- Della Porta, D. (2013). *Can democracy be saved?: Participation, deliberation and social movements*. John Wiley & Sons.
- Dryzek, J. S. (2010). *Foundations and Frontiers of Deliberative Governance*. Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199562947.001.0001>
- Ejsing, M., Veng, A., & Papazu, I. (2023). Green politics beyond the state: Radicalizing the democratic potentials of climate citizens' assemblies. *Climatic Change*, 176(6), 73. <https://doi.org/10.1007/s10584-023-03550-z>
- Elstub, S. (2010). The Third Generation of Deliberative Democracy. *Political Studies Review*, 8(3), 291–307. <https://doi.org/10.1111/j.1478-9302.2010.00216.x>
- Elstub, S. (2018). Deliberative and Participatory Democracy. In A. Bächtiger, J. S. Dryzek, J. Mansbridge, & M. Warren (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Deliberative Democracy* (S. 186–202). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780198747369.013.5>
- Elstub, S., Ercan, S., & Mendonça, R. F. (2016). Editorial introduction: The fourth generation of deliberative democracy. *Critical Policy Studies*, 10(2), 139–151. <https://doi.org/10.1080/19460171.2016.1175956>
- Elstub, S., Farrell, D. M., Carrick, J., & Mockler, P. (2021). *Evaluation of Climate Assembly UK*. Newcastle University.

- Escobar, O., & Elstub, S. (2017). Forms of Mini-publics. *newDemocracy Foundation Research and Development Note*.
- Estlund, D., & Landemore, H. (2018). The epistemic value of democratic deliberation. In A. Bächtiger, J. S. Dryzek, J. Mansbridge, & M. Warren (Hrsg.), *The Oxford handbook of deliberative democracy* (S. 113–131). Oxford University Press.
- Farrell, D. M., Curato, N., Dryzek, J. S., Geissel, B., Grönlund, K., Marien, S., Niemeyer, S., Pilet, J.-B., Renwick, A., & Rose, J. (2019). Deliberative mini publics: Core design features. *The Centre for Deliberative Democracy & Global Governance Working Paper Series*, 2019(5).
- Farrell, D. M., Suiter, J., & Harris, C. (2019). ‘Systematizing’ constitutional deliberation: The 2016–18 citizens’ assembly in Ireland. *Irish Political Studies*, 34(1), 113–123.
<https://doi.org/10.1080/07907184.2018.1534832>
- Felicetti, A. (2018). A Deliberative Case for Democracy in Firms. *Journal of Business Ethics*, 150(3), 803–814. <https://doi.org/10.1007/s10551-016-3212-9>
- Felicetti, A., Gastil, J., Hartz-Karp, J., & Carson, L. (2012). Collective identity and voice at the Australian Citizens’ Parliament. *Journal of Public Deliberation*, 8(1).
- Fischer-Bollin, P. (2021). *Zukunftsmodell Bürgerrat? Potenziale und Grenzen losbasierter Bürgerbeteiligung*. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
- Fishkin, J. (1995). *The Voice of the People: Public Opinion and Democracy*. Yale University Press.
<https://www.jstor.org/stable/j.ctt32bgmt>
- Fishkin, J. (2009). *When the people speak: Deliberative democracy and public consultation*. Oup Oxford.
- Florida, A. (2014). Beyond participatory democracy, towards deliberative democracy: Elements of a possible theoretical genealogy. *Rivista italiana di scienza politica*, 3, 299–326.
<https://doi.org/10.1426/78850>
- Florida, A. (2018). The Origins of the Deliberative Turn. In A. Bächtiger, J. S. Dryzek, J. Mansbridge, & M. Warren (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Deliberative Democracy* (S. 35). Oxford University Press.
- Fung, A., & Wright, E. O. (2003). Thinking about empowered participatory governance. In *Deepening democracy: Institutional innovations in empowered participatory governance* (Bd. 4, S. 3–42). Verso.
- Galais, C., Fernández-Martínez, J. L., Font, J., & Smith, G. (2021). Testing the input-process-output model of public participation. *European Journal of Political Research*, 60(4), 807–828.
- Gastil, J. (2004). Adult civic education through the National Issues Forums: Developing democratic habits and dispositions through public deliberation. *Adult education quarterly*, 54(4), 308–328.
- Gastil, J., Deess, E. P., Weiser, P. J., & Simmons, C. (2010). *The jury and democracy: How jury deliberation promotes civic engagement and political participation*. Oxford University Press.

- Gastil, J., Deess, E. P., Weiser, P., & Meade, J. (2008). Jury service and electoral participation: A test of the participation hypothesis. *The Journal of Politics*, 70(2), 351–367.
- Giraudet, L.-G., Apouey, B., Arab, H., Baeckelandt, S., Begout, P., Berghmans, N., Blanc, N., Boulin, J.-Y., Buge, E., & Courant, D. (2021). Deliberating on Climate Action: Insights from the French Citizens' Convention for Climate. *Hal-03119539*.
- Grönlund, K., Herne, K., & Setälä, M. (2015). Does enclave deliberation polarize opinions? *Political Behavior*, 37, 995–1020.
- Grönlund, K., Setälä, M., & Herne, K. (2010). Deliberation and civic virtue: Lessons from a citizen deliberation experiment. *European Political Science Review*, 2(1), 95–117.
- Habermas, J. (1996). *Between facts and norms: Contributions to a discourse theory of law and democracy*. MIT Press.
- Harris, C. (2019). Mini-publics: Design choices and legitimacy. In S. Elstub & O. Escobar (Hrsg.), *Handbook of Democratic Innovation and Governance* (S. 45–59). Edward Elgar Publishing. <https://doi.org/10.4337/9781786433862.00011>
- Hartz-Karp, J., Anderson, P., Gastil, J., & Felicetti, A. (2010). The Australian Citizens' Parliament: Forging shared identity through public deliberation. *Journal of public affairs*, 10(4), 353–371.
- Haugaard, M. (2010). Democracy, political power, and authority. *Social research*, 77(4), 1049–1074.
- Haugaard, M. (2012). Rethinking the four dimensions of power: Domination and empowerment. *Journal of Political Power*, 5(1), 33–54.
- Haugaard, M. (2015). Concerted power over. *Constellations*, 22(1), 147–158.
- Jacobs, L. R., Cook, F. L., & Carpini, M. X. D. (2009). *Talking together: Public deliberation and political participation in America*. University of Chicago Press.
- Jacquet, V., & van der Does, R. (2021). The consequences of deliberative minipublics: Systematic overview, conceptual gaps, and new directions. *Representation*, 57(1), 131–141.
- Kadlec, A., & Friedman, W. (2020). Deliberative democracy and the problem of power. *Journal of Deliberative Democracy*, 3(1).
- Knobloch, K. R., Barthel, M. L., & Gastil, J. (2020). Emanating Effects: The Impact of the Oregon Citizens' Initiative Review on Voters' Political Efficacy. *Political Studies*, 68(2), 426–445. <https://doi.org/10.1177/0032321719852254>
- Knobloch, K. R., & Gastil, J. (2015). Civic (re) socialisation: The educative effects of deliberative participation. *Politics*, 35(2), 183–200.
- Kuyper, J. W. (2018). The instrumental value of deliberative democracy-Or, do we have good reasons to be deliberative democrats? *Journal of public deliberation*, 14(1), 1–35.
- Lazer, D. M., Sokhey, A. E., Neblo, M. A., Esterling, K. M., & Kennedy, R. (2015). Expanding the conversation: Multiplier effects from a deliberative field experiment. *Political Communication*, 32(4), 552–573.

- Lietzmann, H. J., Renn, O., Freier, N., Kirby, N. E., & Oppold, D. (2021). *Bürgergeräte als eine zeitgemässe Ergänzung der repräsentativen Demokratie: Handreichung für eine Implementation deliberativer Bürgergeräte*. Institut für Demokratie- & Partizipationsforschung [i:DPF], Bergische Universität Wuppertal.
- Lindell, M., Bächtiger, A., Grönlund, K., Herne, K., Setälä, M., & Wyss, D. (2017). What drives the polarisation and moderation of opinions? Evidence from a Finnish citizen deliberation experiment on immigration. *European Journal of Political Research*, 56(1), 23–45.
- Luskin, R. C., & Fishkin, J. S. (2002). *Deliberation and "Better Citizens"*. Joint Sessions of Workshops of the European Consortium for Political Research, Turin, Italien.
<https://citeseerx.ist.psu.edu/document?repid=rep1&type=pdf&doi=e78a2c007b6986aed12582fab2e407e9e3a4680c>
- Macpherson, C. B. (1977). *The life and times of liberal democracy*. Oxford University Press.
- Mansbridge, J., Bohman, J., Chambers, S., Estlund, D., Føllesdal, A., Fung, A., Lafont, C., Manin, B., & Martí, J. Luis. (2010). The Place of Self-Interest and the Role of Power in Deliberative Democracy. *Journal of Political Philosophy*, 18(1), 64–100. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9760.2009.00344.x>
- McLaughlin, K. (2016). *Empowerment: A Critique* (1. Aufl.). Routledge.
<https://doi.org/10.4324/9781315744339>
- Meuser, M., & Nagel, U. (2002). ExpertInneninterviews—Vielfach erprobt, wenig bedacht. In A. Bogner, B. Littig, & W. Menz (Hrsg.), *Das Experteninterview* (S. 71–93). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-322-93270-9_3
- Meuser, M., & Nagel, U. (2009). Das Experteninterview—Konzeptionelle Grundlagen und methodische Anlage. In S. Pickel, G. Pickel, H.-J. Lauth, & D. Jahn (Hrsg.), *Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft* (S. 465–479). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91826-6_23
- Morrell, M. E. (2005). Deliberation, democratic decision-making and internal political efficacy. *Political Behavior*, 27, 49–69.
- Morrell, M. E. (2010). *Empathy and democracy: Feeling, thinking, and deliberation*. Penn State Press.
- Mutz, D. C. (2006). *Hearing the other side: Deliberative versus participatory democracy*. Cambridge University Press.
- Nabatchi, T. (2010). Deliberative democracy and citizenship: In search of the efficacy effect. *Journal of Deliberative Democracy*, 6(2).
- Newig, J. (2011). Partizipation und neue Formen der Governance. In M. Groß (Hrsg.), *Handbuch Umweltsoziologie* (S. 485–502). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
https://doi.org/10.1007/978-3-531-93097-8_23
- Niemeyer, S., & Dryzek, J. S. (2007). The ends of deliberation: Meta-consensus and inter-subjective rationality as ideal outcomes. *Swiss political science review*, 13(4), 497–526.

- OECD. (2020). *Innovative Citizen Participation and New Democratic Institutions: Catching the Deliberative Wave*. Organisation for Economic Co-operation and Development. https://www.oecd-ilibrary.org/governance/innovative-citizen-participation-and-new-democratic-institutions_339306da-en
- Parlament Österreich. (2021a). *Entschließung des Nationalrates vom 26. März 2021 betreffend Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Klimavolksbegehren*. <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/E/160>
- Parlament Österreich. (2021b). *Klimavolksbegehren: Nationalrat legt umfassendes Forderungsprogramm vor (Parlamentskorrespondenz Nr. 375/2021)*. https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2021/pk0375#XXVII_I_00348
- Partzsch, L. (2017). 'Power with' and 'power to' in environmental politics and the transition to sustainability. *Environmental Politics*, 26(2), 193–211. <https://doi.org/10.1080/09644016.2016.1256961>
- Pateman, C. (1970). *Participation and democratic theory*. Cambridge University Press.
- Pateman, C. (2012). Participatory democracy revisited. *Perspectives on politics*, 10(1), 7–19.
- Pettit, J. (2012). Empowerment and Participation: Bridging the gap between understanding and practice. *United Nations Headquarters*, 39. www.un.org/esa/socdev/egms/docs/2012/JethroPettit.pdf
- Pichler, L. (2023). *Die Rollen von Sozialpartnern und Organisationen der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung des österreichischen Klimarats* [Masterarbeit, Universität für Bodenkultur Wien]. http://zidapp.boku.ac.at/abstracts/search_abstract.php?paID=3&paLIST=0&paSID=23412
- Pincock, H. (2012). Does Deliberation Make Better Citizens? In T. Nabatchi, J. Gastil, M. Leighninger, & G. M. Weiksner (Hrsg.), *Democracy in Motion: Evaluating the Practice and Impact of Deliberative Civic Engagement* (S. 135–162). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199899265.003.0007>
- Polletta, F. (2013). Participatory democracy in the new millennium. *Contemporary Sociology*, 42(1), 40–50. <https://doi.org/10.1177/0094306112468718b>
- Polletta, F. (2014). Participatory Democracy's Moment. *Journal of International Affairs*, 68(1), 79–XIV.
- Polletta, F. (2016). Participatory enthusiasms: A recent history of citizen engagement initiatives. *Journal of Civil Society*, 12(3), 231–246.
- Praprotnik, K., Ingruber, D., Nash, S., & Rodenko, R. (2022). *Evaluation Report of the Austrian 'Klimarat'—UWK, Assessment of the Perspectives of the Members and the Public*. University for Continuing Education Krems (UWK). https://knoca.eu/app/uploads/2022/12/SACCA_final-report_UWKpart.pdf
- Quirk, P., Bendix, W., & Bächtiger, A. (2018). Institutional Deliberation. In A. Bächtiger, J. S. Dryzek, J. Mansbridge, & M. Warren (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Deliberative Democracy* (S. 0). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780198747369.013.49>

- Reinthal, S. (2023). *Öffentlichkeitsbeteiligung und Klimakommunikation: Eine Evaluation der Expertisenvermittlung im Rahmen des Klimarates der Bürgerinnen und Bürger Österreich 2022* [Masterarbeit, Universität für Bodenkultur Wien].
http://zidapp.boku.ac.at/abstracts/search_abstract.php?paID=3&paLIST=0&paSID=23151
- Renn, O. (2005). Partizipation—ein schillernder Begriff: Reaktion auf drei Beiträge zum Thema. *GAIA—Ecological Perspectives for Science and Society*, 14(3), 227–228.
- Rowlands, J. (1997). *Questioning empowerment: Working with women in Honduras*. Oxfam ; Humanities Press International [distributor].
- Saage, R. (2012). *Demokratiethorien: Historischer Prozess—Theoretische Entwicklung—Soziotechnische Bedingungen. Eine Einführung* (Bd. 37). Springer-Verlag.
[https://books.google.com/books?hl=de&lr=&id=9XagMnCdLHoC&oi=fnd&pg=PA13&dq=Saa+ge,%09R.%09\(2005\).%09Demokratiethorien.+Historischer+Prozess+%E2%80%93+theoretische+Entwicklung+soziotechnische+Bedingungen.+Eine+Einf%C3%BChrung.&ots=KX18u0Bnx5&sig=ori-l1idb-P9_DAwT5nC_JDmQso](https://books.google.com/books?hl=de&lr=&id=9XagMnCdLHoC&oi=fnd&pg=PA13&dq=Saa+ge,%09R.%09(2005).%09Demokratiethorien.+Historischer+Prozess+%E2%80%93+theoretische+Entwicklung+soziotechnische+Bedingungen.+Eine+Einf%C3%BChrung.&ots=KX18u0Bnx5&sig=ori-l1idb-P9_DAwT5nC_JDmQso)
- Sandover, R., Moseley, A., & Devine-Wright, P. (2021). Contrasting views of citizens' assemblies: Stakeholder perceptions of public deliberation on climate change. *Politics and Governance*, 9(2), 76–86.
- Scherhauser, P., Plöchl, J., & Buzogány, A. (2023). Der erste österreichweite Klimarat der Bürger:innen: Partizipative Deliberation gescheitert oder gelungen? In J. Fritz & N. Tomaschek (Hrsg.), *Partizipation: Das Zusammenwirken der Vielen für Demokratie, Wirtschaft und Umwelt* (Bd. 12, S. 29–41). Waxmann.
- Schmidt, M. G. (2019). *Demokratiethorien: Eine Einführung*. Springer Fachmedien.
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-25839-9>
- Schmidt, V. A. (2013). Democracy and Legitimacy in the European Union Revisited: Input, Output and 'Throughput'. *Political Studies*, 61(1), 2–22. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9248.2012.00962.x>
- Schumpeter, J. A. (1942). *Capitalism, socialism and democracy*. Harper.
- Setälä, M., & Smith, G. (2018). Mini-Publics and Deliberative Democracy. In A. Bächtiger, J. S. Dryzek, J. Mansbridge, & M. Warren (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Deliberative Democracy* (S. 299–314). Oxford University Press.
<https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780198747369.013.27>
- Siu, A. (2009). *Look who's talking: Examining social influence, opinion change, and argument quality in deliberation*. Stanford University.
- Statistik Austria. (2022). *Auswahlverfahren für den Klimarat der Bürgerinnen und Bürger 2021/22*. Bundesanstalt Statistik Österreich.
https://statistik.at/fileadmin/pages/300/methodenbericht_auswahlverfahren_klimarat.pdf
- Sunstein, C. R. (2002). The law of group polarization. *Journal of Political Philosophy*, 10(2), 175–195.

- Sunstein, C. R. (2009). *Going to extremes: How like minds unite and divide*. Oxford University Press.
- Thompson, D. F. (2008). Deliberative democratic theory and empirical political science. *Annu. Rev. Polit. Sci.*, 11, 497–520.
- Thorman, D., & Capstick, S. (2022). *Planning and assessing the impact and legacy of climate assemblies*. Centre for Climate Change and Social Transformations, Cardiff University. <https://knoca.eu/the-legacy-and-impact-of-climate-assemblies/>
- Verein des österreichischen Klimarats der Bürger:innen. (2022a, 11). Ministerin Gewessler: Dies ist erst der Anfang—Delegation des Klimarats übernimmt Stellungnahme des Klimaschutzministeriums zu den 93 Empfehlungen. *Presseinformation*. <https://klimarat-verein.at/presse/#pressespiegel>
- Verein des österreichischen Klimarats der Bürger:innen. (2022b, September 12). Klimarat trifft EU Parlament und Europäische Institutionen in Brüssel. *Presseinformation*. <https://klimarat-verein.at/presse/#pressespiegel>
- Verein des österreichischen Klimarats der Bürger:innen. (2023, Juli 4). Klimarat-Verein zum Jahrestag der Übergabe der 93 Empfehlungen: Ernüchternde Bilanz nach einem Jahr! *Presseinformation*. <https://klimarat-verein.at/presse/#pressespiegel>
- Volksbegehren „Klimavolksbegehren“. (2020). <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/I/348>
- Willis, R., Curato, N., & Smith, G. (2022). Deliberative democracy and the climate crisis. *WIREs Climate Change*, 13(2), e759. <https://doi.org/10.1002/wcc.759>
- Zubizarreta, R., Paice, A., & Cuffy, M. (2020). Citizen’s Councils: What are they, and why are they so popular in Austria. *Research and Development Notes, New Democracy Foundation*. <https://www.newdemocracy.com.au/wp-content/uploads/2020/09/RD-Note-Austria.pdf>

Appendix

Interviewleitfaden

Forschungsfragen:

1. Welche emanzipatorischen und demokratiepolitischen Effekte konnten durch die Teilnahme am Klimarat ausgelöst werden?
2. Welche Prozesselemente haben auf welche Weise zu einer erhöhten politischen Beteiligungsbereitschaft beigetragen?
3. Welche Elemente waren auf welche Weise hinderlich?

Vor dem Einstieg in das Interview:

- Kurze Vorstellung des MA-Themas
- Rahmenbedingungen des Interviews: Einverständniserklärung + Gewährleistung der Anonymität, vereinbarte Dauer, Einverständnis Aufnahme + Technik-Check

Genereller Einstieg in das Interview (**ab hier Aufnahme**):

- Dank für Teilnahme und Bitte, möglichst ungestört bleiben zu können
- Kurze Erklärung Expert*inneninterview (Expert*in für eigene Erfahrungen)
- einfache Fragen zu Ihren Erfahrungen im Klimaratsprozess, die möglichst offen und ausführlich beantwortet werden sollen (gerne Zeit lassen zum Nachdenken)
- Nachfragen & Nicht-Beantwortung von Fragen möglich
- I macht sich etwaig Notizen, bitte davon nicht irritieren lassen

Themenblöcke:

- I. Erwartungen und organisatorische Elemente
- II. Gesprächskultur, Motivation und (kommunikativer) Umgang
- III. Deliberativer Austausch und epistemische Dimension

Einstiegsfrage:

Bitte erzählen Sie mir zu Beginn einmal, warum Sie sich damals entschieden haben, am Klimarat teilzunehmen.

Block I: Erwartungen und organisatorische Elemente

1. Welche Erwartungen hatten Sie für die Teilnahme am Klimarat?
 - Inwiefern haben sich Ihre Erwartungen im Laufe des Prozesses verändert?

2. Wie haben Sie die Zusammenarbeit mit den Organisator*innen des Klimarats, also den Moderator*innen und den Mitgliedern des Organisationsteams, erlebt? [während der Klimaratswochenenden und auch dazwischen]
3. Bitte beschreiben Sie mir, wie Sie die Stimmung bzw. die Atmosphäre bei den Klimaratswochenenden empfunden haben.
 - Welche Faktoren haben dazu beigetragen, dass Sie sich bei den Wochenenden wohlfühlt haben?
 - Was war für Sie weniger angenehm?
 - Welche Unterschiede gab es hier zwischen den verschiedenen Wochenenden?

Block II: Gesprächskultur, Motivation und (kommunikativer) Umgang

Überleitung: Im nächsten Teil des Interviews möchte ich Ihnen einige Fragen zur Gesprächskultur im Klimarat und dem Umgang miteinander stellen.

4. Wie haben Sie die Kommunikation und den Austausch mit den anderen Teilnehmer*innen erlebt?
5. Welche Gesprächs- und Umgangsformen waren aus Ihrer Sicht wichtig für die gemeinsame Arbeit? [zuhören, ausreden lassen, sachlich bleiben, um Verständnis bemühen, nachfragen]
 - Wie respektvoll war der Umgang zwischen den Teilnehmer*innen?
 - Wie wichtig waren Ihnen Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit bei den Gesprächen im Klimarat?
 - Welche Rolle hatte für Sie gegenseitiges Vertrauen bei der gemeinsamen Arbeit?
6. In welchen Momenten oder Situationen standen beim Klimarat Emotionen im Mittelpunkt?
 - Können Sie mir bitte eine Situation oder einen Moment näher beschreiben, an den Sie sich besonders erinnern?
7. Welche Probleme oder Konflikte haben Sie im Laufe des Klimarats erlebt?
 - Können Sie mir ein Beispiel für eine solche Situation nennen?
8. Welche Momente im Prozess waren für Sie motivierend und haben dazu beigetragen, dass Sie bis zum Ende dabeigeblichen sind?
 - Welche Momente oder Erlebnisse waren demotivierend für Sie?
9. Welche Momente im Prozess gab es, wo Sie sich vielleicht überfordert gefühlt haben?
10. Welche Rolle spielten aus Ihrer Sicht die Moderator*innen für die Zusammenarbeit im Klimarat?
 - Wie haben Sie die Zusammenarbeit und den Austausch mit den Moderator*innen erlebt?
11. Wie war für Sie der Austausch mit den anderen Klimarät*innen außerhalb des regulären Arbeitsprogramms, also z.B. in den Pausen oder beim Essen?

- Welche Kontakte hatten Sie zwischen den Klimaratswochenenden mit den anderen Teilnehmer*innen?
- Welche Dynamiken in der Gruppe der Klimarät*innen sind Ihnen aufgefallen, die für den Ablauf des Prozesses von Bedeutung waren?
- Welche Bedeutung hat es für Sie, dass Sie ein Teil dieser Klimarats-Gruppe waren?

12. Was haben Sie sich aus dem gemeinsamen Umgang miteinander im Klimarat für sich selbst mitgenommen?

Block III: Deliberativer Austausch und epistemische Dimension

Überleitung: Im nächsten Teil des Interviews möchte ich gerne mit Ihnen über die inhaltliche Arbeit an den Maßnahmen-Empfehlungen sprechen.

13. Gerade zu Beginn des Prozesses haben Sie viele wissenschaftliche Informationen zu verschiedenen klimarelevanten Themenbereichen erhalten. Wie verständlich waren diese wissenschaftlichen Inputs für Sie?

- Wie haben Sie die Zusammenarbeit mit den Wissenschaftler*innen im Rahmen des Klimarats erlebt?
- Es gab im Rahmen des Prozesses verschiedene Möglichkeiten, sich mit den Wissenschaftler*innen auszutauschen. Welche Unterschiede haben Sie zwischen diesen Formaten bemerkt?
[z.B. Fragen bei Vorträgen, Wissenschaftsdialog, in AG, persönlicher Austausch]
- Welche Bedeutung hatte für Sie das Feedback, dass Sie im Laufe des Prozesses immer wieder von den Wissenschaftler*innen bekommen haben?

14. Bei der Arbeit an den Empfehlungen wurde viel Wert darauf gelegt, dass die Klimarät*innen ihre persönliche Meinung einbringen und sich darüber austauschen. Wie war das für Sie, den anderen Teilnehmenden Ihre Standpunkte und Ansichten zu erklären und zu argumentieren?

15. Auf welche Weise haben Sie versucht, Ihre Sichtweise zu erklären und Argumente dafür vorzubringen?

- Welche Rolle haben die wissenschaftlichen Inputs in Ihren Überlegungen gespielt?
- Wie wichtig war es für Sie, Ihre Perspektive mit persönlichen Erfahrungen und Geschichten zu erklären?
- Welche Rolle haben Ihre persönlichen Werte oder moralische Überlegungen bei Ihren Argumentationen gespielt?

16. Wenn es um klimapolitische Empfehlungen geht, dann spielen sowohl Überlegungen zu den eigenen Interessen als auch Überlegungen für die Gesellschaft insgesamt eine Rolle. Wie sind Sie mit diesem "Spannungsverhältnis" bei der Erarbeitung der Empfehlungen umgegangen?

17. Ein Ziel des Prozesses war, dass sich Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen, Perspektiven und Ansichten zum Thema Klimapolitik austauschen. Wie war es für Sie, mit diesen unterschiedlichen Lebenswelten und Ansichten konfrontiert zu werden?
- Welche Unterschiede gab es in der Art und Weise, wie die Teilnehmenden argumentiert und sich ausgedrückt haben?
 - Wie sehr hatten Sie das Gefühl, die Sichtweisen der anderen Teilnehmenden verstehen zu können, auch wenn Sie sie vielleicht nicht teilen?
 - Wodurch im Klimaratsprozess wurde dieses Gefühl unterstützt?
18. Gab es Momente, in denen Sie Ihre Meinung oder Position geändert haben? Bitte nennen Sie mir Beispiele dafür.
- Wodurch kam es aus Ihrer Sicht zu diesen Änderungen?
19. Wie ist es Ihnen in der Gruppe gelungen, gemeinsame Lösungen zu erarbeiten und Entscheidungen zu treffen?
- Durch welche Methoden oder Techniken wurde das im Klimarat unterstützt?
 - Wie wurde mit Konflikten im Rahmen der inhaltlichen Zusammenarbeit umgegangen?
20. Neben der gemeinsamen Arbeit mit den anderen Teilnehmer*innen gab es auch Gelegenheit zum Austausch mit Personen und Organisationen außerhalb des Klimarats, beispielsweise mit Interessensvertretungen und Politiker*innen. Wie haben Sie diese Elemente des Prozesses erlebt?
- Inwiefern hat sich der Austausch mit diesen Gruppen auf Ihre Ansichten und Entscheidungen im Klimarat ausgewirkt?
21. Einige Klimarät*innen haben während des Prozesses auch verschiedene Formen von Medien- und Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Welche Rolle haben diese Formen von öffentlichem Engagement im Rahmen des Klimarats für Sie gespielt?
[z.B. Interviews, öffentliche Stellungnahmen, Organisation/Besuch von Veranstaltungen, Gespräche mit Entscheidungstragenden]
- Inwiefern engagieren Sie sich auch weiterhin für die Themen des Klimarats?

Abschlussfrage:

Sie haben sich im Klimarat ein halbes Jahr lang intensiv mit verschiedenen gesellschaftlichen Herausforderungen beschäftigt. Inwiefern hat sich dadurch Ihr Interesse oder Engagement für eine Beteiligung in der Gesellschaft verändert?

DEMOKRATISCHE FÄHIGKEITEN UND KOMPETENZEN

- Respektvoller Umgang
 - Aktives Zuhören
 - Ausreden lassen
 - Respekt für andere Sichtweisen
 - Ehrlichkeit, Offenheit, Aufrichtigkeit
- Kooperation
 - Konsens
 - Meta-Konsens
 - Kompromissbereitschaft
 - Konflikte
- Argumentieren eigener Sichtweisen
- Verständnis für andere Sichtweisen
- Gemeinwohlorientierung
- (De)Polarisierung von Meinungen
- Politisches Wissen
- Politisches Interesse
- Wissen über die Klimaratsthemen

INNERE HALTUNGEN UND EINSTELLUNGEN

- Einstellung zu deliberativer Partizipation
 - Gleichberechtigte Beteiligung
 - Rolle unterschiedlicher Wissensformen
 - Politische Umsetzung
 - Bewusstseinsbildung in Bevölkerung
 - Auswirkungen auf TN
- Politisches Selbstvertrauen
 - Eigene Sichtweise ist relevant
 - Kann zu politischer Entscheidungsfindung beitragen
 - Kann im eigenen Umfeld Veränderungen bewirken
- Kollektive Identität
 - Entstehen von Netzwerken, Kontakten
 - Ohnmachtsgefühle, Angst, Frustration, Wut
- Vertrauen in politisches System
 - Bürger*innen haben Einfluss
 - Vertrauen in demokratische Institutionen, Organisationen
 - Vertrauen in politische Vertreter*innen
- Gesellschaftliches Vertrauen

GESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

- Auseinandersetzung mit politischen Themen
- Veränderungen im Alltags- und Konsumverhalten
- Mit anderen über die Klimakrise sprechen
- Treffen mit Politiker*innen
- Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
- Teilnahme an Vorträgen, Veranstaltungen
- Klimarats-Verein

EFFEKTE VON PROZESSELEMENTEN

- Organisation und Rahmenbedingungen
 - Gründe für Teilnahme
 - Räumlichkeiten, Unterbringung, Verpflegung
 - Zeit
- Kommunikations- und Interaktionsformate
 - Arbeitsgruppen
 - Informelles Zusammensein der TN
- Wissensvermittlung
 - Wissenschaftliche Vorträge
 - Rolle der Wissenschaftler*innen
- Prozessdimension
 - Arbeitsklima
 - Moderation
 - Emotionen
 - Maßnahmenentwicklung
 - Gruppe der Klimaratsmitglieder
- Politik, Stakeholder, Öffentlichkeit
 - Stakeholderdialoge
 - Politikdialoge
 - Umfrage Öffentlichkeit
- Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
- Entscheidungsfindung